

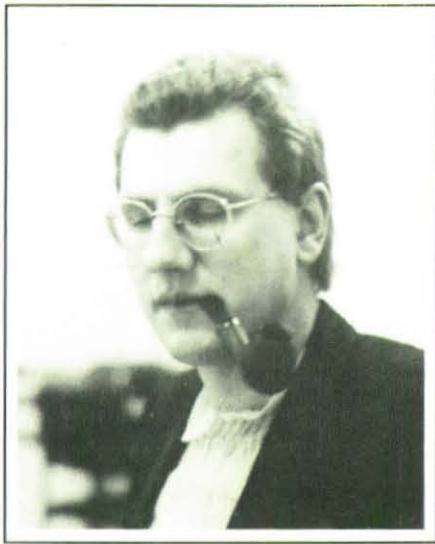
# ZIVILSCHUTZ

## MAGAZIN



**Staatssekretär Spranger:  
Hilfe auch über die Grenzen  
„Interschutz '88“ Hannover:  
Treffpunkt der Fachwelt**





Warum betätigen sich Menschen im Katastrophenschutz? Wie kommen sie überhaupt dorthin? Diesen Fragen geht die Serie „Menschen im Katastrophenschutz“ nach, in der heute der Leiter des Fernmeldebetriebes (LdF) der Fernmeldezentrale HVB der Stadt Bochum vorgestellt wird.

# Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Reinhard Stöckner aus Bochum

„Wie die Jungfrau zum Kinde“ kam der 31-jährige Reinhard Stöckner zu seiner Tätigkeit im Katastrophenschutz. Der gebürtige Bochumer ist Leiter des Fernmeldebetriebes (LdF) der Fernmeldezentrale HVB der Stadt Bochum. Heute mit großem Engagement im Katastrophenschutz – vor rund zehn Jahren ahnungslos, was sich hinter der Thematik verbirgt.

## „Arbeit leisten, die den Bürgern hilft“

Wie viele andere Kollegen auch, kam Reinhard Stöckner zum Katastrophenschutz, weil er „die Bundeswehr umgehen wollte“. Doch war dies nicht der erste Berührungspunkt mit dem Katastrophenschutz für den Familienvater dreier Kinder. Denn der heutige Amtmann ließ sich nach seiner Ausbildung auf eigenen Wunsch zum damaligen Amt für Zivilschutz versetzen, das heute als Abteilung der Bochumer Berufsfeuerwehr geführt wird. Zwischendurch wechselte er im Rahmen seiner Beamtenlaufbahn zum Sozialamt, von dort wieder zum Zivil- und Katastrophenschutz. „Ich wollte schon immer eine Arbeit leisten, die den Bürgern hilft, wenn auch nur in der Ausnahmesituation der Katastrophe. Da ohne gute Vorbereitungsmaßnahmen Hilfe kaum möglich ist, erscheint mir dieses Amt genau richtig zu sein“ – so der passionierte Pfeifenraucher, der in einem Pfeifenclub bei gemütlichem Beisammensein seinem Hobby frönt.

Der Schwerpunkt der dienstlichen Tätigkeit liegt bei Reinhard Stöckner auf dem erweiterten Katastrophenschutz. „Die ABC-Ausbildung lag und liegt mir dabei besonders am Herzen“, meint Stöckner. Ausgelöst wurde das Engagement für den Ausbau und die Ausbildung des ABC-Dienstes durch den Reaktorunfall in Tschernobyl: „Damals nach dem Unglück hatten wir hier in Bochum auch ein Informationstelefon für die

Bürger eingerichtet. Dabei habe ich feststellen müssen, daß wir überhaupt keine Kenntnisse in der Materie besitzen. In meinem Bekanntenkreis habe ich einen Physiker gesucht und gefunden, der mir etwas über ‚Sievert und Rem‘ erzählen konnte.“ Die Notwendigkeit einer verstärkten Ausbildung für den ABC-Dienst wurde dem Amtmann immer deutlicher. „Mit leichtem Druck und Streicheleinheiten“ motivierte er die Mitarbeiter in der Regieeinheit – mit Erfolg, wie Stöckner heute resümiert.

## Verbesserung der Ausbildung

Regieeinheiten hält der Hobby-Hallenfußballer für „eine gute Sache“. Er selbst ging vor rund zehn Jahren zur Fernmelde-Regieeinrichtung der Stadt Bochum. Dort absolvierte er zunächst seine Truppführerausbildung. „Dann hat der damalige LdF seine Karten geschmissen. Die Frage der Nachfolge stand an, und so bin ich halt da hereingerutscht.“

Im vergangenen Jahr besuchte er den LdF-Ausbildungslehrgang, dann machte er sich auf die Suche nach geeigneten Truppführern und fand sie auch: „Vielleicht erklärt sich ja einer von ihnen einmal bereit, die Leitung des Fernmeldebetriebes zu übernehmen, dann würde ich sehr gerne als Fm-Fachberater in den Stab HVB gehen.“ Im Stab HVB hat Reinhard Stöckner auch schon mitgearbeitet, zuletzt als Leiter des Sachgebietes S 4 (Versorgung).

Der Stellenwert vor allem des erweiterten Katastrophenschutzes ist für Reinhard Stöckner nach eigener Einschätzung „sehr hoch“. So strebt er auch ständig eine Verbesserung „des schlechten Zustandes der Ausbildung“ an. Er beaufsichtigt die Ausbildung der Katastrophenschutzeinheiten, besonders der Regieeinheiten, die ja keiner Organisation, sondern der Stadt Bochum direkt unterstehen. „Es muß einfach viel

mehr getan werden in diesem Bereich. Viele Leute stehen nicht dahinter, vor allem nicht hinter dem erweiterten Katastrophenschutz.

Es wird mir immer unverständlich sein, daß die Fahrzeuge des Bundes für die Freiwillige Feuerwehr gerne entgegengenommen werden, im Gegenzug aber nicht die vom Bund geforderte Ausbildung der ABC- und San-Helfer vorangetrieben wird. Die Einheiten schneiden sich in ihr eigenes Fleisch, denn ein Einsatz unter A/C-Gefahren kann sie täglich treffen, ohne daß es zur großen Katastrophe kommen muß. Meine Angebote, wenigstens die ABC-Ausbildung in den Einheiten durchzuführen, damit die Helfer nicht unbedarft in die Gefahren rennen, werden nur sehr zögerlich angenommen. Gerade die sogenannte fachdienstübergreifende Ausbildung stößt in allen Einheiten auf wenig Interesse und das finde ich sehr schade.“

## Weiterarbeit auch nach zehn Jahren

Ist der Amtmann dienstlich oder ehrenamtlich mal nicht in Sachen Katastrophenschutz unterwegs, so beobachtet und pflegt er seine afrikanischen Buntbarsche im Aquarium oder spielt Baßgitarre in einer Free-Jazz-Musikgruppe. Seine weiteren Ziele? „Ich werde auf jeden Fall über die zehn Jahre hinaus im Katastrophenschutz engagiert mitarbeiten. Dazu habe ich einfach schon zuviel investiert.“ boe

5/88



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

**Anschrift der Redaktion:**

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41  
Postfach 45 02 47, Ruf (02 21) 4 98 81

**Impressum**

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (02 21) 4 98 81

**Verlag:**

Bundesverband für den Selbstschutz Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

**Chefredakteur:**

O. Ulrich Weidner

**Redaktion:**

Jochen von Arnim, Dorothee Boeken, Günter Sers

**Layout:**

U. M. Kahl

**Druck, Herstellung und Vertrieb:**

Bonner Universitäts-Buchdruckerei Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1 Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687 Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

<b>Umschau</b>	2
Aktuelles im Blickpunkt	
<b>Treffpunkt der Fachwelt</b>	6
„Interschutz '88“ in Hannover	
<b>Startschuß für gegenseitige Hilfe</b>	11
Deutsch-niederländisches Hilfeleistungsabkommen unterzeichnet	
<b>Bericht des Bundesministers des Innern</b>	13
Das Verhältnis Feuerwehr/THW steht im Mittelpunkt	
<b>Informationsdefizite der Bürger abbauen</b>	15
Fachtagung für Journalisten zum Thema Bevölkerungsschutz	
<b>Mit Beharrlichkeit das Ziel erreicht</b>	17
Deutsches Feuerwehr-Museum in Fulda eingeweiht	
<b>Interessante Öffentlichkeitsarbeit kann die Bevölkerung motivieren</b>	22
2000 Personen zum Thema Bevölkerungsschutz befragt	
<b>Ein Schmuckstück des Katastrophenschutzes</b>	24
Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg nach Umbau eröffnet	
<b>Bundesverband für den Selbstschutz</b>	28
<b>Technisches Hilfswerk</b>	33
<b>Warndienst</b>	38
<b>Deutsches Rotes Kreuz</b>	40
<b>Arbeiter-Samariter-Bund</b>	43
<b>Johanniter-Unfall-Hilfe</b>	45
<b>Malteser-Hilfsdienst</b>	48
<b>Deutscher Feuerwehrverband</b>	50
<b>Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft</b>	57
<b>Presseschau des Inlands</b>	61
<b>Presseschau des Auslands</b>	62
<b>Wissenschaft und Technik</b>	63
<b>Bücher</b>	64
<b>Das Minimagazin</b>	U 3

## Koordinierte Hilfeleistung bei großflächigen Gefahrenanlagen

Das Bundeskabinett hat am 22. Juni 1988 der von Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann vorgelegten Konzeption zur Verbesserung des Krisenmanagements zur Bewältigung großflächiger oder besonders folgenschwerer Gefahrenlagen zugestimmt. Damit wird eine Aufgabe erfüllt, die sich die Bundesregierung nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl und der Chemiekatastrophe bei der Firma Sandoz gestellt hatte.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann:

„Tschernobyl und Sandoz haben gezeigt, daß großflächige Gefährdungslagen weder vor Grenzen Halt machen, noch auf föde-



rativen staatliche Strukturen Rücksicht nehmen. Ziel der Konzeption ist die Koordinierung der vorhandenen Hilfeleistungen von Bund und Ländern bei großflächigen Gefahrenlagen. Dies ist ins-

besondere bei Gefahrenlagen notwendig, die die Grenzen des Bundesgebietes oder die Grenzen eines Landes überschreiten. Mit der Einrichtung einer interministeriellen Koordinierungsgruppe werden die notwendigen Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene leichter und schneller getroffen.

Die Konzeption ändert nichts daran, daß für den friedensmäßigen Katastrophenschutz grundsätzlich die Länder zuständig sind. Sie bezieht vielmehr die vorhandenen Einrichtungen der Länder und Kommunen in das System ein und ergänzt dieses um ein zentrales Koordinierungsorgan auf Bundesebene. Der bei großflächigen Gefahrenlagen auf-

tretende zentrale Handlungsbedarf besteht vor allem darin, die auf Bundesebene vorhandenen Ressourcen im Schadensfall zu koordinieren und den Ländern zur Verfügung zu stellen. Dabei kann es sich um personelle Unterstützung handeln, z. B. durch Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Technisches Hilfswerk sowie technischen oder wissenschaftlichen Expertensachverstand oder um die Bereitstellung von Hilfsgütern oder die Beschaffung von entscheidungserheblichen Informationen auch aus dem internationalen Bereich.

Nach der Verabschiedung ist es jetzt dringlich, die Konzeption so schnell wie möglich mit den Ländern umzusetzen.“

## 200 Helfer drei Tage lang im Einsatz

Die Regieeinheiten der Stadt Neumünster führten zum sechsten Mal ihre überregionale Fernmeldeübung in Boostedt auf dem Truppenübungsplatz durch. Drei Tage lang übten 200 Helferinnen und Helfer im Rahmen ihrer Fachdienste. Teilnehmende Einheiten waren Fernmeldezug und Fernmeldezentrale, 4. Sanitätszug und 2. Technische Einsatzleitung Neumünster (Regie), 2. Betreuungszug Neumünster (DRK) und 1. ABC-Zug der Freiwilligen Feuerwehr Neumünster. Aus Barmstedt waren wie immer der Fernmeldezug und zum ersten Mal der Bergungszug (THW) dabei.

Sieben Helfer der Fernmeldezentrale der Insel Helgoland waren auf Einladung der Stadt Neumünster wieder mit Begeisterung dabei und stellten einen selbständigen Fernsprechtrupp. Für eine Sanitätseinlage waren zwei Helfer der DRK-Schminkgruppe Segeberg erschienen und präparierten Verletztendarsteller. Als Übungszweck war, nach Aussage von

Fachdienstleiter Günter Hanisch, das Einrichten und Betreiben eines katastrophenschutzzeitigen Fernmeldenetzes sowie die Ausnutzung des Postnetzes vorgesehen. Im einzelnen wurden 40 Längen Feldkabel (34 km) verlegt, fünf Vermittlungen mit 25 Endstellen eingerichtet und betrieben. Außerdem nahmen 29 Sprechfunkbetriebsstellen auf drei Frequenzen teil. Die Bundeswehr stellte drei Posthauptanschlüsse sowie Örtlichkeiten für Unterkunft und Verpflegung dankenswerterweise zur Verfügung.

Vom reibungslosen Ablauf der Übung konnten sich auf Einladung der Übungsleitung zahlreiche Vertreter der örtlichen benachbarten Fachdienste der Stadt Neumünster sowie der Presse bei einer zweistündigen Begehung unter fachlicher Leitung von Hanisch sowie Gerd Köster (Fachberater Fernmeldedienst des Stabes der Stadt Neumünster) überzeugen. Ebenso überzeugend war die realistische Demonstration der Hel-

goländer, die eine Fernsprechvermittlung zwischen dem Ortsbeauftragten des THW Neumünster, Joachim Daschner, auf Landwirt Schiemanns Wiese in der Siedlung Braak und dem Amt in der Stadt Neumünster herstellte.

Neumünsters Stadtpräsident Helmut Loose fand nicht nur zu dieser Demonstration, sondern zum Gesamtverlauf der Übung lobende Worte der Anerkennung.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr, Jürgen Scheuffler, beobachtete mit besonderem Interesse den Betrieb auf der Dekontaminationsstelle für Personen und Gerät. Das Amt für Zivilverteidigung und Katastrophenabwehr, vertreten durch seinen Leiter Herbert Häger, verfolgte den gesamten Ablauf der Übung.

Das Foto zeigt Fachdienstleiter Hanisch (3. v. l.) im Gespräch mit Übungsbeobachtern.



## 1,5 Millionen Schaden in Göttingen

Ein Feuer zerstörte die Lagerhalle eines Schrott- und Recycling-Unternehmens in Göttingen. Die Kräfte der Berufsfeuerwehr waren bis in die späten Abendstunden im Einsatz, Unterstützung leisteten die Ortswehren Weende, Grone und Stadtmitte. Insgesamt verhinderten über 70 Feuerwehrleute durch den massiven Soforteinsatz ein Übergreifen der Flammen auf angrenzende Wohnhäuser. Wie der örtlichen Presse zu entnehmen war, ist der Großbrand, der einen Schaden von 1,5 Millionen Mark verursacht haben soll, durch Altpapierballen entstanden, die sich in dem Werk selbst entzündet hatten.

(Foto: Otto)



## Tips für sicheren Campingurlaub



Jetzt sind sie nicht zu übersehen, die Wohnwagen auf den Straßen. Mit dem Sommer ist auch die hohe Zeit der Campingfreunde gekommen. Das „Haus am Haken“ und der damit verbundene unkonventionelle Urlaub erfreuen sich seit Jahren steigender Beliebtheit.

Doch in jedem Jahr wird die Reisewelle von Schlagzeilen begleitet, die den Leser aufschrecken: „Defekter Gas-Kühlschrank fordert Menschenleben“ – „Caravan in Sekundenschnelle ausgebrannt“. Darin wird deutlich, daß viele Camper den Bereich „Sicherheit“ allzu sorglos betrachten und sich nicht bewußt sind, welche sicherheitstechnischen Risiken ein Caravan bergen kann.

Zu den Vorbereitungen für einen unbeschwerten Campingurlaub sollte deshalb auch unbedingt eine sicherheitstechnische Überprüfung des Caravans gehören. Wertvolle Hilfe dabei leistet eine von der Staatlichen Gewerbeaufsicht Nordrhein-Westfalen herausgegebene Broschüre, die dem Camper umfassende Sicherheitsratschläge vermittelt. Die in leicht verständlicher Form gehaltenen Empfehlungen betreffen die Einrichtung und den Aufbau des Caravans, die Flüssiggasanlage und die elektrische Installation.

Die Broschüre mit dem Titel „Sicherheit im Caravan“ ist gegen DIN-A-5-Freiumschlag kostenlos beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Essen, Ruhrallee 55, 4300 Essen 1, zu beziehen.

## KatS-Ehrenteller für Johannes Hinse

Im Rahmen einer KatS-Sachbearbeiter-Dienstbesprechung des Regierungspräsidenten in Darmstadt überreichte Regierungsdirektor Ulrich Lüdke, Dezernent für Zivil- und Katastrophenschutz (Bild: rechts), den ersten von insgesamt nur zehnmal zu vergebenden KatS-Ehrentellern an den Leiter der Katastrophenschutzschule Hessen, Johannes Hinse.

Die Ehrenteller werden, so RD Lüdke, nach strengsten Maßstä-

ben nur an Personen oder Institutionen verliehen, die sich in besonders hervorragendem Maße um den Katastrophenschutz im Regierungsbezirk Darmstadt verdient gemacht haben. Herr Hinse hat als kompetenter Ansprechpartner seine schon knapp bemessene Zeit, oft auch seine Freizeit, dem RP Darmstadt immer dann zur Verfügung gestellt, wenn es darum geht, den Einsatz, wenn es darum geht, den Einsatzwert des KatS zu verbessern. Bei den entscheidenden Gesprächen

trägt er in hohem Maße mit seinem Fachwissen dazu bei, daß diese Gedanken auch in die Tat umgesetzt werden. So war er maßgeblich beteiligt bei den Projekten des Regierungspräsidenten in Darmstadt: „Schiedsrichter-/Übungsleitungsteam“, „Fachberater ABC“, „Übungsplätze“, „Helfertag“ u. a.

Herr Lüdke hofft, daß diese gute und freundliche Zusammenarbeit auch weiterhin mit Johannes Hinse bestehen bleibt.



# 125 Jahre Feuerwehr Bonn

Seit 125 Jahren besteht der älteste Löschzug Bonn-Mitte der Feuerwehr Bonn: Grund genug, ein dreiwöchiges Festprogramm zu gestalten, um das Jubiläum zu feiern. In einer Eröffnungsveranstaltung auf dem Bonner Marktplatz hielt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, MdB, die Festansprache, nachdem Bonns Oberbürgermeister Dr. Daniels die zahlreichen Gäste begrüßt hatte. Auch Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor sprach zu den Festbesuchern.

In Stellvertretung des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl, der die Schirmherrschaft über die Festwoche übernommen hatte, hob Dr. Waffenschmidt die Wertschätzung hervor, die die deutschen Feuerwehren bei der Bundesregierung genießen. Dank und Anerkennung sprach der Staatssekretär der „größten Bürgerinitiative“ für den „Dienst am Gemeinwohl“ aus: „Diese Leistungsbereitschaft in unserem Volk hat bewirkt, daß rund eine Million Helferinnen und Helfer auf diese

Weise einen Dienst am Gemeinwohl vollbringen. Die freiwilligen Feuerwehren sind damit eine unverzichtbare Komponente des gesamten Brandschutzes geworden, in die auch die ca. 20 000 Berufsfeuerwehrleute in den großen Städten und die etwa 40 000 Werkfeuerwehrleute der Industrie, die diese Tätigkeit professionell ausüben, mit einzubeziehen sind. Die gesellschaftliche, aber auch die wirtschaftliche Bedeutung der freiwilligen Feuerwehren wird dann besonders augenfällig, wenn man bedenkt, daß von ihnen jährlich über 700 000 Löscheinsätze, technische Hilfeleistungen und Einsätze im Rettungsdienst durchgeführt werden. Neue Gefahren in einer komplexeren Umwelt bedeuten für die Feuerwehr Vorbereitung auf neue Aufgaben und Einsätze in bislang unbekanntem Notsituationen. In unserer heutigen hochtechnisierten Indu-

striellandschaft stellen sich Herausforderungen, die nur mit neuen Konzepten überwunden werden können.“

Als Beispiel nannte Dr. Waffenschmidt den Transport gefährlicher Güter im Fall des Unglücks in Herborn und den Reaktorunfall in Tschernobyl: „In weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland war es selbstverständlich die Feuerwehr, an die sich Bürger und Behörden wandten, um Informationen zu erhalten, die für die Entscheidung über richtiges Verhalten wichtig gewesen sind. In der gegebenen Situation hat die Feuerwehr ihre Aufgabe, oft auf sich allein gestellt, so gut es ging, erfüllt.“

Weiter sprach Dr. Waffenschmidt über das Konsolidierungsprogramm für den erweiterten Katastrophenschutz, in dessen Rahmen auch „rund 11 000 neue Spezialfahrzeuge für alle

Fachdienste angeschafft“ werden. In folgendem Text heißt es: „Derzeit erarbeiten wir gemeinsam mit den Ländern ein Bevölkerungsschutzprogramm. Durch abgestimmte und gezielte Maßnahmen soll der Schutz der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gegenüber vielfältigen Risiken weiter verbessert werden. Die Innenministerkonferenz begrüßt diese Initiative und hat den Bundesminister des Innern gebeten, die Ausarbeitung eines solchen Programms zu übernehmen. (...)

Wir nutzen auch zunehmend den Sachverstand in den Wehren. Die von Experten der Feuerwehren gewonnenen Erfahrungen haben Bundesregierung und Parlament dankbar angenommen. Sie sind z.B. eingeflossen in die gesetzgeberischen Konsequenzen, die der Bund durch Erlass des Strahlenschutzvorsorgegesetzes gegen radiologische als auch gegen chemische Unglücksfälle in kürzester Zeit auf eine aktuelle Basis zu stellen. Aber der Weg vom Gesetz bis zum selbstverständlichen Vollzug in einer konkreten Gefahr ist noch weit.“

## Staatssekretär Robert Ruder: Höhere Anforderungen an den Katastrophenschutz

Für die Aufgaben der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg in Neuhausen a.d.F. (Landkreis Esslingen) sollen im Haushaltsjahr 1989 zwei zusätzliche Stellen geschaffen werden. Wie Staatssekretär Robert Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium mitteilte, wird damit den gestiegenen Anforderungen an die Ausbildung der Führungskräfte des Katastrophenschutzes im Strahlenschutz und im Chemieschutz Rechnung getragen. Außerdem sei es notwendig, die Katastrophenschutzstäbe bei den Stadt- und Landkreisen intensiver als bisher für ihre Aufgaben bei der Bekämpfung von Umweltgefahren zu schulen.

In Krisensituationen kommt neben dem Einsatz von Kräften des Katastrophenschutzes vor al-

lem der Koordinierung von Entscheidungen auf allen Ebenen der Verwaltung und das aufeinander abgestimmte Handeln große Bedeutung zu. Dies kann nach Ansicht des Staatssekretärs nur durch häufige Übungen erreicht werden. Vorgesehen sind deswegen Stellen für einen Chemiker und einen Verwaltungsbeamten. Ruder: „Mit den zusätzlichen Stellen wird die Tätigkeit der Katastrophenschutzschule in einem Bereich verstärkt, der künftig einen Schwerpunkt der Ausbildungsaufgaben bildet.“

## Erste Gasbrandübungsanlage in der Bundesrepublik

Auf dem Gelände des Ortsverbandes Duisburg-Mitte des Technischen Hilfswerks wurde die erste Gasbrandübungsanlage der Bundesrepublik fertiggestellt.

„Die in gemeinsamer Arbeit durch das THW und die Stadtwerke Duisburg fertiggestellte Übungsanlage dient dazu, das

Löschen und Abdichten brennender, beschädigter und unter Druck stehender Versorgungsleitungen unter realistischen Bedingungen zu üben“, erklärte der THW-Ortsbeauftragte den anwesenden Gästen bei einem ersten Probeversuch. Teilnehmer von

Löschübungen können das Löschen von Gasbränden an den gebräuchlichsten Rohrgrößen nachvollziehen.

Das Foto zeigt den „Probelauf“ der Anlage, dem die Gäste allerdings aus gebührendem Abstand zusehen.



## Gespräche über Freistellung vom Wehrdienst

Am 13. Juni 1988 führten Vertreter des Bundesinnenministeriums mit Vertretern der Bundesgeschäftsstellen/Generalsekretariate des ASB, DRK, MHD und der JUH Gespräche über Einzelfragen der Freistellung vom Wehrdienst für freiwillige Helfer in Katastrophenschutz nach § 8 Abs. 2 KatSG, § 13a Wehrpflichtgesetz. Einvernehmen bestand dabei darin, daß Freistellungen nur im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes erfolgen dürfen, d. h. bei Einheiten der sogenannten Verstärkung, der anerkannten Ergänzung und bei vergleichbaren Einheiten.

Die Vertreter des BMI erläuterten, die Länder seien im Interesse der Verbesserung der Transparenz bei Durchführung der gesetzlichen Regelungen gebeten worden, in Zukunft Freistellungsplätze bei vergleichbaren

Einheiten erst nach einer vorherigen Prüfung und Anerkennung der Vergleichbarkeit durch das Bundesamt für Zivilschutz zu besetzen. Einheiten, die nach ihrer Gliederung, Stärke, Ausstattung und dienstlichen Belastung der Helfer dem anerkannten Ergänzungsteil vergleichbar sind und die allein wegen fehlender Haushaltsmittel nicht vom Bund (teil-) finanziert werden, sollten nicht durch die Versagung von freigestellten Helfern zusätzlich benachteiligt werden. Diese Einheiten nehmen nach ihrer Ausstattung und der Ausbildung der Helfer die gleichen auf den Verteidigungsfall bezogenen Aufgaben wahr, wie die des anerkannten Ergänzungsteils. Daher ist eine Freistellung für diese Einheiten nach dem Gesetzeszweck des § 8 Abs. 2 KatSG gerechtfertigt.

Gegenüber den Hilfsorganisationen wurde auch erläutert, daß sogenannte Althelfer, d. h. Helfer, die über ihre Mindestverpflichtungszeit von zehn Jahren hinaus weiterhin zur Dienstleistung zur Verfügung stehen, we-

gen ihrer weiterhin nach § 8 Abs. 2 KatSG bestehenden Wehrdienstausnahmen nicht zum Wehrdienst, d. h. für sie zu Wehr-

übungen, herangezogen werden können, solange sie im erweiterten Katastrophenschutz mitwirken.

## Fernmeldedienste proben den Ernstfall

Eine Bau- und Betriebsübung führten die Fernmeldedienste des OSTD Bielefeld sowie der OKD Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn im Regierungsbezirk Detmold durch. Der Einsatz der dreitägigen Übung begann mit der Einweisung sowie Auslösung der Baustrecken. Unter der Annahme, daß das öffentliche Netz der Bundespost ausgefallen sei, wurde schließlich ein ca. 50 km langes Fernsprechnetzaufgebaut. Obwohl die Fernmeldezüge im Bezirk Detmold von verschiedenen Organisationen gestellt werden, klappte die Zusammenarbeit vorzüglich. Alle Beteiligten – 156 Helfer – waren mit Eifer bei der Sache.

Die gestellten Übungsaufgaben wurden im Sinne der Übungsleitung – gestellt durch die JUH Herford, Zugführer Günter Beckmann – gelöst. Die JUH Herford richtete die diesjährige FM-Übung aus und übernahm auch die Versorgung der Helfer.

Zentrum und Ausgangspunkt für den Aufbau des Fernsprechnetzes war das „Schadengebiet“ Schwennigsdorf. Von hier aus galt es, das Fernsprechnetzaufzubauen. Hierzu wurden sieben Vermittlungen benötigt. Insgesamt dauerten die Arbeiten hierfür fast sieben Stunden.

Der Schiedsrichterdienst unter der Leitung des FM-Gruppenleiters an der KatS-Schule des Landes Nordrhein-Westfalen, Bergmann, überwachte mit Sachverstand und viel Einfühlungsvermögen die Übung. Fehler wurden sofort angesprochen und abgestellt.

Die Regieeinheit des Oberkreisdirektors Minden-Lübbecke mit dem Zugführer Horst Schröder konnte sich schließlich behaupten und wurde mit dem Wanderpokal des Regierungspräsidenten Detmold geehrt. Der Ausbildungssachbearbeiter im Katastrophenschutz, Arno Paulussen, übergab den Pokal an das siegreiche Team, das gleichzeitig auch Ausrichter der FM-Übung 1989 sein wird.

## Termine

Der „1. International Disaster-Congress“, verbunden mit einer Ausstellung, wird veranstaltet vom 9. bis 11. November 1988 in Chicago.

„Explosionsgefahren – Ursachen, Schutzmaßnahmen“ heißt das Thema eines Fachseminars am 21. September 1988 der Technischen Akademie Esslingen in Ostfildern. Der Lehrgang richtet sich an Chemiker, Physikochemiker, Physiker, Ingenieure, Techniker, technische Kaufleute, Betriebsleiter, Sachverständige, technische Aufsichtsbeamte und Sicherheitsbeauftragte.

Einen Überblick über die neuen Entwicklungen im Zivilschutz wollen die Verantwortlichen im Lehrgang „Zivilschutz – Gesellschaftliche Aufgabe auch im Zeichen der Entspannung?“ vermitteln. Der Lehrgang wird durchgeführt von der Carl-Cranz-Gesellschaft e. V. vom 2. bis 4. November 1988 im Lehrgangszentrum Hamburg der Universität der Bundeswehr, Hamburg-Wandsbek.

Die Fachveranstaltung zum Thema „Vorbeugender Brandschutz bei Planung, Genehmigung und Ausführung von Bauvorhaben“ findet am 10. Oktober 1988 im Haus der Technik, Essen, statt.

Die Technische Akademie Esslingen führt vom 3. bis 5. Oktober in Esslingen einen Lehrgang zum Thema „Vorbeugender und Abwehrender Brandschutz im Betrieb“ durch.

Die Freiwillige Feuerwehr Pohlheim/Watzenborn-Steinberg (Landkreis Gießen) veranstaltet am Sonntag, 9. Oktober 1988, den 7. Pohlheimer Feuerwehrmarsch. Der Pohlheimer Feuerwehrmarsch gilt als „Größter Wandertag für Hilfsorganisationen in Hessen“. Nähere Auskünfte erteilt Lothar Häuser, Wilhelmstraße 10, in 6301 Pohlheim.

Bei der „ama 88“, der Auto und Motorradausstellung vom 29. Oktober bis 6. November 1988 in allen Messehallen auf dem Stuttgarter Killesberg findet in der Halle 14 eine Sonderschau unter dem Motto „Feuerwehren einst und jetzt“ statt. In enger Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg wird diese Sonderschau konzipiert, bei der zahlreiche Exponate, die von Fachleuten ausgesucht werden, ausgestellt sind.

Am 30. Oktober findet ein „Tag der Feuerwehr“ statt, bei dem Einsatzübungen gezeigt werden, die Jugendfeuerwehr mit einer Spielstraße dabei ist, Brandinformationen für Besucher, wie Fettexplosion, Spraydosen-Explosion usw. vorgeführt werden und als Höhepunkt eine historische Übung mit einer Steigergruppe gezeigt wird. Zudem werden Helme und Feuerwehr-Uniformen aus früherer Zeit ausgestellt.

# Treffpunkt der Fachwelt

**Internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz  
vom 28. Mai bis 2. Juni 1988 in Hannover**

Als vor acht Jahren die „Interschutz“ erstmals in Hannover stattfand, pflanzte man in der Hoffnung auf weiteres gutes Gedeihen dieser Ausstellung eine Rotbuche, der man den Namen „Bürger-Rothahn-Buche“ gab – zu Ehren des damaligen Präsidenten und heutigen Ehrenpräsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger.

Gediehen ist die Ausstellung – wie die Buche – wahrlich. In diesem Jahr konnten bei der „Interschutz“ insgesamt 659 Aussteller aus 22 Ländern, davon 205 aus dem Ausland, gezählt werden – dreißig Prozent mehr als vor acht Jahren. Der Anteil der Auslandsbeteiligung hatte sich damit im Vergleich zur letzten Ausstellung verdoppelt. Daß Länder wie Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Schweiz, Schweden und die USA bei einer solchen Fachausstellung vertreten sind, darf man gewissermaßen voraussetzen; vertreten waren aber auch z. B. Argentinien, Indien, Israel und Malta, die DDR und Spanien.

Vielseitig war demgemäß das Produktangebot der Aussteller. Es reichte von modernsten Fahrzeugentwicklungen über funktionstechnische Anlagen, Sicherheitstüren, Pumpen, Löscheräte und Löschmittel bis zur Schutzbekleidung. Auch mit Sanitätsausrüstungen und Medizingerät waren die in- und ausländischen Firmen zahlreich vertreten. Die meisten Aussteller kamen wie immer aus den Bereichen Löscheräte, -anlagen und -mittel sowie Baulicher Brandschutz; erstmals waren aber auch Aussteller aus der Informations- und Organisationstechnik in verhältnismäßig großer Anzahl vertreten – auch im Brand- und Katastrophenschutz hat der Computer, die Datenverarbeitung Einzug gehalten.

Daß der Katastrophenschutz ein internationales Thema ist und buchstäblich keine Grenzen kennt, wurde während der „Interschutz '88“ besonders deutlich.

Mit 100 000 Besuchern hatte man gerechnet, aber nach Abschluß der Messe gaben die Veranstalter offiziell die Erfolgsbilanz bekannt: Die „Interschutz '88“ hat alle Erwartungen weit übertroffen. Rund 140 000 Besucher aus 68 Ländern kamen an den sechs Ausstellungstagen auf das hannoversche Messegelände. Besonders hoch war mit 95 Prozent der Anteil der Fachbesucher. Von den Ausstellern wurden



Eine realistische Unfallsituation stellt der ASB an seinem Stand dar.



Einen Blick in die Arbeit der Schwesternhelferinnen gibt die JUH.



Einsatzfahrzeuge sind der Mittelpunkt der DRK-Präsentation.



vor allem die vielen Detailfragen und das hohe technische Interesse der Gäste hervorgerufen.

## Vom Miniatur-Modell bis zum Flughafen-Monster

Die Aussteller offerierten alles an Produkten, was im Bereich Brand- und Katastrophenschutz denkbar ist. Liebhaber von Modellen kamen ebenso auf ihre Kosten wie Experten von Flughafenfeuerwehren, die ein Feuerlöschfahrzeug live sehen konnten, das mit mannshohen Rädern, seinem „Cockpit“ aus Spezialglas und seiner ganzen äußeren Form wie ein futuristisches Monster wirkte. Insgesamt haben Hersteller und Lieferanten sich dem veränderten Bedarf, der Spezialisierung sowie Verfeinerung bekannter Systeme erfordert, angepaßt. So waren Produzenten von Meß- und Nachweisgeräten für die Feststellung chemischer und radioaktiver Gefahren und für den spezialisierten Atem- und Körperschutz der Einsatzkräfte adäquat vertreten. Im Bereich der Erkennung der Meldung und der Analyse von Schadenslagen hält die Datenverarbeitung ebenso ihren Einzug wie bei Lagebeurteilung und Einsatzleitung – der Computer wird künftig Partner der Einsatzkräfte bei der Schadensbekämpfung sein.

## Der „ideelle“ Teil der Ausstellung

Natürlich sind bei der weltgrößten Fachausstellung für den Brand- und Katastrophenschutz nicht nur Firmen vertreten, die ihre Produkte vorstellen. Für die Behörden, Organisationen und Verbände, die sich dem Brand- und Katastrophenschutz, dem Zivilschutz und generell der humanitären Hilfe für den Nächsten verschrieben haben, ist die „Interschutz“ eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung, die man nicht auslassen kann.

So wären denn auch alle, die im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirken, vertreten. Naturgemäß am stärksten repräsentiert waren die Feuerwehren; die anderen Katastrophenschutz-Organisationen standen an Qualität aber in nichts nach, ob die Sanitätsorganisationen, THW oder BVS. Auch das BZS präsentierte sich bei dieser Messe insbesondere mit neuen technischen Entwicklungen für den erweiterten Katastrophenschutz und den Warndienst.

Der Messebesucher erhielt dadurch ein umfassendes, man kann getrost sagen: lückenloses Bild des Hilfeleistungspotentials in der Bundesrepublik Deutschland. Unser System der Hilfe für den Bürger, angefangen von den Vorsorge- und Selbsthilfemöglichkeiten bis hin zur professionellen Hilfeleistung durch bestens ausgebildete und aus-



Stündlich sind am MHD-Stand Vorführungen aus dem Bereich der Krankenpflege zu sehen.

„Was machen die anderen Hilfsorganisationen?“ Feuerwehrmänner informieren sich am Stand der DLRG.



Einen Überblick über Konstruktionsmerkmale und die technischen Einrichtungen eines Hausschutzraums erhalten die Messebesucher beim BVS.

Die in den Bundesländern für den Katastrophen- und Zivilschutz zuständigen Abteilungsleiter informieren sich beim BVS über den Schutzraumbau.



gerüstete Spezialisten war umfassend dargestellt und wurde durch zahlreiche praktische Demonstrationen eindrucksvoll veranschaulicht.

Insofern wetteiferten die Organisationen in edlem „Streite“, was der unbefangene Besucher mit Befriedigung zur Kenntnis nahm, denn ihm ist es gleichgültig, durch wem ihm geholfen wird, wenn er oder seine Familie sich in Not befinden. Für ihn ist es nur wichtig, daß das Hilfeleistungssystem funktioniert. So äußerte sich denn auch ein solcher Messebesucher sinngemäß: „Wenn man das alles so sieht, kann man eigentlich beruhigt schlafen. Aber ein bißchen Angst, daß mal was passiert, dem wir vielleicht nicht gewachsen sind, habe ich doch.“

Bedingt durch die fortschreitende Technisierung unseres Lebens und dem vermehrten Umgang mit gefährlichen Stoffen wird auch eine immer stärkere Spezialisierung der Schadensbekämpfung erforderlich. Dies zeigte sich deutlich bei der Präsentation der Katastrophenschutz-Organisationen. Ob für die Ölschadenabwehr im Küstengebiet, die Brandbekämpfung in unterirdischen Verkehrsanlagen und aus der Luft, für den Umgang mit gefährlichen Gütern oder zur Verhinderung von Umweltschäden, der moderne Katastrophenschutz muß heute für alle denkbaren Schadensereignisse gerüstet sein.

## Eröffnung durch den niedersächsischen Innenminister

In seiner Eröffnungsrede wies der Innenminister des Gastgeberlandes Niedersachsen, Wilfried Hasselmann, darauf hin, daß der Schutz von Menschen und Sachwerten ein gemeinsames, grenzüberschreitendes Anliegen ist. Durch die technischen Entwicklungen, den Einsatz neuer Arbeitsstoffe und den Fortschritt in der Verkehrstechnik verändere sich das Gefahrenpotential ständig, und gleichzeitig würden damit die Anforderungen an den Brand- und Katastrophenschutz unaufhörlich steigen. Dem müsse durch Anpassung der Qualifikation des bei der Vorbeugung und Schadensabwehr eingesetzten Personals und durch Nutzung neuer Techniken zur Schadensbekämpfung Rechnung getragen werden.

## Staatssekretär Dr. Waffenschmidt übergab Brandschutzfahrzeuge

Im Auftrag des Bundesinnenministers, der für die Erweiterung des Katastrophenschutzes der Länder zuständig ist, übergab der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Waffenschmidt dem Land Niedersachsen

Es knubbelt sich beim THW. Die eindrucksvolle Präsentation der Hilfsorganisation zieht viele Besucher an.



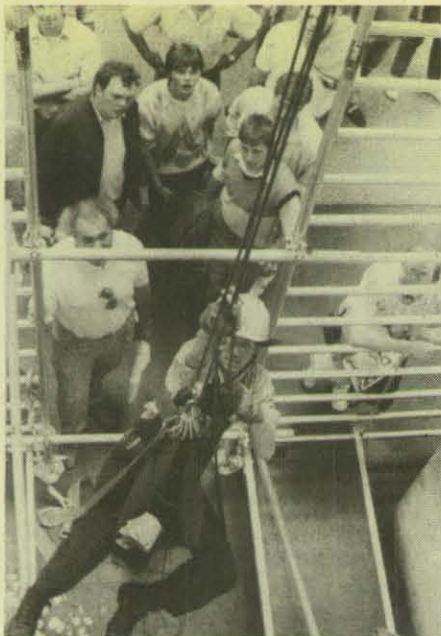
Sehr realistisch ist eine Einsatzmöglichkeit des THW-Bergungsraumgeräts dargestellt.



Da lacht das Herz des Modellbauers. Anregung gibt es genug am THW-Stand.



Im Mittelpunkt des Interesses am Stand des BZS: das neue Meß- und Informationssystem des Warndienstes.



Mehr als einmal gibt es staunende Gesichter bei den Besuchern, wenn THW-Helfer einen Einblick geben in ihre Ausbildung.



Der Instandsetzungsdienst des THW demonstriert, wie beschädigte Versorgungsleitungen repariert werden.



Ein weiterer Blickfang auf der BZS-Ausstellungsfläche ist ein Hubschrauber des Katastrophenschutzes.

eine ganze Flotte von Brandschutzfahrzeugen. Dr. Waffenschmidt führte dazu aus: „Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren im Rahmen eines Konsolidierungsprogramms mit einem Finanzvolumen von mehr als 1,2 Mrd. DM fast 8000 Fahrzeuge zur Modernisierung und Komplettierung des erweiterten Katastrophenschutzes beschafft. Bis 1991 werden mehr als 10000 Fahrzeuge an die Länder ausgeliefert. Dazu kommt weitere wertvolle Ausstattung, ins-



Modernste Brandschutztechnik: ein vielbestauntes Flughafen-Löschfahrzeug.



Treffpunkt Hannover (v.r.): Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, BZS-Präsident Hans-Georg Dusch, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Abteilungsleiter „KN“ im Bundesinnenministerium, und Regierungsdirektor Jochen von Arnim (BZS).



Trotz oder gerade wegen der auf der Messe gezeigten modernsten Brandschutztechnik ein nostalgischer Blick auf die sicher überschaubare Technik längst vergangener Zeiten.



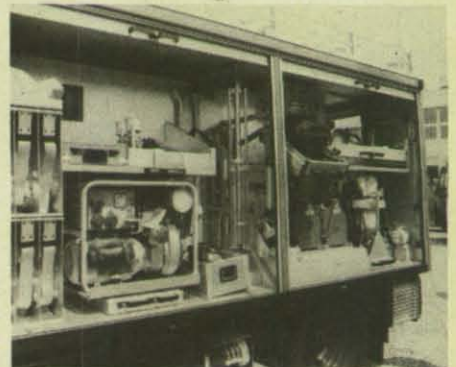
Immer wieder Anlaufpunkt sind die Fahrzeugbeschauen der Brandschutzindustrie.

besondere zur Bekämpfung chemischer und radiologischer Gefahren. Fast die Hälfte der Mittel des Konsolidierungsprogramms, nämlich 550 Mio. DM, fließen den von den Feuerwehren getragenen Fachdiensten Brandschutz und ABC-Dienst zu.

Normalerweise ist das Beschaffungs- und Auslieferungsverfahren ein mehr verwaltungstechnischer Vorgang, der sich ohne viel Aufhebens vollzieht. Hier und heute ist jedoch der richtige Ort und der richtige



Die Neugier der jugendlichen Messebesucher ist schier unerschöpflich. Überall holen sie sich Informationen.



„Tage der offenen Fahrzeugtüren“ könnte man die „Interschutz '88“ auch nennen. Ein Blick in einen Rüstwagen.



Wie Giraffenhälse ragen die Drehleitern und Gelenkmastbühnen in den Himmel.

Zeitpunkt, um einmal darauf hinzuweisen, daß auch der Bund kontinuierlich einen wachsenden Beitrag zur Verbesserung des Katastrophenschutzes leistet. Denn alle Katastrophenschutzfahrzeuge, die der Bund für die ihm obliegende Aufgabe des Zivilschutzes beschafft, stehen uneingeschränkt und unentgeltlich den Ländern für die Bewältigung der ihnen in Friedenszeiten obliegenden Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes zur Verfügung. Es ist mir

daher eine ganz besondere Freude, an dieser Stelle als sichtbares Zeichen der aktiven und tatkräftigen Bereitschaft des Bundes zur Zusammenarbeit mit den Ländern auf diesem so wichtigen Gebiet des Schutzes unserer Bevölkerung, diese stolze Flotte von Bundesfahrzeugen übergeben zu können. Nichts kann, glaube ich, deutlicher die Bereitschaft der Bundesregierung dokumentieren, für den Schutz von Leben und Gesundheit unserer Bürger gesamtstaatliche Verantwortung auch dort zu übernehmen, wo sie nicht unmittelbar zuständig ist, gleichwohl aber Bundesleistungen sinnvoll, zweckmäßig und notwendig erscheinen.

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und dem Chemieunfall bei der Schweizer Firma Sandoz hat die Bundesregierung besondere Anstrengungen unternommen, um im Rahmen eines gemeinsamen Krisenmanagements von Bund und Ländern zur Bewältigung großflächiger Gefahrenlagen entstandene Lücken in unserem Gefahrenabwehrsystem abzubauen. Ich hoffe und wünsche, daß auch die Fahrzeuge, die ich nunmehr für den Einsatz im Brand- und Katastrophenschutz des Landes Niedersachsen übergeben darf, zum Schutz und zum Wohle der Menschen in Ihrem Lande Gefahren und Schäden verhüten und abwehren und die Folgen eingetretener Schäden begrenzen und beseitigen. Gleichzeitig wünsche ich den Besatzungen dieser Fahrzeuge, daß ihnen bei Erfüllung dieser schwierigen Aufgabe, die sie freiwillig und ehrenamtlich übernommen haben, Glück und Erfolg beschieden sein mögen.“

## Künftig im Sechs-Jahres-Rhythmus

Mit ihrem breitgefächerten Ausstellungsprogramm informierte die Fachmesse über den Stand der wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Weiterentwicklung auf dem weitgespannten Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes. Mit der hohen Zahl der Aussteller erreichte die „Interschutz“ ihren bisher größten Umfang.

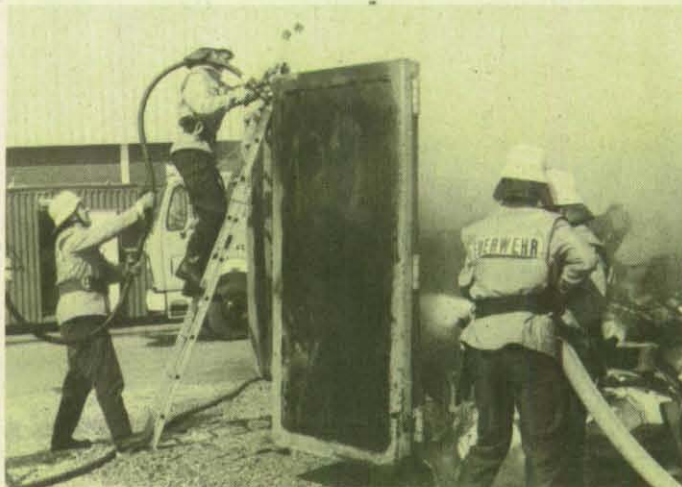
Zu bunt, zu vielseitig war das Angebotspektrum der Fachmesse, um hier vertiefend auf das Produkt- und Informationsangebot der Aussteller einzugehen. Einen Teil des Messegeschehens spiegeln die Bilder in diesem Beitrag wider.

Die „Interschutz“, die zuletzt vor acht Jahren in Verbindung mit dem Deutschen Feuerwehrtag in der niedersächsischen Landeshauptstadt veranstaltet wurde, findet künftig im Sechs-Jahres-Rhythmus statt. Der Termin für die nächste Messe wurde inzwischen auf den gleichen Zeitraum wie in diesem Jahr festgelegt – vom 28. Mai bis 2. Juni 1994.



Brandbekämpfung in der Praxis. Die Vorführungen der Feuerwehren auf dem Freigelände der Messe werden von den Besuchern dankbar angenommen.

Schnell ist ein Containerbrand gelöscht.



An verschiedenen Stationen zeigen die Wehrmänner ihr Können.

Ein Messebesucherschlaucht – das schöne Wetter lädt zu einer Pause im Freien ein.

(Fotos: Sers 23, Hilberath 2)



# Startschuß für gegenseitige Hilfe

**Durchführungsvereinbarung  
soll konkrete Maßnahmen der Zusammenarbeit festlegen –  
Abkommen ein Stück Zuwachs an  
Integration in der europäischen Gemeinschaft**

Am 7. Juni 1988 unterzeichneten der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Carl-Dieter Spranger, und seine niederländische Kollegin, Frau Staatssekretärin de Graaff, in Bonn das deutsch-niederländische Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen. Es handelt sich hierbei um das 6. bilaterale Abkommen. Zuvor hatte die Bundesrepublik entsprechende Verträge mit Frankreich, Belgien, Luxemburg, Dänemark und der Schweiz abgeschlossen. Vertragsziele und -inhalte aller bisher geschlossenen Vereinbarungen stimmen im wesentlichen überein. Das sind vor allem

- die Festlegung bestimmter Ansprechstellen für die Übermittlung von Hilfeersuchen,
- die Erleichterung des grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehrs,
- der Haftungsausschluß,
- der Verzicht auf Schadenersatzansprüche im Zusammenhang mit der Durchführung eines Hilfeleistungsersuchens,
- die Veranstaltung von Expertentagungen,
- der laufende Informationsaustausch,
- die Durchführung von gemeinsamen Übungen.

Der in allen anderen Abkommen außerdem noch vereinbarte Kostenverzicht für die grenzüberschreitende Hilfeleistung soll im vorliegenden Abkommen auf ausdrücklichen Wunsch der Niederländer in der Weise modifiziert werden, daß für außergewöhnlich kostenträchtige Hilfeleistungen ein Entgelt verlangt werden kann. Die holländische Seite hat sich vorbehalten, hierzu innerhalb von drei Monaten nach Abschluß des Vertrages spezifizierte Vorschläge zu unterbreiten.

Nach Ratifizierung des Vertrages wird angestrebt, auch mit den Niederlanden eine Durchführungsvereinbarung zu dem Hilfeleistungsvertrag abzuschließen. Darin werden dann konkrete Maßnahmen der Zusammenarbeit festgelegt. Dazu gehören insbe-

sondere der Austausch von Lehrpersonal und Lehrgangsteilnehmern durch die nationalen Ausbildungsstätten für den Katastrophenschutz, die Veranstaltung gemeinsamer Übungen, die gegenseitige Information über einschlägige Forschungsvorhaben usw. Derartige Durchführungsvereinbarungen sind bereits mit Frankreich, Belgien und Luxemburg getroffen worden. Sie sollen dazu beitragen, die verschiedenen Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit voll auszuschöpfen und die Hilfeleistungsverträge mit Leben zu erfüllen.

## Hilfe so schnell wie möglich

In seiner Ansprache anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens führte Staatssekretär Spranger aus:

„Was lange währt, wird endlich gut! Dieses deutsche Sprichwort hat sicherlich seine Entsprechung im Niederländischen. Ich freue mich, daß wir heute hier in Bonn den Hilfeleistungsvertrag unterzeichnen können, nachdem die ersten Kontakte in dieser Angelegenheit schon vor mehreren Jahren aufgenommen worden waren. Mit dieser Feststellung möchte ich allerdings nicht den unzutreffenden Eindruck erwecken, als wären in den vergangenen Verhandlungen komplexe Probleme von hohem Schwierigkeitsgrad zu lösen gewesen. Die Ursache liegt ganz einfach darin, daß die Bundesregierung aufgrund der föderativen Verfassungsstruktur unseres Staates sehr eingehende und zeitaufwendige Abstimmungsgespräche mit den für diese Materie im nationalen Bereich zuständigen Ländern zu führen hatte. Dasselbe trifft, wenn ich richtig unterrichtet bin, cum grano salis, auch für die Niederlande zu. Dort haben die Kommunen und die Provinzen ebenfalls eine sehr starke autonome Stellung auf diesem Gebiet.“

Im Zusammenhang mit dem Abschluß bilateraler Hilfeleistungsverträge wird immer wieder die Frage gestellt, ob derartige

Vereinbarungen denn überhaupt erforderlich seien, da es bei uns in Westeuropa doch zu einer Selbstverständlichkeit geworden sei, daß sich benachbarte Staaten bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen gegenseitig helfen. Das ist zweifellos richtig. Dabei werden aber einige nach meiner Meinung wesentliche Punkte übersehen, deren Beachtung die grenzüberschreitende Hilfeleistung erst zu einer für den betroffenen Staat wirksamen Unterstützung werden lassen.

Dazu gehört einmal, daß die Hilfe so schnell wie möglich geleistet werden muß. Zu diesem Zweck müssen durch Vereinbarung Ansprechstellen festgelegt und stets aktualisiert sowie vereinfachte Regelungen im grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehr getroffen werden. Der Verzicht auf Kostenerstattung ist ein weiterer ganz wesentlicher Grundsatz im Bereich der humanitären Hilfe. Er muß deshalb ebenfalls Vertragsgegenstand sein. Schließlich müssen wir noch daran denken, daß die eingesetzten Helfer dadurch in Schwierigkeiten geraten können, daß sie selbst zu Schaden kommen oder bei Durchführung ihres Einsatzes anderen fahrlässig Schaden zufügen. Aus Gründen der Fürsorge für diese Helfer muß deren Freistellung von Schadenersatz- oder Haftungsansprüchen vertraglich sichergestellt werden.

## Zuwachs an Integration

Politisch bedeutet für mich jeder Vertrag, den wir im Bereich der europäischen Gemeinschaften schließen, ein Stückchen Zuwachs an Integration, an Überwindung der faktischen Grenzen und an Abbau von zwischenmenschlichen Barrieren, die sich historisch bedingt aufgebaut haben und deren Reste zu beseitigen, wir uns ständig auf jedem Gebiet bemühen müssen. Die großen Erfolge, die wir in dieser Hinsicht in der Vergangenheit erzielt haben, zeigen uns, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

In diesem Zusammenhang wird es eine wichtige Aufgabe für uns Politiker sein, deutlich zu machen, daß der europäische Integrationsprozeß nicht durch unabgestimmte Bemühungen auf verschiedenen Ebenen beeinträchtigt wird.

Wir messen den bilateralen Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen eine sehr große Bedeutung bei. Sie sind die beste Grundlage für eine effiziente Zusammenarbeit zwischen benachbarten Staaten auf diesem Gebiet. Eine supranationale Steuerung dieser Kooperation könnte eine Konkurrenzsituation schaffen, die der Sache abträglich sein würde. Um dies zu vermeiden, haben die Zivilschutzminister in ihrem Beschluß vom 25. Mai 1987 den richtigen Weg gewiesen, indem sie die Aufmerksamkeit der EG-Kommission auf konkrete, wichtige Vorhaben lenkten, die bei ihrer Realisierung eine wertvolle Ergänzung der bilateralen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit darstellen. Erarbeitung eines katastrophenschutzrelevanten Vademecums und eines Datenbankverzeichnisses sowie die Harmonisierung auf dem Ausbildungs- und Übungssektor können derartige nützliche Ergänzungsmaßnahmen der EG-Kommission sein.

## Austausch von Informationen

Bilaterale Hilfeleistungsverträge sind für mich aber noch aus einem anderen, näher liegenden Grund wichtig. Sie stellen nämlich die Grundlage für Durchführungsvereinbarungen dar, in denen die laufende, ich möchte fast sagen, die tagtägliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes über die Grenzen hinweg geregelt wird. Durchführungsvereinbarungen haben wir bisher mit Frankreich und Luxemburg geschlossen. Mit Belgien ist eine solche verhandelt worden und steht vor der Unterzeichnung. Darin wird nun ganz konkret festgelegt, wann, wie oft und wo sich die für den Katastrophenschutz in den Partnerländern Verantwortlichen oder das Lehrpersonal der Katastrophenschutz-Schulen oder Katastrophenschutz-Sachverständige jährlich treffen.

Sie legen den Austausch von Informationen, insbesondere Ausbildungsprogrammen, Forschungsergebnissen und die wechselseitige Entsendung von Lehrgangsteilnehmern an Katastrophenschutz-Ausbildungsveranstaltungen fest. Sie sind auch die Basis für die Beteiligung an nationalen oder für die Durchführung von gemeinsamen grenzüberschreitenden Übungen. Das sind, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aktivitäten, die sich im Ernstfall vielfach auszahlen werden. Wer sich in

einem permanenten Meinungs austausch befindet, wer also seine opposite number und dessen Arbeits- und Umfeld kennt, der wird sich bei einer Katastrophe in die Gefahrenbekämpfungsorganisation des Partnerstaates schnell einfügen können und integrieren lassen. Ich bin fest überzeugt, daß wir eines Tages auch mit den Niederländern eine solche konkretisierende Durchführungsvereinbarung abgeschlossen haben werden und meine, wir sollten die heutige

Unterzeichnung gleichsam als den Startschuß für ein solches weiterführendes Vorhaben ansehen.

Abschließend möchte ich nochmals meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß wir heute hier zu diesem erfreulichen Ereignis zusammengekommen sind und Ihnen, meine holländischen Gäste, dafür danken, daß Sie sich aus diesem Anlaß auf den Weg nach Bonn gemacht haben. Ich danke Ihnen."



Staatssekretärin de Graaff und Staatssekretär Spranger tauschen die Verträge aus.



„Wir messen den bilateralen Abkommen über gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen eine sehr große Bedeutung bei“, betont Staatssekretär Spranger. (Fotos: Sers)

# Bericht

## des Bundesministers des Innern an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages über das Verhältnis kommunale Feuerwehren/Technisches Hilfswerk

Auf die Tagesordnung der Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 8. Juni 1988 war das Thema „Aufgabenabgrenzung zwischen Feuerwehren und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“ gesetzt worden. Dazu hat der Bundesminister des Innern den nachstehend abgedruckten Bericht an den Innenausschuß übersandt.

### I. Allgemeines

① Die kommunalen Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland sind hoheitliche Einrichtungen der Gemeinden. Ihre rechtlichen Grundlagen sind in den jeweiligen Landesgesetzen über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren niedergelegt. Danach nehmen die Gemeinden die ihnen obliegenden Aufgaben des vorbeugenden Brandschutzes und der Brandbekämpfung sowie der Hilfeleistung in Unglücksfällen und öffentlichen Notständen durch die Feuerwehren wahr.

Die kommunalen Feuerwehren haben rund 923 000 aktive Mitglieder, davon rund 902 000 in den Freiwilligen Feuerwehren und rund 21 000 in den Berufsfeuerwehren.

② Das Technische Hilfswerk (THW) ist eine unselbständige Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern. Das THW versteht sich als Nachfolgeorganisation der in der Weimarer Zeit als privater Verein errichteten Technischen Nothilfe, die später in eine Körperschaft des öffentlichen Rechts umgewandelt wurde und den Auftrag hatte, bei der Beseitigung von Notständen in lebenswichtigen Betrieben und im zivilen Luftschutz mitzuwirken sowie „in Fällen der Not durch höhere Gewalt z. B. zur Bekämpfung von Feuer- und Wassergefahren, helfend einzugreifen“.

Der im Jahre 1950 begonnene Aufbau des THW fand seinen Abschluß durch Erlaß des Bundesministers des Innern vom 25. August 1953, durch den dem THW die Leistung technischer Hilfe

- bei Katastrophen und Unglücksfällen größeren Ausmaßes,
  - im zivilen Luftschutz,
  - bei der Beseitigung öffentlicher Notstände im Versorgungs-, Gesundheits- und Verkehrsbereich
- übertragen wurde.

Im THW wirken rund 56 000 freiwillige und ehrenamtliche Helfer in 615 Ortsverbänden mit.

### II. Friedensmäßige Einsätze des Technischen Hilfswerks

① Das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 beruht auf der Konzeption eines einheitlichen Hilfeleistungssystems zwischen Bund und Ländern. Das friedensmäßige Hilfeleistungspotential (Feuerwehren, Sanitätseinheiten) in den Ländern steht dem Bund im Verteidigungsfall zur Verfügung. Umgekehrt können die Länder und Gemeinden im Frieden auf die vom Bund zusätzlich aufgestellten und ausgestatteten Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes zurückgreifen.

Die Innenminister des Bundes und der Länder sowie die kommunalen Spitzenverbände sind sich grundsätzlich über die Zweckmäßigkeit einer sinnvollen Nutzung des Technischen Hilfswerks im Frieden einig. Die friedensmäßige Inanspruchnahme der Ressourcen der Bundesanstalt liegt im allgemeinen öffentlichen Interesse. Auch in anderen Staaten werden die Zivilschutzrichtungen aus volkswirtschaftlichen Gründen inzwischen friedensmäßig genutzt. Eine derartige Nutzung liegt auch im Interesse des THW. Dieses erhält so die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln, die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen zu üben, die Ausstattung einer echten Bewährung zu unterziehen sowie seinen Leistungsstand zu überprüfen. Ein wichtiger Gesichtspunkt ist in diesem Zusammenhang auch die Motivierung der Helfer, die ihre in jahrelanger Ausbildung erworbenen Fertigkeiten zum Nutzen der Allgemeinheit einsetzen wollen.

② Die rechtliche und tatsächliche Situation ist in den Ländern unterschiedlich. In Berlin, Rheinland-Pfalz und Bayern ist das Technische Hilfswerk weitgehend in die allgemeine Gefahrenabwehr integriert und kann neben den Feuerwehren für technische Hilfeleistungen eingesetzt werden. In Hamburg und Schleswig-Holstein wurden Vereinbarungen über den Einsatz des Technischen Hilfswerks beim Deichschutz bzw. bei der Ölwehr getroffen. In Baden-Württemberg nimmt das THW landesweit Aufgaben im Autobahnhilfsdienst und in der Trinkwassernotversorgung wahr und unterstützt die Energieversorgungsunternehmen in Notfällen. In einer Reihe von Kommunen bestehen örtliche Absprachen über die Mitwirkung des THW in bestimmten Gefahrenlagen. Faktisch ist die Entwicklung am weitesten fortgeschritten in Bayern. Das Technische Hilfswerk wirkt in Bayern im Autobahnhilfsdienst mit, betreibt gemeinsam

mit den Feuerwehren den Gewässerschutz auf den Bundeswasserstraßen und nimmt weitere friedensmäßige Aufgaben wie u. a. die Ölwehr und die Notstromversorgung in bestimmten Regionen wahr. Das Land und die Gemeinden stellen das THW mit zusätzlicher Ausstattung für die Wahrnehmung seiner friedensmäßigen Aufgaben aus. Der Bayerische Landesfeuerwehrverband, dem mit rund 342 000 Mitgliedern mehr als 1/3 aller Feuerwehraktiven im Bundesgebiet angehört, begrüßt die friedensmäßige Mitwirkung des THW. Das Verhältnis zwischen den Feuerwehren in Bayern und dem Technischen Hilfswerk wird von beiden Seiten als gut bezeichnet.

③ Soweit generelle Regelungen fehlen, richtet sich die friedensmäßige Mitwirkung des Technischen Hilfswerks nach den Amtshilfegrundsätzen des Art. 35 Abs. 1 GG. Das bedeutet, daß die zuständigen Landes- und Gemeindestellen das THW anfordern können, wenn sie mit eigenen Mitteln eine Maßnahme nicht durchführen können. Die Kommunen und Feuerwehren erkennen zunehmend, daß die seit den Unfällen in Tschernobyl und Sandoz allgemein bewußt gewordene Notwendigkeit für zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der modernen Industrierisiken eine Konzentration des technischen Sachverständes und der vorhandenen Ausstattung aller Ebenen erfordern. Diese Erkenntnis liegt auch in der Tendenz der Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 3. Oktober 1986 und vom 2. Oktober 1987 sowie der Entschließung des Bundesinnenausschusses vom 7. Oktober 1987, die ein gemeinsames Bevölkerungsschutzprogramm von Bund und Ländern fordern, durch das auch die Möglichkeiten des erweiterten Katastrophenschutzes für friedensmäßige Unglücksfälle verstärkt genutzt werden sollen. In Nordrhein-Westfalen hat sich Innenminister Dr. Schnoor persönlich engagiert, um dem THW friedensmäßige Einsatzmöglichkeiten zu verschaffen. Unter seiner Leitung fand am 16. Mai 1988 ein Gespräch zwischen dem Technischen Hilfswerks, den Feuerwehren und den nordrhein-westfälischen Kommunalverbänden statt, in dem er die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk beauftragte, gemeinsam Vorschläge für friedensmäßige Einsatzfelder des THW zu erarbeiten.

④ Das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) hat am 23. Januar 1988 eine Resolution gefaßt, in der der friedensmäßige Einsatz des Technischen Hilfswerks unterhalb der Katastrophenschwelle kritisiert wird. Der DFV ist der

privatrechtliche Dachverband der Feuerwehrvereine. Er ist selbst nicht Träger der Feuerwehren, sondern versteht sich als Ständesorganisation der Feuerwehrangehörigen. Der Resolution liegt die Befürchtung zugrunde, daß das Technische Hilfswerk die Feuerwehren aus deren originären Aufgaben drängen könnte.

Diese Sorge ist unbegründet: Ein Einsatz des THW in den gesetzlich garantierten Aufgabenbereichen der Feuerwehren hängt von der Anforderung der Gemeinden ab, die Träger der Feuerwehren sind. Nach den in Bund und Ländern geltenden Amtshilferegeln kann die Anforderung erfolgen, wenn die Feuerwehren eine Unterstützung benötigen bzw. eine Aufgabe selbst nicht wahrnehmen. Außer der hierdurch gesetzten rechtlichen Schranke besteht auch eine tatsächliche Grenze. Die kommunalen Feuerwehren sind mit 923 000 aktiven Mitgliedern in über 14 000 Orten vertreten. Das THW weist dagegen nur 56 000 Helfer in 615 Ortsverbänden auf. Diese Zahlen machen deutlich, daß das Technische Hilfswerk nicht in der Lage ist, die Aufgaben der Feuerwehren zu übernehmen. Auch die Ausstattung und Ausbildung des THW lassen nur begrenzte friedensmäßige Einsatzmöglichkeiten zu. In den Regionen, in denen das Technische Hilfswerk vertreten ist, kann es allerdings einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung und zur Entlastung der Feuerwehren und Gemeinden leisten.

5 Die Resolution des Präsidiums des DFV ist auch im Landtag von Baden-Württemberg zur Sprache gekommen. Die Landesregierung hat zu Recht darauf hingewiesen, daß nach der im Grundgesetz getroffenen Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern der Bund selbst durch eine gesetzliche Regelung die Aufgaben des Technischen Hilfswerks im Bereich der den Ländern obliegenden friedensmäßigen Gefahrenabwehr nicht erweitern könnte. Die Landesregierung teile deshalb nicht die vom Deutschen Feuerwehrverband geäußerte Besorgnis über die Bestrebungen, dem Technischen Hilfswerk neue friedenszeitliche Aufgaben zu verschaffen. Die Landesregierung sei der Auffassung, daß das Technische Hilfswerk in solchen Aufgabenbereichen tätig sein könnte, die nicht bisher von anderen öffentlichen Organisationen wahrgenommen werden. Neben derartigen Aufgabenbereichen stehe außerdem die jetzt schon vielfach benutzte Möglichkeit, das Technische Hilfswerk im Rahmen der Amtshilfe zur Unterstützung der Feuerwehren heranzuziehen. Solche Absprachen seien auf örtlicher Ebene zwischen den jeweils beteiligten Organisationen zu treffen. Sie hätten sich auch im Lande Baden-Württemberg vielerorts bewährt (Landtags-Drucksache 9/5404).

### III. Bundesaufwendungen für Feuerwehren und Technischen Hilfswerk

Die Resolution des Präsidiums des DFV vom 23. Januar 1988 wirft dem Bund außerdem eine finanzielle Bevorzugung des THW durch Erhöhung der Haushaltsmittel, Beschaffung friedensmäßiger Ausstattung und Verzicht auf Einsatzkosten vor.

1 Ein genereller Vergleich zwischen den Aufwendungen des Bundes für das Technische Hilfswerk und seinen Zuwendungen an die Feuerwehren ist nicht möglich. Das Technische Hilfswerk ist eine Bundeseinrichtung, deren Unterhalt in vollem Umfang dem Bund obliegt. Bei dem erstmals im Haushaltsjahr 1987 ausgewiesenen Jahresetat von rund 100 Mio DM handelt es sich nicht um eine überproportionale Haushaltssteigerung, sondern um eine Zusammenfassung der bisher in anderen Haushaltsansätzen ausgewiesenen Mittel mit Ausnahme der Personalausgaben. Setzt man diese Summe in Relation zu den rund 56 000 Helfern des THW, so ergibt sich ein Betrag von rund 1 785,- DM pro Helfer.

Die Feuerwehren sind dagegen Einrichtungen der Gemeinden und wurden nach den Unterlagen des Statistischen Bundesamtes im Jahre 1985 von den Gemeinden mit 2 072 Mio DM, den Zweckverbänden mit 2 Mio DM und den Ländern mit 668 Mio DM finanziert. Setzt man die Gesamtsumme von 2 742 Mio DM in Relation zu den rund 923 000 Aktiven, so ergibt sich ein Betrag von rund 2 970,- DM.

Der Bund darf die Feuerwehren nach der Finanzverfassung des Grundgesetzes nur insoweit finanzieren, wie sie Bundesaufgaben wahrnehmen. Der Bund finanziert deshalb die zusätzlichen Aufwendungen, die den Gemeinden durch die Mitwirkung der Feuerwehren im erweiterten Katastrophenschutz entstehen. Für den laufenden Betrieb der im erweiterten Katastrophenschutz mitwirkenden Feuerwehren wendet der Bund jährlich 7,8 Mio DM auf. Der Ansatz für diese Selbstbewirtschaftungsmittel geht von rund 36 000 Feuerwehrmitgliedern aus, die eine V-Fall-spezifische zusätzliche Ausbildung von 12 Stunden im Jahr erhalten. Die dem THW zugewiesenen 26 Mio DM an Selbstbewirtschaftungsmitteln basieren dagegen auf einer Vollausbildung von rund 56 000 Helfern, die jährlich 105 Stunden beträgt. Setzt man die vom Bund aufgebrauchten Selbstbewirtschaftungsmittel in Relation zu Helfer und Ausbildungsstunde, so betragen diese durchschnittlich für Mitglieder der Feuerwehren 14,- DM und für Helfer des Technischen Hilfswerks 4,- DM.

2 Im Ausstattungsbereich stehen sich die Feuerwehren auch nach absoluten Maßstäben günstiger als das Technische Hilfswerk.

Im Rahmen des Konsolidierungsprogrammes des Bundes, durch das die Ausstattung des erweiterten Katastrophenschutzes im Laufe von 10 Jahren für insgesamt 1,2 Milliarden DM modernisiert und komplettiert wird, werden den Feuerwehren nämlich Brandschutzfahrzeuge und Fachdienstausstattung im Gesamtwert von 440 Mio DM zur Verfügung gestellt. Zusammen mit dem ebenfalls überwiegend von den Feuerwehren getragenen ABC-Dienst partizipieren die Feuerwehren sogar mit über 500 Mio DM am Konsolidierungsprogramm, das sind rund 42 % des Gesamtvolumens. Ihr Helferanteil an der Gesamtstärke des erweiterten Katastrophenschutzes beträgt jedoch lediglich 23 %. Die vom THW mit rund 42 000 Helfern getragenen Bergungs- und Instandsetzungsdienste erhalten hingegen aus dem Konsolidierungsprogramm lediglich 366 Mio DM. Sie sind damit mit rund 30 % am Konsolidierungsprogramm beteiligt, obwohl sie einen Helferanteil von rund 27 % aufweisen.

3 Die erstmals im Haushaltsjahr 1985 eingeführte Kostenverzichtsmöglichkeit für friedensmäßige Einsätze des Technischen Hilfswerks kann sich schon deshalb nicht auf die Feuerwehren auswirken, da nach geltender Rechtslage eine Mitwirkung des THW in Aufgabenbereichen der Feuerwehren nur im Wege der Amtshilfe zulässig ist. Ein Kostenverzicht ist überdies nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich. Er kann nur in der Höhe des konkreten Ausbildungsinteresses an dem jeweiligen Einsatz und im Rahmen der hierfür zur Verfügung stehenden Gesamtmittel von 300 000 DM jährlich ausgesprochen werden. Diese Summe wird erfahrungsgemäß bereits durch wenige Großeinsätze aufgebraucht. Beispielsweise werden die Kosten für den Einsatz des THW bei dem diesjährigen März/April-Hochwasser auf über 900 000 DM geschätzt. Im übrigen entspricht der Kostenverzicht einer Forderung der Innenministerkonferenz, die ausdrücklich einen Anreiz für die Anforderung des THW durch die Gemeinden schaffen wollte. Auch für Amtshilfeleistungen der Bundeswehr und des BGS bestehen im Ausbildungsinteresse Kostenverzichtsmöglichkeiten, die sogar erheblich weiter reichen. Für Leistungen dieser Bundeseinrichtungen kann ein in der Höhe praktisch unbegrenzter Kostenverzicht ausgesprochen werden.



# Informationsdefizite der Bürger abbauen

Staatssekretär Spranger stellte Schwerpunkte der Arbeit  
im Bereich des Bevölkerungsschutzes vor

Vom 13. bis 14. Juni 1988 fand im Bundesministerium des Innern eine Fachtagung für Journalisten zum Thema Bevölkerungsschutz statt. Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger begrüßte die Gäste und wies zu Beginn darauf hin, eine repräsentative Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Infratest habe gezeigt, daß fast drei Viertel der Bundesbürger sich über den Bevölkerungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland weniger gut bzw. überhaupt nicht informiert fühlen. Dies seien, so Spranger, „erschreckende Informationsdefizite“. Um diese Defizite abzubauen, sei man hier neben der eigenen intensiven Öffentlichkeitsarbeit auch auf die Unterstützung der Medien, insbesondere der Zeitungen, angewiesen.

## Vorsorge für den Nächsten

Schon immer habe der Mensch Vorsorge getroffen, zur Abwendung der ihn bedrohenden vielfältigen Gefahren sowie Maßnahmen vorbereitet, um bei einer Katastrophe wirkungsvoll helfen zu können. Es sei nicht nur im staatlichen Interesse, Schäden so gering wie möglich zu halten, sondern es sei auch ein Gebot der Menschlichkeit, hier Vorsorge für den Nächsten bereitzuhalten. „Für mich ist deshalb Katastrophen- und Zivilschutz im Grunde eine der wichtigsten und humansten Aufgaben, denen sich die politisch Verantwortlichen zu stellen haben“, meinte Spranger und verwies darauf, daß im Katastrophen- und Zivilschutz private Hilfsorganisationen, Kommunen, Länder und der Bund ein einheitliches Hilfeleistungssystem bilden. Neben dem hohen staatlichen Engagement seien es die vielen engagierten haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter im Bereich der Hilfsorganisationen, die dieses gemeinsame System zur Schadensbekämpfung funktionsfähig machen würden.

## Gesamtstaatliche Verantwortung

Seit 1982 habe die Bundesregierung dem Katastrophen- und Zivilschutz einen großen Stellenwert beigemessen, meinte Spranger. Aktuelle Ereignisse wie die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl oder das Chemieunfall in Basel hätten aber gezeigt, daß der

Bund über den Bereich der Hilfeleistung bei bewaffneten Konflikten hinaus, verstärkt seine gesamtstaatliche Verantwortung für Vorsorge und Hilfeleistung bei großflächigen Gefährdungslagen im Frieden wahrnehmen müsse. Zur Zeit sei die Bundesregierung dabei, die Rolle des Bundes in diesem Bereich zu konkretisieren. Die Länder seien in diesen Prozeß einbezogen.

Nach den Worten Sprangers hängt die Effizienz des Hilfeleistungssystems auch von der Bereitschaft der übrigen Bevölkerung ab, sich nicht allein auf die Hilfe von anderen zu verlassen, sondern Vorkehrungen für den eigenen Schutz zu treffen. Dies reiche vom Bau von Schutzräumen, über die Anlegung eines bestimmten Notvorrates, dem Besuch Erster-Hilfe-Kurse bis hin zum Sich-Vertraut-Machen mit Verhaltensmaßregeln im Falle kerntechnischer oder sonstiger großindustrieller Katastrophen.

Vorsorgemaßnahmen des Staates, die jährlichen Aufwendungen des Bundes und der Länder für den Bevölkerungsschutz sowie die personelle Ausstattung der Hilfsorganisationen waren weitere Punkte, auf die der Staatssekretär einging.

## Schwerpunkte vorgestellt

Zum Schluß erläuterte Spranger den Gästen die Schwerpunkte der weiteren Arbeit des Bundesinnenministeriums im Bereich des Bevölkerungsschutzes.

So sollen die rund 50 Jahre alten Sirenen in der Bundesrepublik Deutschland durch ein modernes Warnsystem ersetzt werden. Entsprechend derzeitigen Erkenntnissen soll das künftige Warnsystem aus einer „Informations“- und einer „Weck“-Komponente bestehen. Für die „Informations“-Komponente bietet sich der Rundfunk an. Für die „Weck“-Komponente kämen z. B. moderne netzstromunabhängige, funkgesteuerte Sirenen in Frage. Die Anzahl der Sirensignale werde auf das Signal „Radio einschalten“ reduziert. Mit dem Aufbau der „Weck“-Komponente soll 1989 begonnen werden. Die Rundfunkkomponente soll 1989 im Gebiet eines Warnamts erprobt werden.

Zu den weiteren Initiativen zählen die Ergänzung des bestehenden Gefahrenerfassungssystems mit automatisch arbeitenden Sonden zur Erfassung chemischer Schadstoffe, das Ausrichten der Ausbildung und Ausrüstung der Einsatzkräfte auf die modernen Gefahren der Radioaktivität und der chemischen Schadstoffe sowie die Umrüstung der Rettungshubschrauber des Katastrophenschutzes auf ein größeres Modell.

Es sei auch bedeutsam, so Spranger, Entwicklungen im Bereich des Katastrophen- und Zivilschutzes gemeinsam in Bund und Länder voranzubringen. Entsprechend dem Beschluß der Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes vom 2. Oktober 1987 und des Bundestagsinnenausschusses vom 7. Oktober 1987 habe daher der Bundesminister des Innern die Initiative



Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (Mitte) stellt die Schwerpunkte der weiteren Arbeit im Bereich des Bevölkerungsschutzes vor.

zu einem gemeinsamen Bevölkerungsschutzprogramm des Bundes, der Länder und der Kommunen ergriffen.

Ferner wolle man zur Bekämpfung Ländereübergreifender, großflächiger Katastrophen beim Bundesinnenminister eine ständige interministerielle Koordinierungsstelle einrichten. Dieses Vorhaben sei am 29. April 1988 durch die Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes gebilligt worden. Zwischenzeitlich wurde es vom Bundeskabinett am 22. Juni 1988 verabschiedet.

## Vertiefende Information

In einem Referat „Sicherer leben – Bevölkerungsschutz heute“ vertiefte und ergänzte Abteilungsleiter Ministerialdirigent Wolfgang Beyer anschließend die Aussagen Staatssekretär Sprangers und stellte sich den Fragen der Journalisten.

Ein Vortrag zum Thema „Ernährungsvorsorge trotz landwirtschaftlicher Überproduktion“ von Ministerialrat Rolf Solmecke, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, schloß sich an.

Der Besuch des Hilfskrankenhauses Beuel war ein weiterer Punkt des Tagungsprogramms. Dieser wichtige Bereich der staatlichen Notfallvorsorge fand das besondere Interesse der Journalisten.

Abgeschlossen wurde der erste Tag der Informationsveranstaltung mit einem Besuch des THW-Ortsverbandes Beuel. Hier erhielten die Gäste einen Einblick in die Organisation, Aufgaben, Ausbildung sowie personelle und materielle Ausstattung der Hilfsorganisation.

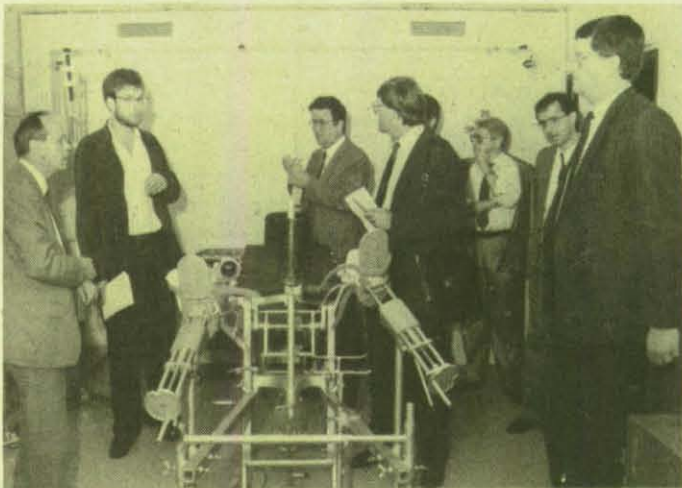
Der Vormittag des nächsten Tages war dem Besuch des Warnamts V, Linnich, gewidmet. Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans-Georg Dusch, begrüßte die Journalisten, anschließend referierte Warnamtsleiter Volker Helbig kurz über die Aufgabe und Organisation des Warndienstes. Ein Vortrag von Oberregierungsrat Uwe Ossenberg (BZS) zeigte die neue Technik des Warndienstes auf. Bei einem Rundgang durch den Warnbunker wurde den Gästen das neue Meß- und Informationssystem praktisch demonstriert.

Den Abschluß der zweitägigen Fachtagung bildete ein Besuch bei der Bundeshauptstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Nach einführenden Worten von BVS-Direktor Helmut Schuch wurden den Journalisten die Aufgaben und Ziele des Verbandes erläutert.

– güse –



Vertiefende Information zum Thema Bevölkerungsschutz (v. rechts): Ministerialrat Rolf Solmecke, Abteilungsleiter Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Ministerialrat Franz-Josef Lohr, Regierungsdirektor Gorch Fock.



Ministerialrat Joachim Schenk (links) erläutert die Ausstattung eines Hilfskrankenhauses.

Großes Interesse zeigen die Journalisten am neuen Meß- und Informationssystem des Warndienstes.



Einen Einblick in die Aufgaben und Ziele des BVS erhalten die Gäste in Köln (v. rechts): BVS-Direktor Helmut Schuch, Regierungsdirektor Gorch Fock, Regierungsdirektor Volker Bartholdy. (Fotos: Sers)



# Mit Beharrlichkeit das Ziel erreicht

## Großzügiger Neubau beinhaltet eine der größten Sammlungen zur deutschen Feuerwehrgeschichte

Nach zweijähriger Bauzeit wurde am 11. Juni 1988 das Deutsche Feuerwehr-Museum in Fulda eröffnet. Zur Einweihung des in seiner Art in der Bundesrepublik Deutschland einzigartigen Museums hatte der Verein Deutsches Feuerwehr-Museum eine Vielzahl von Gästen eingeladen, unter ihnen der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, der Hessische Minister des Innern, Gottfried Milde, sowie Fuldas Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hamberger.

### Starke und zuverlässige Partner

In seiner Begrüßungsansprache dankte der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes und Vorsitzende des Vorstandes des Feuerwehr-Museums, Hinrich Struve, allen, die in den entscheidenden Phasen des Erweiterungsbaus des Museums zur Seite standen und damit den Bau erst ermöglichten. Sei besonderer Dank galt Oberbürgermeister Dr. Hamberger, ohne dessen persönliches Engagement und Wirken in den Gremien der Stadt und auf Landes- und Bundesebene der heutige Tag nie Wirklichkeit geworden wäre.

Auch die Feuerwehren, zusammengeschlossen im Deutschen Feuerwehrverband, hätten durch die Spenden eines jeden einzelnen nicht unerheblich zur Finanzierung des Baus beigetragen.

Ein starker und zuverlässiger Partner sei auch das Land Hessen, vertreten durch das Innenministerium, gewesen. In Staatsminister Milde und auch in seinem Vorgänger habe man einen verständnisvollen und helfenden Partner gefunden, meinte Struve.

Der Präsident dankte weiter dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, der einen namhaften Beitrag beigesteuert habe, sowie den Bundesländern, die anteilmäßig eine Summe für die Finanzierung des Erweiterungsbaus zur Verfügung stellten. Finanzielle Unterstützung hätten auch der Landkreis Fulda, die Feuerwehren des Land-

kreises Fulda sowie die öffentlich-rechtlichen Versicherungen geleistet.

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache dankte Struve u. a. Dr. Norbert Rückert, Chef des Rechtsamtes der Stadt Fulda sowie geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Vereins Deutsches Feuerwehr-Museum, und bezeichnete ihn als „Schlüsselfigur“ in den letzten Jahren. Über seinen Tisch sei alles gelaufen, was angenehm oder unangenehm war. Daneben habe er mit Erfolg auch zusätzliche Mittel und Sachleistungen hereingebracht. Dies alles verdiene Achtung und Anerkennung.

Herausragend habe sich auch die Freiwillige Feuerwehr Fulda mit Stadtbrandinspektor Hans-Joachim Kramer an der Spitze für das Museum engagiert, meinte der Präsident.

Zum Abschluß seiner Ansprache appellierte Struve an alle Feuerwehrangehörigen, bei der Restaurierung der vielen Exponate mitzuwirken, und führte weiter aus: „Mit dem heutigen Tag ist die Arbeit und darf auch das Engagement für das Deutsche Feuerwehr-Museum nicht abgeschlossen sein. Es ist eine Verpflichtung der Feuerwehr, aber nicht nur der Feuerwehr, dafür Sorge zu tragen, daß dieses Museum seiner Aufgabe gerecht wird, nämlich auch späteren Generationen die Entwicklung des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes zu verdeutlichen.“

Im Anschluß an die Ansprache erfolgte die Schlüsselübergabe an den Hausherrn durch den Architekten des Baus, Dipl.-Ing. Rudolf Schick. Es schloß sich die ökumenische Weihe des Museums an.

### Grußwort der Bundesregierung

Parlamentarischer Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, der danach das Wort zu einem Grußwort der Bundesregierung ergriff, führte aus: „Die Einweihung dieses schönen Komplexes des Deutschen Feuerwehrmuseums ist ein großartiges und in

mancherlei Hinsicht symbolträchtiges Ereignis. Es ist das Ergebnis jahrelangen Bemühens und aufreibender Arbeit des jetzigen Ehrenpräsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes Albert Bürger und des gegenwärtigen Präsidenten Hinrich Struve. Ich freue mich, an dieser Einweihung teilnehmen zu können. Von Herrn Bundesminister Dr. Friedrich Zimmermann übermittle ich die herzlichen Glückwünsche für dieses gelungene Werk. Möge der Erfolg die Initiatoren belohnen, die sich mit der Schaffung des Deutschen Feuerwehrmuseums hohe Ziele gesetzt haben.

Dieses Museum, meine Damen und Herren, ist in seiner Vielfalt einzigartig. Mit viel Liebe und Sorgfalt sind hier Exponate aus mehreren Jahrhunderten zusammengetragen und restauriert worden. Sie sind ein eindrucksvolles Zeugnis für die technische Leistungsfähigkeit unserer Bürger, die sie seit jeher im Kampf gegen den „Roten Hahn“ bewiesen haben.

Der Gang durch die Jahrhunderte des deutschen Feuerlöschwesens, den dieses Museum hier im Zeitrastertempo anbietet, führt jedem Betrachter eindrucksvoll die Geschwindigkeit des technologischen Fortschritts auch in diesem Bereich vor Augen. So kommt es nicht von ungefähr, daß Fahrzeugtechnik und Ausstattungsqualität des deutschen Brandschutzes auch heute nach wie vor eine Spitzenstellung in der Welt einnehmen.

Dieses Feuerwehrmuseum bietet aber nicht nur eine Demonstration des technischen Fortschritts im Brandschutz. Es dokumentiert ebenso eindringlich auch die Geschichte des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements der Menschen in diesem Lande, insbesondere wenn es darum geht, einander in Fällen der Not durch Feuersbrünste beizustehen. Dies geschah und geschieht auch heute noch oft unter Einsatz des eigenen Lebens. Bei uns hat das ehrenamtliche und freiwillige Engagement die Strukturen des flächendeckenden Brandschutzes entscheidend mitgeprägt.

Wir können stolz darauf sein, daß sich in den deutschen Feuerwehren mehr als eine Million Männer, Frauen und Jugendliche verpflichtet haben, jederzeit selbstlos, freiwillig und gemeinwohlorientiert Nächstenliebe zu leisten. Ihr beispielgebendes Wirken hat auch dazu beigetragen, daß sich viele andere Bereiche ebenfalls auf der Basis der Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit organisiert haben und entwickeln konnten. Das gilt nicht nur für humanitäre Aufgabengebiete im engeren Sinne, sondern schließt ebenso Sport- und kulturelle Vereine ein. Man muß die Zeugnisse des Museums in diesen über den Brandschutz hinausgehenden Bezugsrahmen stellen, um ihre nationale Bedeutung voll erfassen und beurteilen zu können.

Das deutsche Feuerwehrwesen war in seiner spezifischen, flächendeckenden und in die örtliche Selbstverwaltung der Gemeinden integrierten Form immer wieder Entstehungsort und Ausgangspunkt für staatstragende Bewußtseinsbildung gelebte Solidarität – weit über seine eigentliche Aufgabenstellung hinaus. Deshalb ist dieses Feuerwehrmuseum auch nicht nur eine Stätte der Traditionspflege und der Wekung von Geschichtsbewußtsein.

## Lebendige Solidarität

Die Sammlung historischer Dokumente und Ausrüstung soll darüber hinaus denjenigen, die sich heute mit der Bewältigung der Probleme der Gegenwart zu befassen haben, ins Bewußtsein rufen, daß und wie menschlicher Erfindungsgeist, stete Leistungsbereitschaft und lebendige Solidarität die sich immer wieder neu stellenden Herausforderungen bewältigen können. Die Besucher sollten aus diesem Museum nicht nur ein Stückchen Wissen über die Geschichte der deutschen Feuerwehren mit nach Hause nehmen. Darüber hinaus sollten sie sich selbst und anderen klar machen, welche Bedeutung diese Ausstellung technischer Leistungskraft und menschlicher Hilfsbereitschaft gerade für die Gegenwart besitzt, und auch die Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens hängt ganz entscheidend davon ab, ob es gelingt, diese Werte zu erhalten. Zuweilen könnte man versucht sein zu sagen, sie wiederzuentdecken.

Die deutschen Feuerwehren bewahren die Tradition und leben in der Gegenwart. Ihr Blick ist nach vorn gerichtet. Ohne diese

Einstellung wären sie nicht in der Lage, den selbstgestellten Auftrag zum Nutzen der Allgemeinheit zu erfüllen. Auch für die Feuerwehren bringen der technologische Fortschritt und die Entwicklung zu einer pluralistischen Gesellschaft Herausforderungen mit sich, denen sie sich stellen müssen. Die originäre Aufgabe des Brandschutzes ist unter den heutigen Bedingungen eines hochtechnisierten Industriestaates wesentlich vielfältiger und schwieriger geworden. Außerdem ist ein weites Spektrum anderer Risiken, die Leben und Gesundheit von Menschen gefährden, hinzugekommen, insbesondere radiologische und chemische Gefahrenlagen. Dementsprechend ist auch das Gefahrenabwehrsystem organisatorisch und technisch sehr viel komplexer geworden; es läßt die Grenzen der Leistungsfähigkeit freiwilliger und ehrenamtlicher Helfer manchmal schon sichtbar werden. Die großflächige radioaktive Gefahrenlage nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl und die ständig steigenden Gefahrguttransporte in unserem Lande sind Beispiele, aus denen wir Konsequenzen ziehen müssen. Dessen ist sich die Bundesregierung voll bewußt. Sie hat durch die Krisenmanagementkonzeption zur Bewältigung großflächiger Ge-



Am Stadtrand von Fulda liegt das Deutsche Feuerwehr-Museum.

fahrenlagen, das Strahlenschutzvorsorgegesetz und die Novellierung der Störfallverordnung schon entscheidende Weichenstellungen vorgenommen.

## Wertvolle Anregungen

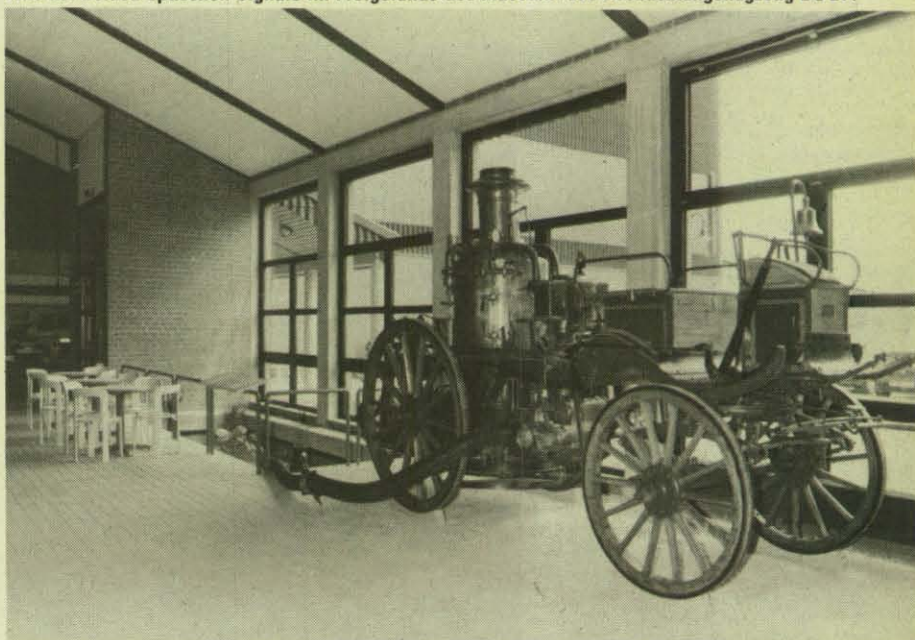
Meine Damen und Herren, Bund, Länder und Gemeinden betrachten die deutschen Feuerwehren, repräsentiert durch den Deutschen Feuerwehrverband, seit jeher als wichtigen und starken Partner. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die flächendeckend organisierten Feuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland sowohl als Träger einer bedeutenden öffentlichen Aufgabe für das Leben und die Gesundheit unserer Bevölkerung als auch in ihrer gesellschaftspolitischen Dimension für unseren Staat unersetzbar sind. Zwar liegt die Zuständigkeit für den Brandschutz bei den Ländern und Kommunen. Aber auch der Bund hat die Feuerwehren in dem rechtlich vorgegebenen Rahmen durch beachtliche materielle Leistungen unterstützt und sich nicht nur auf verbale Sympathiebekundungen beschränkt. Die Bundesregierung hat den Deutschen Feuerwehrverband beim Aufbau des in ihre Zuständigkeit fallenden Zivilschutzes von Anfang als geschätzten und vollwertigen Gesprächspartner in die Diskussion mit einbezogen.

Viele wertvolle Anregungen sind von seiner Seite gekommen und konnten weitgehend realisiert werden. Das seit Jahren laufende Konsolidierungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von mehr als 1,2 Mrd. DM kommt den Feuerwehren, die im erweiterten Katastrophenschutz den Brandschutz und den ABC-Dienst tragen, mit einem beachtlichen Anteil von etwa 550 Mio. DM zugute. Durch das Konsolidierungsprogramm werden dem Katastrophenschutz insgesamt über 11 000 Bundesfahrzeuge zugeführt, die uneingeschränkt und unentgeltlich den Ländern und Kommunen für die Bewältigung friedenszeitlicher Gefahren zur Verfügung stehen. Auch für die Unterhaltung und Instandhaltung dieser Fahrzeuge trägt der Bund die vollen Kosten. Zudem finanziert er acht Katastrophenschutzschulen, die die wesentlichen Wissensvermittler auf dem Gebiete der Katastrophenbekämpfung – auch in Friedenszeiten – sind. Hierauf sind wir, trotz aller Rufe nach noch mehr Bundesleistungen, doch ein wenig stolz. Ebenso erfreut bin ich darüber, daß die Verhandlungen über die Erhöhung der Selbstbewirtschaftungsmittel zugunsten von Brandschutzeinheiten mit einem beachtlichen Erfolg für den Deutschen Feuerwehrverband abgeschlossen werden konnten.

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, die zu beiderseitigem Nutzen praktizierte Zusammenarbeit mit dem Deutschen



Eins der beiden optischen Signale im Freigelände des Museum: das Beobachtungsflugzeug DO 27.



Schon im Eingangsbereich des Museums ist eine alte Dampfspritze zu sehen.



Die Halle I des Museums mit Feuerlöschgeräten aus dem 16. Jahrhundert in Verbindung mit einem nachgebauten Fachwerkhäus.

Feuerwehrverband auch in Zukunft fortzusetzen. Selbstverständlich wird er auch weiterhin, wie schon in der Vergangenheit, bei der Fortentwicklung der Rechtsgrundlagen für den erweiterten Katastrophenschutz und für den Zivilschutz beteiligt werden. Ich bin überzeugt, daß er dabei ebenso wie in den Verhandlungen über das Konsolidierungsprogramm, die Stärke- und Ausstattungsnachweisungen und die Selbstbewirtschaftungsmittel die Interessen der Feuerwehren angemessen, gemeinwohlorientiert und mit dem Blick für das Machbare vertreten wird. In diesem Sinne wünsche und hoffe ich, daß die jüngsten Begegnungen von leitenden Persönlichkeiten der deutschen Feuerwehren mit Vertretern der Bundesregierung das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Staat und Feuerwehr weiterhin stärken und festigen möge.“

## Grüße der Landesregierung

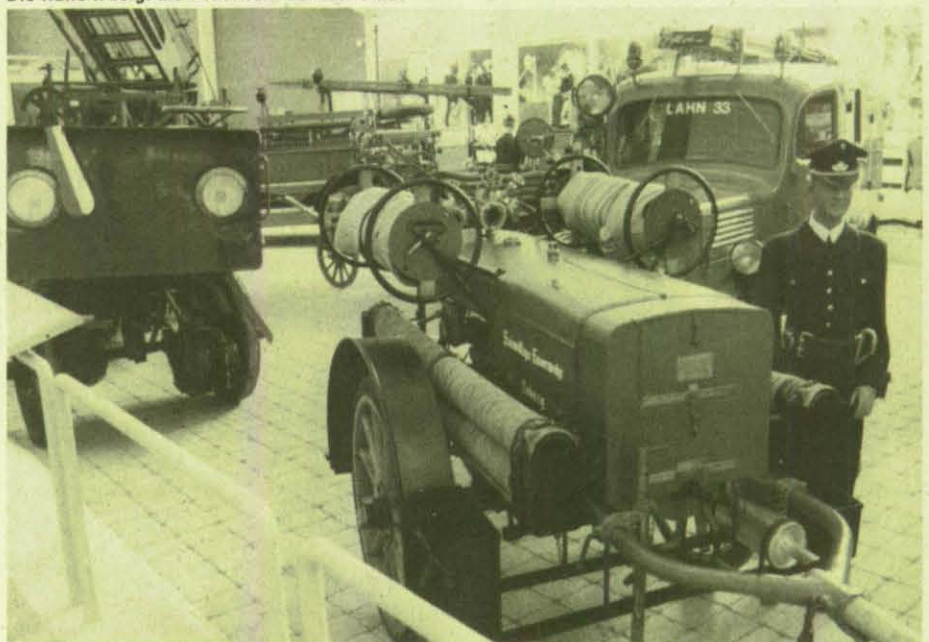
Anschließend überbrachte der hessische Minister des Innern, Gottfried Milde, die Glückwünsche und herzlichen Grüße von Ministerpräsident Dr. Walter Wallmann und der Landesregierung. Dieser Tag habe es verdient, im Kalender aller deutschen Feuerwehrfrauen und -männer besonders angestrichen zu werden, meinte Milde, denn es sei endlich ein langgehegter Wunsch in Erfüllung gegangen. Auch Milde hob die intensiven Bemühungen aller am Bau des Museums Beteiligten hervor und dankte insbesondere Präsident Struve für die Aktivitäten und auch Beharrlichkeit, die er bei der Frage der Finanzierung des Neubaus an den Tag gelegt habe. Sein Dank galt auch Oberbürgermeister Dr. Hamberger, der als politisch Verantwortlicher der Stadt Fulda einen wesentlichen Beitrag für das Gelingen des Baus geliefert habe.

Der Staatsminister verwies im weiteren Verlauf seiner Rede darauf, daß durch die Lage des Museums im Zonenrandgebiet auch die historische Verbundenheit mit dem anderen Teil Deutschlands besonders deutlich würde. „Deshalb ist auch die Bezeichnung dieses Museums als ‚Deutsches Feuerwehr-Museum‘ ein eindeutiger Beweis für die nationale Bedeutung dieser Einrichtung“, so Milde.

Zum Schluß meinte der Minister: „Es gilt, den Blick nach vorn zu richten. Das einmal Geschaffene muß erhalten, aktualisiert, erneuert werden. Ich bin zuversichtlich, daß mit dem jungen Geschäftsführer, Herrn Dr. Wolf, eine gute Wahl getroffen worden ist, um das Museumskonzept mit Leben zu erfüllen. Ein Feuerwehr-Museum ist ja nicht nur dazu da, um die Entwicklung des Feuerlösch- und Feuerwehrwesens in Deutschland über Jahrzehnte zu dokumentieren. Es soll auch pädagogisch dazu beitragen, daß junge Menschen für die bürgerschaftlichen



Die Halle II zeigt die Feuerwehr der Moderne.



Freunde der Feuerwehrtechnik finden im Museum viele Leckerbissen.



Ein Blick auf die Vitrinen in Halle II.

Tugenden der freiwilligen Nächstenhilfe begeistert und für den Dienst in der Feuerwehr gewonnen werden können.“

## Freude und Stolz

Die Festansprache hielt der Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Dr. Wolfgang Hamberger. Er empfinde wie sicher viele andere in dieser Stunde dankbare Freude, Stolz und Zufriedenheit. Nach 25 Jahren, in denen das Ziel mehr als einmal aus dem Auge entschwand, ja unerreichbar erschien, habe es man mit vereinten Kräften und der Hilfe vieler doch noch geschafft, das Feuerwehr-Museum in Fulda zu eröffnen.

Weiter führte der Oberbürgermeister u. a. aus, mit den anderen Museen in der Region und diesem Feuerwehr-Museum sei ein museales Angebot geschaffen worden, das die Attraktivität der Stadt und der sie umgebende Region beachtlich erhöhe.

Zum Schluß seiner Rede wünschte sich Dr. Hamberger, daß das Museum sowohl zu einer Begegnungsstätte für die Menschen als auch zu einem Dokumentationszentrum dafür werden möge, was menschlicher Geist für den zivilisatorischen Fortschritt und das friedliche Zusammenleben zu leisten in der Lage sei.

Anschließend ehrte der Oberbürgermeister DV-Präsident Hinrich Struve für seine besonderen Verdienste um den Bau des Museums mit der Ferdinand-Braun-Medaille der Stadt.

Nach den Grußworten von Landrat Kramer sowie dem Vorsitzenden des Hessischen Museumsverbandes, Klaus Beckmann, dem Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, Richard Meister, und THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel lud Museumsleiter Dr. Thomas Wolf die Gäste zu einem Rundgang durch die Hallen ein.

## Zusammenhänge aufzeigen

Rund 3,5 Millionen hat das Museum gekostet. Der in rotem Klinker ausgeführte Bau besteht aus zwei Hallen mit einer Nutzfläche von etwa 2200 Quadratmetern. Dazu gehören der Verwaltungstrakt mit Eingangsbereich, eine Fachbibliothek und ein Leseraum im ersten Stockwerk.

In der Halle I des Museums sind wertvolle Feuerlöschgeräte aus dem 16. Jahrhundert ausgestellt, u. a. die älteste fahrbare Löschspritze Deutschlands aus dem Jahre 1624. Halle II zeigt die Feuerwehr der Moderne. Kraftmaschinen, Motoren, eiserne Fahrzeuge, Feuermelder und Feuerlöscher, Atemschutzgerät und Brandmeldeanlage bilden hier den Blickfang für den Besucher. An der Ausstattung der Vitrinen, die einen guten Einblick in die Entwicklung der Lösch-

technik geben, hat sich auch die Feuerwehr-industrie beteiligt.

Zu den herausragenden Exponaten gehören die erste Elektro-Automobil-Rettungsleiter der Welt und zwei elegante Autospritzen aus den 20er Jahren. Eine Magirus-Kraftdrehleiter sowie Löschgruppenfahrzeuge von Daimler Benz und Metz aus den Jahren 1938 und 1942 ergänzen das Bild neuzeitlicher Feuerwehrtechnik. Im Freigelände weisen als optische Signale eines der größten, jemals in der Bundesrepublik eingesetzten Großtanklöschfahrzeuge und ein ausgemustertes Beobachtungsflugzeug DO 27 des

Feuerwehr-Flugdienstes Niedersachsen auf das Museum hin.

Zu den Aufgaben eines Museums gehören das Sammeln, Ausstellen, das Bewahren und Forschen. Unter fachkundiger Betreuung sorgt das Museum für die konservatorische Aufarbeitung des Museumsgutes. Dabei soll die Forschung nicht zu kurz kommen. Es gilt, die großen, geschichtlichen Zusammenhänge der deutschen Brandschutzgeschichte darzustellen. Die Voraussetzungen werden mit der Fachbibliothek und einem Dokumentationszentrum geschaffen.

- güse -

Ein Gespräch am Rande der Veranstaltung (v. r.): Staatssekretär Carl-Dieter Spranger und Oberbürgermeister Dr. Hamberger.



Architekt Dipl.-Ing. Rudolf Schick (rechts) überreicht DFV-Präsident Hinrich Struve den symbolischen Schlüssel zum Museum.



Aus der Hand von Oberbürgermeister Dr. Hamberger nimmt Präsident Hinrich Struve die hohe Auszeichnung entgegen.  
(Fotos: Sers)

# Interessante Öffentlichkeitsarbeit kann die Bevölkerung motivieren

2 000 Personen, Multiplikatoren und Jugendliche  
wurden befragt

Das Thema Bevölkerungsschutz (Katastrophen- und Zivilschutz) stand im Mittelpunkt einer Untersuchung der Infratest Wirtschaftsforschung GmbH. Informationsstand, Einstellungen und Mitwirkungsbereitschaft in der Bevölkerung wurden bundesweit im Auftrag des Bundesministeriums des Innern von Infratest ermittelt. Dazu wurden 2000 deutschsprachige Personen in Privathaushalten in einer telefonischen Repräsentativbefragung ausgewählt, ergänzt durch explorative Telefoninterviews mit wichtigen Multiplikatoren. Schließlich wurden vier Gruppendiskussionen veranstaltet, um die Zielgruppe der jungen Leute zu untersuchen.

Das „Zivilschutz-Magazin“ berichtete bereits kurz über die Ergebnisse dieser Untersuchungen, hier soll nun näher darauf eingegangen werden.

## Die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsbefragung

Geht es um die Bedeutung von Katastrophen- und Zivilschutz, so wurde in der Untersuchung festgestellt, daß viele Äußerungen gemacht wurden, die sich unmittelbar an durch die Frageformulierung vorgegebene Begriffe orientieren. 17,9 % verstehen darunter den „Schutz vor Katastrophen bzw. den Schutz der Bevölkerung“. 22,8 % assoziieren mit Katastrophen- und Zivilschutz „Hilfe/Rettung im Katastrophenfall“ und 10,3 % denken dabei an den „Schutz der Zivilbevölkerung im Kriegsfall“. Konkrete Katastrophen (18,6 %), wie z.B. Naturkatastrophen oder Reaktorunfälle, einzelne Hilfsorganisationen (7 %), Hilfsorganisationen bzw. eine „Gruppe, die hilft“ (6,6 %), Bunkerbau (3,5 %) und Sirenen (0,3 %) werden in Zusammenhang mit der Frage nach Katastrophen- und Zivilschutz genannt. Jeder fünfte Bundesbürger über 14 Jahre (19,7 %) hat vom Katastrophen- und Zivilschutz noch nichts gehört bzw. weiß nichts darüber – dies ist eins der Ergebnisse der Infratest-Untersuchung. Daß dabei Frauen einen geringeren Kennt-

nisstand als Männer haben, liegt wohl auch am geringeren Interesse der Frauen an diesem Thema.

## Denkbare Katastrophen

Mit 31,2 % stehen Reaktorunfälle an oberster Stelle der denkbaren Katastrophen, nach denen die Personen befragt wurden. 26,7 % fällt dazu „Krieg“ bzw. „Atomkrieg“ ein; 25,6 % benennen Natur- und Umweltkatastrophen. Bei letzteren stellt Hochwasser (23,5 %) offensichtlich die aktuellste Gefahr dar, Erdbeben (19,1 %) folgen. Als weitere denkbare Katastrophen wurden genannt: Verkehrsunfälle (einschließlich Flugzeug) 20,6 %, Industrieunfälle (ohne KKW) 15,9 %, Brände 14,7 % und sonstiges (Terroranschläge, Smog, Hunger, etc.) 12,4 %. Es hat sich in der Untersuchung herausgestellt, daß je nachdem, wie wahrscheinlich objektiv eine bestimmte Naturkatastrophe im Befragungsgebiet ist, sich dort auch die Anzahl der Nennungen häuft.

Fast drei Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung fühlen sich über den Katastrophen- und Zivilschutz weniger gut (48,8 %) bzw. überhaupt nicht (22,7 %) informiert. Nur 9,2 % der Befragten betrachten ihren Informationsstand als gut, 19,3 % halten sich für ausreichend informiert. Besonders bei den Jugendlichen scheint das Informationsdefizit sehr stark zu sein: 83,5 % fühlen sich weniger gut bzw. überhaupt nicht informiert.

## Was tun bei Probealarm?

Woran würden Sie bei einem Probealarm zuerst denken? – So lautete eine der Fragen der Untersuchung. Nur 4,8 % fällt spontan ein – offiziellen Empfehlungen folgend –, das Radio einzuschalten. Die meisten geben an, an Feuer oder Brand zu denken (26,6 %); Assoziationen in Richtung kriegerische Auseinandersetzung haben 18 % der Befragten. 14,6 % denken an Probealarm, 7,9 % an ein „Versehen“. Der wichtigste Ansprechpartner bei einem eventuellen Sirenenalarm ist für 35,8 % die Polizei, gefolgt von Rundfunk/Radio, Feuerwehr,

Stadtverwaltung/Bürgermeister und Nachbarn. Wenn eine Aufforderung über Rundfunk oder Lautsprecher erfolgen sollte, sich in Schutzräume zu begeben, wüßten 19,9 % der Bevölkerung nicht, wo sie sich hinbegeben sollten. 46,1 % würden in den eigenen Keller gehen, 11,4 % in ihrer Wohnung verbleiben, und 12 % sagen, sie würden einen Schutzraum aufsuchen. 14,1 % geben an, es gäbe keine Schutzräume bzw. sie wüßten nicht, wo ein Schutzraum ist.

„Auch die Antworten auf die (offene) Frage, welche Empfehlungen und Ratschläge zum Katastrophen- und Zivilschutz bekannt sind, zeigen deutlich, wie wenig sich der Bürger mit dem Thema Katastrophen- und Zivilschutz auseinandersetzt. 64,8 % wissen nichts über Empfehlungen und Ratschläge zum Katastrophen- und Zivilschutz.“ – So die Untersuchungsergebnisse. Eine der Empfehlungen, die Vorratshaltung an Lebensmitteln, ist bei älteren Menschen sehr viel weiter verbreitet als bei jüngeren.

## Ergebnisse der vertiefenden Befragung von Multiplikatoren

Architekten, Hauptverwaltungsbeamte, Journalisten und Lehrer wurden ebenfalls befragt zum Themenkomplex „Bevölkerungsschutz“. Zehn Architekten wurden interviewt, und als Ergebnis wurde ermittelt, daß erforderliche Informationen z.B. zum Schutzraumbau, zum Katastrophen- und Zivilschutz und zu denkbaren Katastrophenfällen den Befragten zum großen Teil fehlen. Eine eher ablehnende Haltung der Architekten gegenüber dem Schutzraumbau wird deutlich auch dadurch, daß z.B. sieben von zehn Befragten der Ansicht sind, der Schutzraumbau sei alleinige Aufgabe des Staates, der Architekt habe dabei keine besondere Verantwortung.

Sieben von insgesamt zwölf befragten Hauptverwaltungsbeamten haben bislang keine konkreten Erfahrungen mit großen Unglücks- oder Katastrophenfällen gemacht. Dennoch hat das Thema Katastrophen- und Zivilschutz – funktionsbedingt –



für fast alle befragten Hauptverwaltungsbeamte Aktualität. Vorurteile und Desinteresse seitens der Bevölkerung gestalten die Aufklärungsarbeit sehr schwierig. Dies wird von den Befragten bemängelt. So wird auch von ihnen der Informationsstand der Bevölkerung zu Fragen des Katastrophen- und Zivilschutzes als unzureichend eingestuft. Weiter heißt es in den Untersuchungsergebnissen zur Befragung der Hauptverwaltungsbeamten: „Auf die Frage, welche Maßnahmen in der letzten Zeit unternommen wurden, um bestimmte Aktivitäten durch den Bundesverband für den Selbstschutz oder andere Hilfsorganisationen zu intensivieren, nennt fast die Hälfte der Befragten die Errichtung von Schutzbauten. Durchführung von Übungen, Lehrgängen und Informationsveranstaltungen werden ebenfalls in diesem Zusammenhang erwähnt.“

Eine positive Resonanz der Bevölkerung auf diese Aktivitäten wird jedoch nur von drei der zwölf Befragten bestätigt. Besser sieht das Ergebnis zur Frage nach Gemeinschaftsaktionen der am Rettungs- und Hilfeleistungssystem beteiligten Organisationen zusammen mit den zuständigen Behörden aus. Zwei der Befragten sagten, daß das Interesse bei Lehrgängen in Schulen und Betrieben größer sei. Obwohl dies nur in zwei Fällen erwähnt wurde, scheint dies, wie sich später bei den Ergebnissen der Gruppendiskussionen zeigen wird, ein guter Ansatzpunkt zu sein, der Bevölkerung Maßnahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes zu vermitteln.

Ebenfalls interessant ist (aber auch nur von zwei der zwölf Befragten erwähnt), daß die Bevölkerung an den Übungen des Zivil- und Katastrophenschutzes mehr Interesse hat als an Lehrgängen und Ausstellungen. Ebenfalls zwei der zwölf befragten Beamten weisen auf das Problem hin, daß seitens der Bevölkerung wenig Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit im Rahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes besteht. Auch dieses Ergebnis wird durch die Ergebnisse der Gruppendiskussionen mit den Jugendlichen unterstrichen.“

## Über Katastrophenvorsorge wird zu wenig berichtet

Zehn Journalisten gaben ebenfalls Antworten auf Fragen zum Thema Bevölkerungsschutz: „Darüber, daß es Aufgabe der Journalisten sei, zu Fragen der Gefahrenvorsorge, des Zivil- und Katastrophenschutzes zu berichten und aufzuklären, sind sich alle einig. Bei der Frage nach dem Stellenwert dieser Aufklärungsarbeit zeigt sich aber, daß der Journalist seinen Part erst dann für gekommen hält, wenn sich bereits eine Katastrophe ereignet hat, d. h. bei aktuellen Anlässen. Information dahingehend, wie

sich der einzelne im Falle einer Katastrophe schützen kann, sieht der Journalist nicht als seine Aufgabe an.“

Die Hälfte der Befragten ist aber der Ansicht, daß über Katastrophenvorsorge zu wenig berichtet wird. Als mögliche Ursache dafür werden unter anderem einfallende Öffentlichkeitsarbeit der Organisationen und Verbände sowie Desinteresse seitens der Bevölkerung genannt, da solche Berichte „geringen Unterhaltungswert“ hätten. (. . .)

Fast alle befragten Journalisten halten sich selber für nicht ausreichend informiert, um zu Fragen der Gefahrenvorsorge zu informieren und aufzuklären. Es steht zwar offensichtlich Informationsmaterial aus verschiedensten Quellen zur Verfügung, der Zugriff erfolgt jedoch wahrscheinlich erst dann, wenn ein aktuelles Ereignis dies vom Journalisten verlangt. Entsprechend beschränkt sich die Informationsaufnahme dann auf die Inhalte, die für den Journalisten im Moment von Relevanz sind.

Einen engeren Kontakt mit den für den Katastrophen- und Zivilschutz zuständigen Stellen und Behörden würden die meisten begrüßen (acht von zehn). Dazu, wie dies erfolgen könnte, werden unterschiedliche Möglichkeiten vorgeschlagen: z. B. Pressekonferenzen, Teilnahme der Journalisten an Übungen der Verbände oder die Ausgabe von Informationsmappen. Nur zwei Journalisten halten einen engeren Kontakt für überflüssig, da das Thema die Auflage nicht erhöhe.

Die zehn befragten Lehrer äußerten, daß in den Schulen das Thema Zivil- und Katastrophenschutz nur allgemein, d. h. in Verbindung mit anderen Themen, angesprochen wird. „Es ist nicht im Lehrplan vorgesehen.“

Die befragten Lehrer halten sich alle für zu wenig informiert, um zu Fragen der Gefahrenvorsorge in der Schule aufzuklären. Und die Mehrheit der Befragten (sieben) gibt an, daß sie es für nicht erwünscht bzw. unnötig empfinden würde, in der Schule das Thema aufzugreifen.

## Ergebnisse der Gruppendiskussion mit jungen Leuten

Atomare Unglücksfälle werden von den jungen Leuten an erster Stelle der denkbaren Katastrophen genannt. Ausschlaggebend für die Beschäftigung mit dem Thema Katastrophen war für die meisten Diskussteilnehmer der Reaktorunfall von Tschernobyl. „Eine Schutzmöglichkeit gegen Katastrophen wird in der Regel nicht gesehen, zumindest nicht, wenn die Katastrophe bereits eingetreten ist. Man sieht zwar gewisse Präventivmöglichkeiten, z. B. in hochwassergefährdeten Gebieten Dämme

zu bauen, oder verbesserte Anlagen (Filter) durch die Industrie. Im Falle einer eingetretenen Katastrophe sieht man aber eigentlich keine Möglichkeit, sich zu schützen. Man hat zwar teilweise schon etwas von Schutzmöglichkeiten gehört, z. B. in der Schule durch den Bundesverband für den Selbstschutz. Diese Vorschläge werden aber häufig nicht ernstgenommen, da das entsprechende Informationsmaterial offensichtlich nicht immer optimal gestaltet ist. Vorschläge, wie z. B. Vorratshaltung oder einen Keller als Schutzraum auszubauen, werden als unrealistisch betrachtet, da man sich nicht über längere Zeit im Keller aufhalten könne (es wird auf die lange Dauer radioaktiver Kontamination hingewiesen).

Der Informationsstand über Unglücks- und Katastrophengefahren wird als relativ gering eingeschätzt, und zwar nicht nur der eigene Informationsstand, sondern auch der der Bevölkerung allgemein.“

Sehr schlecht ist der aktuelle Informationsstand der Jugendlichen hinsichtlich z. B. Schutzräume und Empfehlungen zum Thema Katastrophenschutz. Sirensignale sind kaum bekannt. Die Jugendlichen äußerten den Wunsch, in Zukunft zu diesem Thema besser informiert zu werden. „Auch die Bereitschaft zu entsprechenden Lehrgängen und Informationsabenden war durchaus gegeben. Daran sieht man, daß hier Möglichkeiten für die Motivation der Jugendlichen bestehen, wenn die Öffentlichkeitsarbeit seitens der zuständigen Verbände und Institutionen verbessert wird.“

## Zusammenfassung

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß ein großes Informationsdefizit zum Katastrophen- und Zivilschutz in allen Teilen der Bevölkerung besteht. Durch interessante Gestaltung von Informationsmaterial und -kampagnen kann die Bevölkerung motiviert werden, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. boe

# Ein Schmuckstück des Katastrophenschutzes

**Moderne Ausbildungsstätte für die Gefahrenbekämpfung –  
Ein Treffpunkt aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen**

„Die Umbauarbeiten an der Katastrophenschutzschule in Baden-Württemberg sind abgeschlossen. Die Schule kann ihren Ausbildungsauftrag nun in vollem Umfang wahrnehmen“, hieß es im Einladungsschreiben zur Einweihung der Ausbildungsstätte am Donnerstag, den 9. Juni 1988, in Neuhausen a.d.F. Und so konnte man bei dieser Feier nur strahlende Gesichter sehen. Aber auch die Schule strahlte und präsentierte sich an diesem Tag in vollem Glanz. Sie ist nach der Neugestaltung zu einem Schmuckstück des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg geworden.

Zahlreiche Gäste hatten sich zu einem kleinen Festakt im Planspielraum der Schule eingefunden. Unter ihnen der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger.

## Ein erfolgreicher Abschluß

Die langjährigen Bemühungen um eine angemessene Bleibe für die Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg hätten jetzt ihren erfolgreichen Abschluß gefunden, freute sich Ministerialdirektor Dr. Vogel vom baden-württembergischen Innenministerium zu Beginn seiner Begrüßung. Neben der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal verfüge das Land nun über eine weitere moderne Ausbildungsstätte für die Gefahrenbekämpfung.

Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte Dr. Vogel fest: „Die Katastrophenschutzschule verdeutlicht, daß trotz der zwischen Bund und Land geteilten Zuständigkeiten im Katastrophenschutz und im Zivilschutz in partnerschaftlicher Zusammenarbeit beachtliche Erfolge erzielt werden können. Diese enge Zusammenarbeit ist auch weiterhin unerläßlich, wenn wir unser gemeinsames Ziel erreichen wollen, einen ausreichend starken und allen Anforderungen gewachsenen Katastrophenschutz zu schaffen, und zwar im Frieden und auch in einem Verteidigungsfall. Wir verfolgten dabei ein gemeinsames Konzept, das den Bund, die Länder, die kommunalen Körperschaften und die Organisationen mit Aufgaben der Hilfeleistung zusammenführt.“



Herzliche Begrüßung in Neuhausen (v.r.): Staatssekretär Carl-Dieter Spranger, Schulleiter Hans-Jürgen Kuhn und Ministerialdirigent Dr. Roland Frömel, Innenministerium Baden-Württemberg.

Wir sind als diejenigen, die besonders nahe an der Praxis der Arbeit im Katastrophenschutz stehen, der Auffassung, daß Teile dieses Konzepts überdacht werden sollten. Manche Strukturen, die vor längerer Zeit für die Bundesaufgaben vorgesehen wurden, könnten, so meinen wir, beweglicher werden. Wir unterstützen deshalb das Bemühen Ihres Hauses, Herr Staatssekretär Spranger, mit einem neuen Gesetzesentwurf die Diskussion über Verbesserungen in den organisatorischen Rahmenbedingungen des Katastrophenschutzes wieder zu eröffnen und sichern Ihnen unsere konstruktive Mitarbeit zu.

## Mitwirkung des Bürgers notwendig

Katastrophenschutz ist eine der staatlichen Aufgaben, die von den staatlichen Einrichtungen nicht allein bewältigt werden können. Um diese Aufgabe zu erfüllen, ist die unmittelbare Mitwirkung des Bürgers notwendig. Die bürgerliche Mitverantwortung für das Wohl der Mitmenschen in unserem Staat ist das tragende Fundament des Katastrophenschutzes. Mit den staatlichen Behörden wirken dabei die Organisationen zusammen, deren Aufgaben die Hilfeleistung für andere ist. Ohne die Organisationen ist ein wirksamer Katastrophenschutz nicht möglich. Wir kennen die in allen Organisationen vorhandene Bereitschaft zu gemeinsamer Tätigkeit und zu engem Zusammenwirken, und wir bauen auf diese bewährte Kooperation...“

Zum Schluß seiner Rede meinte Dr. Vogel: „Es heißt nicht zu Unrecht ‚Ende gut – alles gut.‘ Ich bin davon überzeugt, daß mit dem gelungenen Umbau unserer Schule in Neuhausen eine gute Grundlage für Ihre und unsere gemeinsame Arbeit im Bereich des Katastrophenschutzes gelegt ist. Den Bemühungen der Schule, in Neuhausen eine verbesserte Ausbildung zu erreichen, wünscht das Innenministerium Baden-Württemberg ein gutes Gelingen und viel Erfolg zur praktischen Bewährung.“

## Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Als nächster sprach Staatssekretär Spranger. Er führte aus:

„Zur Einweihung dieser zweckmäßigen und schönen Katastrophenschutzschule des Landes Baden-Württemberg hier in Neuhausen auf den Fildern überbringe ich Ihnen die herzlichen Glückwünsche von Bundesinnenminister Dr. Zimmermann. Zugleich freue ich mich über die Gelegenheit, die grundlegenden Vorstellungen und Ziele des Katastrophenschutzes aus der Sicht der Bundesregierung darzulegen.“

Weltweit ereignen sich immer wieder verheerende, meist technisch bedingte Katastrophen. Das tragische Unglück in Borken hat uns alle erschüttert. Wir leben in einer Welt, in der Katastrophen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen nicht auszuschließen sind. Ebenso können wir nur darauf vertrauen, aber nicht gewiß sein, daß unsere Friedenspolitik den bewaffneten Konflikt verhindern kann.

Katastrophenschutz ist Schutz unserer Bevölkerung gegen eine Vielzahl von Gefahren. Sein Zweck erfordert ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit. Wir unternehmen gewaltige Anstrengungen für die Sauberkeit der Luft, des Bodens und des Wassers. Mit ebenso großer Energie und Zielstrebigkeit müssen wir jedoch auch das Über- und Weiterleben der Menschen bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen sichern.

Das setzt voraus, daß in unserem Hilfeleistungssystem die humanitären Hilfsorgani-

sationen, die Städte und Kreise, die Länder sowie der Bund eng und partnerschaftlich zusammenarbeiten, um die Effizienz der Katastrophenabwehr stetig zu verbessern. Wirksame Hilfeleistung ist nur möglich, wenn schon vor Eintritt eines Großschadensereignisses die nötige Vorsorge getroffen worden ist. Das verlangt sowohl Planungen der Behörde in bezug auf alle denkbaren Katastrophen als auch das ständige Bemühen von Organisationen und Helfern, auf eine wirkungsvolle Gefahrenabwehr und -bekämpfung gut vorbereitet zu sein.

Die Bundesregierung hat daraus die notwendigen Folgerungen gezogen:

- Sie vervollständigt und modernisiert durch ein Konsolidierungsprogramm mit einem Finanzvolumen von rd. 1,2 Mrd. DM die Ausstattung für 7300 Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes mit rd. 143 000 Helfern.

- Mit einem sich an das Konsolidierungsprogramm anschließenden Arrondierungsprogramm will der Bundesminister des Innern durch die Aufstellung weiterer Einheiten der Fachdienste ABC, Fernmeldewesen, Sanität und Bergung das noch bestehende regionale Schutzgefälle weiter verringern.

- Auf Grund eines Berichts des Bundesministers des Innern über unser Hilfeleistungssystem vom 1. Oktober 1987 hat der Innenausschuß des Deutschen Bundestages die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Ländern ein Bevölkerungsschutzprogramm zu verwirklichen, um den Schutz der Bürger unseres Landes gegen die vielfältigen Risiken einschließlich militärischer Bedrohung weiter zu verbessern. Einen ersten Entwurf wird der Bundesminister des Innern in diesen Tagen fertigstellen.

- Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz wird zunehmend verstärkt; denn die Gefahren machen nicht an den Grenzen halt. Durch bilaterale Hilfeleistungsabkommen mit den Nachbarstaaten hat die Bundesregierung die notwendigen Rechtsgrundlagen geschaffen.

- Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Intensivierung der Ausbildung. Deshalb legt der Bundesminister des Innern größten Wert darauf, daß die Helfer und Führungskräfte des erweiterten Katastrophenschutzes auf allen Ebenen - am Standort, an den vom Bund finanzierten Katastrophenschutzschulen der Länder und an der Katastrophenschutzschule des Bundes - auf ihre wichtige Aufgabe gründlich und umfassend vorbereitet werden.

## Schwachstellen abbauen

Den in Bundesauftragsverwaltung geführten Landesschulen obliegt im Ausbildungssystem des Katastrophenschutzes die



Ministerialdirektor Dr. Vogel, Innenministerium Baden-Württemberg, begrüßt die Gäste.

Zahlreiche Gäste nehmen an dem Festakt im Planspielraum der Schule teil.



Interessiert läßt sich Staatssekretär Spranger die Ausstattung des ABC-Dienstes erläutern.



Auf dem Übungsgelände demonstrieren Lehrgangsteilnehmer das Ablassen eines Verletzten aus Höhen.

Ausbildung von Führern, Unterführern und Helfern mit Sonderfunktionen. Führungsausbildung ist der Eckpfeiler der Ausbildung. Ihre Qualität ist wesentlich mitbestimmend für den Ausbildungsstand und den Einsatzwert des gesamten Katastrophenschutzes. Allein für Ausbildungsmaßnahmen im erweiterten Katastrophenschutz stellt der Bund den Schulen jährlich rd. 40 Mio. DM zur Verfügung. Etwa die Hälfte dieser Summe entfällt auf die Vorhaltung und den Betrieb der Katastrophenschutzschulen der Länder. Die anderen rd. 20 Mio. DM werden je zur Hälfte für die Ausbildung am Standort und auf Bundesebene bereitgestellt.

Trotz dieses erheblichen finanziellen Aufwands müssen wir erkannte Schwachstellen kontinuierlich weiter abbauen. Mit den Haushaltsmitteln der vergangenen Jahre konnten die Landesschulen nur etwa 75 % der erforderlichen Ausbildung durchführen. Dies darf nur eine vorübergehende Erscheinung sein; denn sonst würden wiederum nachteilige Auswirkungen für den Leistungsstand und die Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes insgesamt eintreten. Darauf haben die Länder und Trägerorganisationen zu Recht hingewiesen.

Erfreulicherweise ist es dem Bundesminister des Innern gelungen, die Erhöhung der Bundesmittel für die Sachausgaben der Landesschulen von rd. 8 Mio. DM im Jahr 1984 im Haushaltsjahr 1988 auf 10 Mio. DM, d. h. um 25 % durchzusetzen. Er wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, daß dieser Ansatz steigt, bis der Ausbildungsbedarf auf Landesebene voll gedeckt werden kann und noch vorhandene Lücken geschlossen sind.

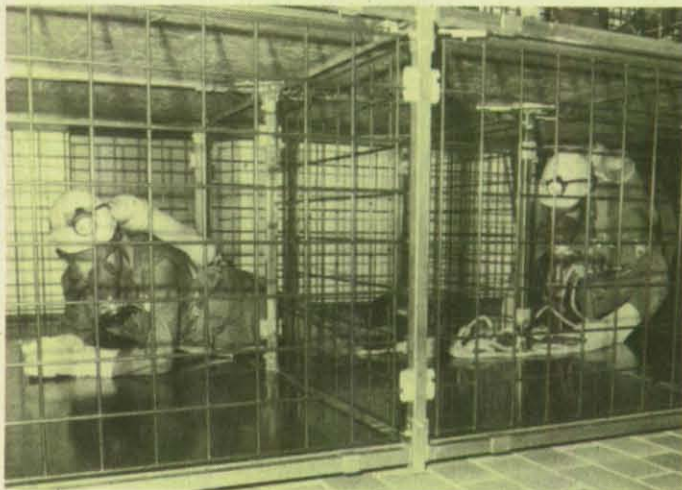
## Lohn für gemeinsame Anstrengungen

Die heute eingeweihte Katastrophenschutzschule bringt bedeutende Fortschritte und Verbesserungen. Bis Ende 1976 mußte die Katastrophenschutzausbildung in Baden-Württemberg an sechs bis zu 100 km voneinander entfernten Schulungsstätten durchgeführt werden. Das von einem zum anderen Unterrichtsort reisende Schulpersonal war unzumutbaren zeitlichen und familiären Belastungen ausgesetzt. Daraus ergaben sich auch erhebliche organisatorische, schulische und wirtschaftliche Nachteile. Im Januar 1977 konnte diese Liegenschaft zunächst mietweise als zentrale Ausbildungsstätte bezogen werden. 1981 wurde sie vom Bund erworben und seit 1982 sachgerecht hergerichtet. Dem gingen langwierige und zähe Verhandlungen zwischen der Gemeinde Neuhausen sowie Landes- und Bundesstellen voraus, die schließlich zum Erfolg geführt haben. Diese schöne



Ein Blick in den Lehrsaal des Fernmeldedienstes mit der Funk- und Fernsprechübungsanlage.

Die Lauf- und Kriechstrecke der Atemschutz-Übungsanlage.



Das Übungsgelände der Schule bietet vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten für alle Fachdienste.

Auch der große Hof und die Hallen können für die Ausbildung genutzt werden.



und zweckmäßig gestaltete Schule ist der Lohn für gemeinsame Anstrengungen.

Ein 1986 vom Bundesminister des Innern eingeleitetes Sanierungsbauprogramm, das durch verbesserte Unterbringung der Lehrgangsteilnehmer in allen Katastrophenschutzschulen den Besuch von Lehrgängen attraktiver machen soll, konnte hier weitgehend verwirklicht werden. Dieses Programm hat einen Umfang von etwa 50 Mio. DM, von denen mehr als 18 Mio. DM auf Baumaßnahmen an der hiesigen Schule entfallen. Zugleich mit der Verbesserung der materiellen Bedingungen für die Ausbildung durch eine angemessenere Unterbringung wollen wir auch die inhaltliche Ausgestaltung der Ausbildung vorantreiben. Deshalb sind die alten Musterausbildungspläne durch eine nach modernen Erkenntnissen gestaltete Ausbildungsplanung für die Ausbildung der Helfer am Standort und an den Schulen ersetzt worden. Zur Zeit wird ein weiteres wichtiges Vorhaben im Ausbildungsbereich verwirklicht, die Erarbeitung eines Leitfadens für jeden Fachdienst zur Unterstützung der ehrenamtlichen Ausbildung in den Einheiten und Einrichtungen.

In einem vom Bundesminister des Innern veranlaßten Schwerpunktprogramm hat das Bundesamt für Zivilschutz seit 1986 die Ausbildungsvorschriften für die Fachdienste ABC, Fernmeldewesen, Bergung, Instandsetzung und Betreuung erstellt. Bei den umfangreichen Arbeiten an diesen Vorschriften haben die Katastrophenschutzschulen der Länder und besonders auch diese Schule das Bundesamt für Zivilschutz maßgeblich unterstützt. Dafür danke ich Ihnen.

Mein Dank gilt auch dem Schulpersonal, ob es im Lehrbereich, in der Verwaltung oder im Betriebs- und Wirtschaftsbereich tätig ist, und das nun angemessene Arbeitsplätze erhält. Sie haben trotz vieler Erschwernisse und in der Zeit, als über den endgültigen Standort Unklarheit herrschte, loyal Ihre Pflicht erfüllt. Ich wünsche Ihnen für die Zukunft viel Erfolg und hoffe, daß von dieser Schule wichtige Impulse für die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes ausgehen werden.“

## Grußworte

Es folgten Grußworte von Bürgermeister Werner Präg, Gemeinde Neuhausen, sowie von Kreisbrandmeister Fritz Spieth, in Vertretung des Vorsitzenden des Landesfeuerwehrverbandes, Englerth, von DRK-Landesgeschäftsführer Werner Steinmetz, für die Arbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen, und von THW-Landesbeauftragten Dirk Göbel.

## Schulungs- und Begegnungsstätte

Das Schlußwort sprach Schulleiter Hans-Jürgen Kuhn. Er verwies darauf, daß das Personal der Ausbildungsstätte nicht zuletzt durch die jetzt verbesserten Schulungsmöglichkeiten alles unternehmen werde, den Einsatz des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg zu verbessern. „Diese Dienststelle soll nicht nur eine Ausbildungsstätte sein, sondern wie in der Vergangenheit eine Begegnungsstätte aller im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen“, sagte Kuhn, und lud anschließend die Gäste zu einem Rundgang ein.

## Modernste Übungsanlagen

Insgesamt 66 Lehrgangsteilnehmer können nach dem Umbau des ehemaligen Studienheims untergebracht werden. Ihnen stehen modern gestaltete Ein- und Zwei-Bett-Zimmer zur Verfügung, die teilweise mit Dusche und WC ausgestattet sind.

Jährlich werden etwa 2000 Helfer des Katastrophenschutzes in rund 100 ein- bis zweiwöchigen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen geschult.

Zur Ausstattung der Schule gehören drei Unterrichtsräume mit moderner Medientechnik. Sonderveranstaltungen und Schulungen des Führungspersonals im Katastrophenschutz werden in einem besonderen Taktikhörsaal sowie weiteren Vortragsräumen durchgeführt. Für die praktische Ausbildung im Fernmeldedienst wird eine im Lehrsaalbereich eingebaute Funk- und Fernsprechübungsanlage mit Fernmeldezentrale genutzt.

Beeindruckt waren die vielen Gäste von der modernen Atemschutz-Übungsanlage im Keller der Schule. Sie ermöglicht eine praxisnahe Schulung der Atemschutz-Geräteträger. Gewöhnungsübungen erfolgen an speziellen Geräten wie Schlaghammer, Endlosleiter, Laufband und Fahrradergometer. Wirklichkeitsnah sind eine Industrie- und Tankübungsanlage sowie die Lauf- und Kriechstrecke gestaltet. Sie kann vernebelt und beheizt werden.



Zu einem Schmuckstück der Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg ist die Schule Neuhausen geworden. (Fotos: Sers)

Die Ausbildung wird von einer Leitstelle geräte- und sicherheitstechnisch zentral überwacht und gesteuert. Infrarotkameras und eine Videoanlage erlauben eine Aus- und Bewertung der Übungstätigkeiten.

## Breites Schadensspektrum

Ein Glanzstück der Schule, das Übungsgelände mit einer Trümmerstrecke, wurde gerade noch rechtzeitig zur Einweihung der Ausbildungsstätte fertig. Beim Bau wurde das gesamte Spektrum möglicher Gebäudeschäden sowie möglicher Schäden an Versorgungsleitungen berücksichtigt.

Der Trümmerkegel eines vollständig zusammengebrochenen Doppelhauses ermöglicht das Orten und Freilegen Verschütteter sowie die Bergung aus Kriechgängen.

Wie in- und außerhalb eines Gebäudes Menschen aus Höhen geborgen werden können, wird auf einer kombinierten Übungsanlage erlernt, in deren beiden Untergeschossen ein „Irrgarten“ als Kriechstrecke u. a. für die Ausbildung der Atemschutz-Geräteträger vorhanden ist.

Ein Mauerwerkbau beinhaltet Holzbalkendecken. Rettungsübungen innerhalb des Gebäudes mit Deckendurchbruch sowie waag- und lotrecht ablassen von Verletzten stehen hier im Vordergrund der Ausbildung.

Auf einer Bahn „Hebel-Heber“ wird die einfache Anwendung der Brechstange, Hydropresse und Stahlwinde gelehrt.

Die Ausbildungsmöglichkeiten an der Station „Trümmerkeller“ liegen beim Bergen Verschütteter mit der Trage, dem Schleifkorb und der Bergeschleppe sowie beim Transport Verletzter über Hindernisse.

Abgerundet wird das Übungsgelände durch einen Feuerlöschteich für den Einsatz von Pumpen, den Stegebau und den Bau von Schwimmstegen.

## Eindrucksvolle Präsentation

Nach der Besichtigung der Ausbildungsstätte traf man sich im Park vor dem Hauptgebäude. Viel Mühe hatten sich die Teilnehmer eines gerade an der Schule laufenden Kochlehrgangs gemacht. Sie zauberten für die Gäste ein kaltes Büfett, das allgemein Anerkennung fand.

Schulleiter Kuhn konnte zufrieden sein mit diesem Tag. Ihm und seinen Mitarbeitern war es gelungen, die Schule eindrucksvoll zu präsentieren.

— güse —

## Zwischen Nord- und Ostsee

### Flensburg

30 000 Besucher kamen zu den „Heringstagen“ nach Kappeln, wo auch die BVS-Dienststelle Flensburg mit ihrem Informationsstand vertreten war. Viele Gäste ließen sich informieren, sahen sich Filmspots an oder wurden Zeuge einer praktischen Demonstration aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang. Vier Tage lang präsentierte sich die Dienststelle Einheimischen und Urlaubern. Auch viele dänische Besucher zeigten Interesse an Maßnahmen des Selbstschutzes in der Bundesrepublik Deutschland.

Im Gemeindehaus Kotzenbüll auf der nordfriesischen Halbinsel Eiderstedt wurde Bürgermeister Hans Green nach 18jähriger Tätigkeit als BVS-Mitarbeiter verabschiedet. Helfervertreter, Mitarbeiter der Landesstelle Kiel und der Dienststelle Flensburg kamen, um Green zu ehren.

Landesstellenleiter Dr. Sahlander ließ die Stationen Greens im BVS Revue passieren: Green begann 1970 seine aktive Laufbahn beim BVS. Es folgten die Lehrberechtigungen aller Bereiche. 1975 wurde er ehrenamtlicher Leiter der Dienststelle Husum. Nach der Umstrukturierung des Verbandes übernahm Green 1981 die Aufgaben des BVS-Beauftragten für den Kreis Nordfriesland.

Im Anschluß an die Würdigung seiner Arbeit verlieh Dr. Sahlander Green die Ehrennadel des BVS.

Die norddeutschen Landesmeisterschaften der Motorsportflieger Schleswig-Holstein waren der Anlaß für die BVS-Dienststelle Flensburg, einen Sicherheitswettbewerb für Aktive und Besucher anzubieten.

Bei strahlendem Sonnenschein und mit der für den Norden übli-



Landeshelfervertreter Böttcher (links) überreicht Hans Green die Erinnerungsplakette der Helfervertreter.

chen „steifen Brise“ nutzten viele Teilnehmer die Gelegenheit, ihr Geschick auch in Sachen Selbstschutz zu testen. Zwischen Zielflügen und Punktlandungen kam es zu fruchtbaren Gesprächen, die schließlich mit Lehrgangsabsprachen endeten. So haben sowohl die Segel- als auch die Motorflieger einen Selbstschutz-Grundlehrgang fest in ihre Veranstaltungplanung aufgenommen. Erstmals in Flensburg wurden die neuen Plaketten für die Teilnahme am Sicherheitswettbewerb ausgegeben. Für manchen Unentschlossenen war dieses kleine Souvenir sicherlich letzter Anstoß, einfach mal mitzumachen.

## Berichte aus Hamburg

### Hamburg

Selbst- und Katastrophenschutz zum Anfassen boten die in Harburg ansässigen Hilfsorganisa-

tionen auf dem Schwarzenberg beim „Tag der Hilfsorganisationen“. Über 10 000 Besucher nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren oder bei einer der vielen Veranstaltungen mitzumachen.

Schirmherr Bezirksamtsleiter Jobst Fiedler eröffnete die Veranstaltung. Er nutzte die Gelegenheit, den vielen Helferinnen und Helfern der einzelnen Organisationen für ihre ständige Einsatzbereitschaft und ihr Engagement zu danken.

Im Namen der Veranstalter ASB, DRK, DLRG, DW, Feuerwehr, THW und BVS begrüßte BVS-Dienststellenleiter Michael Krüger die zahlreichen Gäste. Er wies auf das Motto des Tages „Selbst- und Katastrophenschutz zum Anfassen und Mitmachen“ hin.

Neben den Informationsgesprächen gaben Einsatzvorführungen einen Einblick in den Leistungsstand der ehrenamtlichen Helfer. So baute z. B. das THW einen 15 m hohen Lichtmast auf



Der Leiter des Bezirksamtes Harburg, Jobst Fiedler, eröffnete den „Tag der Hilfsorganisationen“.

und die Freiwillige Feuerwehr Marmstorf zeigte das Ablöschen von kleineren Bränden.

Ihr eigenes Wissen um die Hilfe im Notfall konnten die Besucher bei einem Sicherheitswettbewerb unter Beweis stellen. Wer Fragen aus dem Bereich der lebensrettenden Sofortmaßnahmen oder zum Brandschutz richtig beantwortete, konnte attraktive Preise gewinnen, die von Harburger Geschäftsleuten zur Verfügung gestellt worden waren.

Als Gast beteiligte sich auch der Arbeitskreis Gesundheit. Zu diesem Harburger Arbeitskreis gehören u. a. die Arbeiterwohlfahrt, die Behindertenarbeitsgemeinschaft und das Harburger Gesundheitsamt.

Für das leibliche Wohl der Besucher sorgte eine „Verpflegungsstraße“. Die Köche der Hilfsorganisationen bewiesen, daß aus Feldküchen mehr als nur Erbsensuppe gezaubert werden kann. Die musikalische Unternehmung übernahmen ein Polizeimusikcorps und der Spielmannszug des Schützenvereins Marmstorf.

Für die Veranstalter im „Tag der Hilfsorganisationen“ eine Premiere. Der gute Verlauf und das große Interesse der vielen Besucher haben bewirkt, daß die Organisationen im Gespräch miteinander bleiben wollen und im kommenden Jahr eine Wiederholung anstreben.

## Quer durch Niedersachsen

### Braunschweig

Die BVS-Dienststelle Braunschweig führte eine Informationsveranstaltung durch, zu der der Regionale Arbeitskreis für Arbeitssicherheit, Braunschweig, eingeladen hatte.

Den Teilnehmern wurden die Aufgaben und Ziele des Verbandes und das Ausbildungsangebot des BVS im Bereich des betrieblichen Katastrophenschutz erläutert. In der anschließenden Diskussion konnten einige konkrete

Ausbildungsvorhaben für verschiedene Betriebe festgelegt werden. Alle Teilnehmer zeigten großes Interesse an einem Seminar über Fragen des Selbst- und Katastrophenschutzes an der BVS-Schule Voldagsen.

## Voldagsen

Zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1956 öffneten sich für die Bevölkerung der Umgebung die Türen der BVS-Schule Voldagsen.

Zahlreiche befreundete Organisationen wie die Feuerwehr, das THW, das DRK und verschiedene Polizeieinheiten beteiligten sich mit Geräteschauen, Vorführungen und Informationsständen an der Veranstaltung, die von Schulleiter Garbrand Fisser initiiert worden war.

Die Chance, die Schule von innen kennenzulernen und sich über den Bevölkerungsschutz zu informieren, nutzten denn auch weit über tausend Besucher. Viele Repräsentanten aus den örtlichen Verwaltungen und politischen Gremien gaben sich an diesem Tag auf dem Hof der Schule ein Stelldichein. Besonderes Interesse an den Aufgaben und Problemen des Selbst- und Katastrophenschutzes zeigten unter anderem die Bundestagsabgeordnete Brigitte Traupe (SPD) und ihre Kollegin im niedersächsischen Landtag, Karola Knoblich (CDU).

Den Besuchern bot sich ein abwechslungsreiches und informatives Programm, dessen Höhepunkte zwei spektakuläre Rettungsvorführungen der Hilfskräfte waren. Am Beispiel eines Verkehrsunfalles und eines Explosionsunglücks in einem Wohnhaus demonstrierten sie ihr Zusammenwirken beim Suchen, Bergen und Versorgen von Verletzten. Zum Einsatz kam dabei auch ein Rettungshubschrauber des DRK.

Über die mögliche Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers informierte der BVS anhand der großen schuleigenen Selbstschutzausstellung und vielen praktischen Feuerlösch- und Rettungsübungen.

Dicht umlagert war stets der BVS-Computer im Rundzelt, der den persönlichen Notvorrat an Lebensmitteln errechnete.



Schulleiter Fisser eröffnete den „Tag der offenen Tür“ in Voldagsen.

Für das leibliche Wohl war an diesem Tag ausreichend gesorgt. Die musikalische Umrahmung durch das Bläserkorps Hemmendorf und nicht zuletzt das schöne Wetter sorgten für eine Volksfestatmosphäre, die es leicht machte, das ernste Thema des Selbstschutzes den Bürgern näherzubringen.

## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

### Bochum

Bei einem Besuch der BVS-Dienststelle Bochum ließen sich die SPD-Landtagsabgeordneten Herbert Schwirtz und Ernst-Otto Stüber über die Aufgaben und Ziele des Verbandes informieren. In einem ausführlichen Gespräch kamen auch Fragen des Schuttraumbaus sowie der Öffentlichkeitsarbeit des BVS zur Sprache. Dabei ging es vor allem um die Möglichkeiten, die sich in Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen in den Stadtteilen ergeben. Gerade auf diesem Gebiet, so erfuhr die Politiker, ist die Dienststelle Bochum besonders aktiv.

Im Laufe des Besuchs kam auch der Einsatz von Selbstschutzberatern bei friedensmäßigen Katastrophen zur Sprache. In diesem Zusammenhang kündigten Schwirtz und Stüber an, sich für eine bessere Einhaltung der Bestimmungen und Verfügungen bei den Kommunalverwaltungen einzusetzen. Beide sagten darüber hinaus auch ihre Unterstützung bei der Durchführung von Informationsveranstaltungen bzw. Diskussionsabenden in Vereinen zu.

Schließlich, so die Abgeordneten, werde man sich für eine verstärkte Selbstschutzausbildung in den Schulen stark machen. Am Ende des Besuchs war man sich einig, daß der Dialog zwischen BVS und Politiker fortgesetzt werden müsse.

.....

Der Selbstschutz ist nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen Borchert, Bochum, beim BVS in besten Händen. Darauf wies der Politiker anlässlich eines Besuchs bei der Dienststelle Bochum hin. Borchert, der sich bei dieser Gelegenheit ausführlich über Ziele und Aufgaben des BVS unterrichten ließ, informierte sich darüber hinaus über Fragen der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Zusammenarbeit mit den Kommunalverwaltungen. Dabei vertrat der Politiker die Meinung, daß von Seiten der Verwaltungen mehr noch als bisher für den Selbstschutz der Bevölkerung getan werden müsse.

Borchert ging auch auf die Tätigkeit der Katastrophenschutz-Organisationen und deren Zusammenwirken ein. Der Abgeordnete befaßte sich schließlich mit der Selbstschutzausbildung für junge Menschen. Gerade auf diesem Gebiet müsse besonders für Schüler nach neuen Wegen gesucht werden.

### Münster

Zum 25jährigen Dienstjubiläum überbrachte Ferdinand Wagner als Vertreter der Landesstelle BVS-Mitarbeiter Dieter Schmitz die Glückwünsche des Landesstellenleiters. Gleichzeitig mit

der Übergabe der Dankurkunde würdigte Wagner die Verdienste des Jubilars in den vergangenen Jahren.

Schmitz kam 1963 als Geräteverwalter und Fahrer zur Landesstelle Recklinghausen des damaligen Bundesluftschutzverbandes. Es folgten die Ableistung des Wehrdienstes bei der Bundeswehr und anschließend die Wiederaufnahme der Tätigkeit bei der Landesstelle. 1966 erfolgte die Versetzung zur Dienststelle Münster, wo Schmitz die Aufgabe als Geräteverwalter und Hilfslehrer aufnahm. Schmitz, jetzt Ausbilder einer FAASt, hat in den vergangenen Jahren an rund 4500 Veranstaltungen der Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung mitgewirkt.

## Bonn

„Bevölkerungsschutz“ war das Thema eines Projekttag, an dem Schülerinnen und Schüler der Realschule Niederkassel-Mondorf teilnahmen. Auf dem Programm der Veranstaltung, die von BVS-Fachlehrerin Anita Lindlar und der Realschulleitung vorbereitet worden war, standen ein Selbstschutz-Grundlehrgang, eine Besichtigung der Feuerwache Siegburg sowie ein Besuch des Übungsplatzes der BVS-Dienststelle Bonn.

Die jungen Menschen wurden auch über die Aufgaben und Ziele des BVS informiert.

## Nachruf

Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Münster trauern um ihre ehrenamtliche Kollegin

### Waltraut Bussmeier

die im Alter von 54 Jahren verstarb.

Frau Bussmeier stand der Dienststelle als Aufklärungs- und Ausbildungshelferin in den vergangenen Jahren immer zur Verfügung.

Durch ihre kameradschaftliche Wesensart war sie im Kreise ihrer Mitarbeiter besonders beliebt.

Alle Mitarbeiter werden ihr Andenken in Ehren halten.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

### Mainz

Wirtschaftsminister Rainer Brüderle besuchte anlässlich der Eröffnung der „Rheinland-Pfalz-Schau“ in Mainz auch den BVS-Stand. Wie sich im Gespräch mit dem Minister herausstellte, war er früher engagierter ehrenamtlicher Mitarbeiter des Verbandes. Selbstschutz sei auch heute noch unverzichtbar und jeder Bürger solle die Gelegenheit nutzen, sich des Informations- und Ausbildungsangebots des BVS zu bedienen, meinte Brüderle.

Lobende Worte fand der Minister für die neue Öffentlichkeitsarbeit und insbesondere für die ansprechende Ausstellung des BVS bei der „Rheinland-Pfalz-Schau“.

Zum Abschluß seines Besuches bedankte sich Brüderle bei den Mitarbeitern der Dienststelle Mainz für ihren engagierten Einsatz und wünschte der Arbeit des BVS weiterhin viel Erfolg.

## Hessenspiegel

### Darmstadt

Zur Zufriedenheit aller Beteiligten endete eine Sicherheitsfahrt für Radfahrer, die die BVS-Dienststelle Darmstadt durchführte.



Wirtschaftsminister Brüderle (links) stattete dem BVS anlässlich der „Rheinland-Pfalz-Schau“ einen Besuch ab. (Foto: Theiß)

Erstaunlicherweise hatten sich zum Start der Fahrt am Friedensplatz überwiegend „Radlerinnen“ eingefunden. Die jüngsten Teilnehmer waren 14, eine Teilnehmerin 62, ein Teilnehmer 77 Jahre alt.

Bei sonnigem Wetter startete Oberbürgermeister Günther Metzger die ersten Teilnehmer. Polizei, Deutsche Verkehrswacht, ASB, DRK, DLRG, JUH, THW und der BVS besetzten die Kontrollpunkte.

Zunächst kontrollierte die Darmstädter Polizei den technischen Zustand der Fahrräder.

Die nächste Station war die der JUH. Hier wurde ein Unfall zwischen zwei Radfahrern simuliert, denen Hilfe zu leisten war. Beim ASB galt es, einen Freizeit-

unfall sinnvoll zu versorgen. Ein Wurfpeil steckte in der Brust des „verletzten“ Darstellers.

Bei der Deutschen Verkehrswacht mußte ein Fragebogen zum verkehrssicheren Radfahren ausgefüllt werden. Die DLRG hielt Fragen zu einem Badeunfall für die Teilnehmer bereit. Beim DRK waren Hilfeleistungen eines gestürzten Radfahrers mit Bauchschmerzen zu beurteilen und die richtige Lagerung vorzunehmen.

Bei der Station des BVS mußten die Teilnehmer Flammen erstickten an einer Person, deren Kleidung sich bei Grillvorbereitungen entzündet hatte. Die letzte Station war vom THW besetzt. Hier mußte am Fernsprechapparat, nach einer gestellten Unfallsituation, der Notruf an die richti-

ge Stelle mit den richtigen Angaben abgesetzt werden.

Nach Auswertung der besten Punkteplatzierungen konnten Polizeipräsident Peter C. Bernet, BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube und der örtliche BVS-Dienststellenleiter, Willy Roth, den Teilnehmern Erinnerungsurkunden, Medaillen und – dank der Spendenbereitschaft zahlreicher Darmstädter Firmen – wertvolle Sachpreise für Fahrrad und Freizeit aushändigen.

Eine Umfrage ergab, daß die Sicherheitsfahrt allen Teilnehmern interessante Informationen gebracht hatte. Teilnehmer und die Helfer der beteiligten Organisationen waren mit dieser Veranstaltung sehr zufrieden.

Die BVS-Dienststelle Darmstadt dankte im Anschluß an die Fahrt schriftlich allen städtischen Behörden, den beteiligten Hilfsorganisationen, den spendenbereiten Darmstädter Firmen und dem Schirmherrn, Oberbürgermeister Metzger, sowie Polizeipräsident Bernet für die Unterstützung.

.....

Auf dem Friedensplatz, vor dem historischen Schloß, im Herzen von Darmstadt, wurde die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ gezeigt. Eröffnet wurde die Bilderschau von Oberbürgermeister Günther Metzger.

Während der neun Ausstellungstage wurden rund 3700 Besucher gezählt, zu Selbstschutz-



Der älteste Teilnehmer des Sicherheitswettbewerbes für Radfahrer, Wilhelm Brandes (links), war 77 Jahre alt, daneben (von links): Polizeipräsident Bernet, Dienststellenleiter Roth und Landesstellenleiter Straube.





Das BVS-Ausstellungszelt im Zentrum der Stadt Darmstadt.

fragen ließen sich über 400 Bürgerinnen und Bürger beraten. Die BVS-Bauberater konnten 125 Bauinteressenten über den Schutzraumbau informieren.

Im Rahmen dieser Aktionswoche wurden auch die ersten sechs Selbstschutzberater der Stadt Darmstadt durch Oberbürgermeister Metzger bestellt.

#### Nachruf

Nach langer Krankheit verstarb der frühere Leiter der BVS-Dienststelle Heppenheim

#### Artur Wendtland.

Wendtland war ein verdienter Mitarbeiter aus den Aufbaujahren des BLSV. Nach einer ehrenamtlichen Tätigkeit bei der damaligen Orts-/Kreisstelle Darmstadt begann Wendtland seine hauptamtliche Tätigkeit zunächst als Sachbearbeiter für Ausbildung 1956 bei der Landesstelle Hessen in Wiesbaden, wechselte dann aber in den Bereich der Verwaltung über. 1966 wurde ihm die Leitung der damaligen BLSV-Kreisstelle Bergstraße, der späteren Dienststelle Heppenheim, übertragen. Diese Dienststelle leitete Wendtland elf Jahre, bevor er aus gesundheitlichen Gründen seinen aktiven Dienst nach einer mehr als zwanzigjährigen, hauptamtlichen Tätigkeit beenden mußte.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesstelle Hessen werden das Andenken an einen geschätzten Kollegen stets in Ehren halten.

#### Friedberg

Bei der 40. Messe Wächtersbach war die BVS-Dienststelle Friedberg mit einer Ausstellung vertreten.

Ein besonderer Höhepunkt war der Besuch des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst, Dr. Wolfgang Gerhard (F.D.P.), am BVS-Stand. Der Minister betonte hierbei die Notwendigkeit des Zivil- und Selbstschutzes.

Allen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern der Dienststelle wünschte er für die zukünftige Arbeit viel Erfolg.

### Bayern heute

#### Würzburg

„Wir wollen Nägel mit Köpfen machen und unsere Mitarbeiter optimal ausbilden“, so formulierte der Besitzer eines Würzburger Hotels seine Bitte, 60 Angestellte des Hauses im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz zu unterrichten und auszubilden.

Sehr aufmerksam folgten die Lehrgangsteilnehmer den Ausführungen der BVS-Lehrkräfte bei der theoretischen Unterweisung „Grundlagen des Brandschutzes“ sowie in der Handhabung und Bedienung der Kleinlöschgeräte. Nach der Theorie wurde das Er-



Der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Wolfgang Gerhard, und der Bürgermeister der Stadt Wächtersbach, Heinrich Heldmann, informierten sich am BVS-Stand.

lernte in die Praxis umgesetzt. Mit viel Eifer und Engagement bekämpfte man brennbare Flüssigkeiten mit dem Feuerlöscher, übte den Umgang mit der Einstellspritze.

Wie man in Brand geratene Kleidung löschen kann, wurde an einer Übungspuppe gezeigt, und jeder Teilnehmer hatte die Möglichkeit, diese Maßnahme der Menschenrettung selbst durchzuführen.

Die Besitzer des Hotels, die sehr eifrig bei der Sache waren, meinten am Abschluß des Lehrganges: „Die Mitarbeiter des Hotels haben sicherlich wichtige Informationen und praktische Tips erhalten, um in einem Ernstfall richtig zu handeln und Paniksitua-

tionen schnell in den Griff zu bekommen.“

.....

Um über die Arbeit des BVS zu informieren, veranstaltete die BVS-Dienststelle Würzburg Selbstschutztage in Gerolzhofen. An fünf Tagen erläuterten die BVS-Mitarbeiter bei Straßenaktionen den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit der Vorsorge für Notzeiten.

Für den Stadtrat, die Vereine und Bevölkerung wurden an drei Abenden Informationsveranstaltungen angeboten. Den Abschluß bildete ein Sicherheitswettbewerb „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“. Unter der Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeisters Stephan wurde die Veranstaltung

gemeinsam mit den Hilfsorganisationen durchgeführt. Die Bevölkerung war aufgerufen, ihre erlernte Hilfeleistung zu testen.

## Regensburg

Auf dem Selbstschutz-Übungsplatz Regensburg demonstrierten die Katastrophenschutz Helfer der Bundespost und Behördenselbstschutzhelfer der Regierung Oberpfalz ihren Leistungsstand und zeigten, daß sie über die lange Winterpause nichts verlernt hatten.

Nach den Vorführungen auf den Stationen „Brandschutz“ und „Bergung“ würdigte BVS-Dienststellenleiter Peter Blazejewski die gute Zusammenarbeit zwischen Oberpostdirektion und BVS bei der ganzjährigen Fachausbildung von Einsatz Helfern. Die Ausbildung von Katastrophenschutz Helfern der Bundespost ist zum Schwerpunkt des Veranstaltungskalenders bei den ostbayerischen BVS-Dienststellen geworden. In den zurückliegenden vier Jahren war das ein Verdienst des nun scheidenden Bezirkskatastrophenschutzleiters Günter Brem, der die Aufgaben an seinen Nachfolger Martin Schwelle übergeben hat.

Brem, der mit der BVS-Münze geehrt wurde, will sich auch weiterhin dem Selbstschutz zur Verfügung stellen und hat sich bereits in die Bergungsstaffel der OPD aufnehmen lassen.



Station „Brandschutz-Gruppe“ in Regensburg.

## München

Ihr 25jähriges Bestehen feierte die Werkfeuerwehr von MBB und IABG. Aus diesem Anlaß fand ein „Tag der offenen Tür“ auf dem MBB-Gelände statt, an dem die Mitarbeiter und Besucher Gelegenheit hatten, Fahrzeuge und Geräte der Wehr zu besichtigen.

Die BVS-Dienststellen München und Starnberg informierten an Ständen über Selbstschutzmaßnahmen und die betriebliche Katastrophenschutz-Organisation.

Im Rahmen einer Feierstunde wurde der langjährige Leiter der Werkfeuerwehr MBB, Rudolf Hüfner, verabschiedet. Hüfner war auch ehrenamtlicher Fachlehrer der BVS-Dienststelle München. Landesstellenleiter Günther Kopsicker und Dienststellenleiter Hans-Joachim Görnemann überreichten Hüfner ein Ehrengeschenk.

.....

SPD-Bundestagsabgeordneter Florian Gerster besuchte die BVS-Landesstelle Bayern. Fachgebietsleiter Rehberg und Sachgebietsleiter Brockmann stellten dem Gast Auftrag und Organisation des BVS vor und erläuterten die Arbeit der Dienststellen. Sehr interessiert ließ sich der Abgeordnete die neuen Ausstellungen im Hause vorführen.

In einer anschließenden Aussprache mit Beschäftigten des BVS und des THW sprach Gerster zum Thema Zivilschutz und Schutzraumbau.



Besuch des SPD-Bundestagsabgeordneten Florian Gerster (Mitte) in der BVS-Landesstelle Bayern.

## Ansbach

Nach neuntägiger Dauer ging die 6. westmittelfränkische Verbraucherausstellung „Kontakta“ '88 mit einem Rekord von über 82 000 Besuchern zu Ende. Erstmals war auch die BVS-Dienststelle Ansbach dabei. In Halle G wurde mit einer Ausstellung der Bürger informiert und beraten. Im Freigelände demonstrierten BVS-Mitarbeiter praktische Teile aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang, an denen sich auch die Besucher beteiligen konnten.

Rund 52 000 Personen besuchten die BVS-Ausstellung, 415 Personen ließen sich eingehender über Selbstschutz und Schutzraumbau beraten.

Im gleichen Zeitraum wurde in einer gesonderten Aktion für eine Mitarbeit beim BVS als Schutzbauberater geworben. Auch diese Veranstaltung brachte einen Erfolg. Zwölf Architekten bzw. Bau-

Ingenieure bekundeten ihr Interesse an einer ehrenamtlichen Mitarbeit.

Eine Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens konnten an den BVS-Ständen begrüßt werden. So ließen sich der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Carl-Dieter Spranger, Staatssekretär Hans Maurer, vom Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten, sowie Senator Georg Ehnes, zugleich auch Landrat des Landkreises Ansbach, über die Arbeit des BVS eingehend unterrichten.

Für die hauptamtlichen BVS-Mitarbeiter, von denen einige über die Berufsförderung aus dem Bundesgrenzschutz kamen, war es eine besondere Freude, daß sich der LtD. Polizeidirektor des Grenzschutzkommandos Süd, Wolfgang Zumkley, über die neue Tätigkeit seiner früheren Beamten informierte.



Staatssekretär Carl-Dieter Spranger und LtD. Polizeidirektor Wolfgang Zumkley am Stand des BVS bei der „Kontakta '88“.



Hamburg



## Wechsel der Bezirksverbandsführung

**Hamburg.** Günter Klock, in seinem Amt als Bezirksbeauftragter für den Hamburger Bezirksverband Altona bestens bekannt, hat in den letzten vier Jahren neben dieser Verpflichtung auch den Bezirksverband Hamburg-Eimsbüttel geführt. Nun konnte er die Leitung dieses Bezirksverbandes an einen Eimsbütteler THW-Helfer übergeben.

Am 29. April 1988 wurde während einer Feierstunde Jörg Engbert zum neuen Eimsbütteler Bezirksbeauftragten ernannt. Vor zahlreichen Gästen übergab ihm Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Trautvetter das Amt, begleitet mit guten Wünschen für die Zukunft. Daneben dankte er auch Klock für die von ihm in Eimsbüttel geleistete Arbeit.

Der Bezirksverband verfügt in Eimsbüttel neben zwei Bergungszügen und einem Instandsetzungszug über eine ganz neue Unterkunft.

R. Z.

## THW beim 3. hanse-Marathon 1988

**Hamburg.** Auch beim diesjährigen hanse-Marathon war das THW neben anderen Hilfsorganisationen, ohne deren Mitwirkung eine solche Veranstaltung nicht durchzuführen wäre, wieder dabei. 200 Helfer wurden eingesetzt für verschiedene Aufgaben wie:

- Stromversorgung mit Hilfe eines Notstromaggregates 40 kVA für die Warmwasseraufbereitung durch die Feuerwehr für 200 Duschkabinen und verschiedene Therapie-Maßnahmen im Sanitätszentrum,
- Erstellung von Dusch- und Massagekabinen,
- Verpflegung von 800 Einsatzkräften, wobei pro Tag 2 400 Por-



Der neue Bezirksbeauftragte Jörg Engbert (links) übernahm sein Amt von Günter Klock (Mitte), rechts Landesbeauftragter Trautvetter.

(Foto: Zimmermann)



Vom THW wurden täglich 2400 Portionen Verpflegung ausgegeben.

(Foto: Clasen)

tionen zubereitet und ausgegeben wurden,

- Unterstützung der Polizei bei der Verkehrlenkung sowie beim Auf- und Abbau von 600 Hamburger Gittern,
- Mitwirkung in der „zentralen Einsatzleitung“ durch eine Führungsgruppe „Bereitschaft“ für alle technischen Aufgaben. P. C.

Das neue Gebäude umfaßt 316 qm Unterkunfts-, Schulungs-, Büro- und Sanitärräume für die 96 THW-Helfer sowie eine Fahrzeughalle mit 221 qm für sechs Einsatzfahrzeuge und technisches Gerät.

An der Schlüsselübergabe des in der Rekordbauzeit von sieben Monaten erstellten Gebäudes

Niedersachsen



## 25 Jahre „Baracken-Dasein“ beendet

**Sarstedt.** Nach 25 Jahren „Baracken-Dasein“ konnte der THW-Ortsverband Sarstedt seine neue Unterkunft offiziell übernehmen.



Oberregierungsrat Junga überreicht die Auszeichnung an Kurt Carstens (Mitte), links Landesbeauftragter Leiser.

(Foto: Bormann)

nahmen unter anderem der niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkoweit, Landrat Friedrich Deike und Bürgermeister Walter Gleitz teil.

Die Gäste und Helfer wurden vom Ortsbeauftragten Kurt Carstens herzlich willkommen geheißen. Sozialminister Hermann Schnipkoweit gratulierte namens der niedersächsischen Landesregierung zu der schönen und zweckmäßigen Unterkunft. Er dankte den THW-Helfern für ihren ehrenamtlichen Einsatz in Katastrophenfällen in der Heimat und im Ausland sowie bei der Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben. In seiner Festansprache schilderte THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser ausführlich die Geschichte des Projekts.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Verleihung des THW-Ehrenzeichens in Gold an Kurt Carstens. In Anbetracht seiner Verdienste um das Technische Hilfswerk hat ihm der Direktor der Bundesanstalt THW die Auszeichnung verliehen. Oberregierungsrat Horst Junga nahm die Ehrung vor.

Zuvor hatte Landesbeauftragter Leiser Kurt Carstens Werdegang im THW geschildert. Carstens ist seit 1962 Helfer im THW, 1966 übernahm er die Führung des Ortsverbandes und 1971 wurde er außerdem Kreisbeauftragter des THW für den Landkreis Hildesheim.

Seine Führungsqualitäten ergänzte er durch eine solide fachliche Ausbildung im THW. Dadurch gelang es ihm, den 1952 gegrün-

deten Ortsverband zu einer hervorragend ausgebildeten und ausgerüsteten Einheit zu machen, die hohes Ansehen sowohl bei Behörden als auch bei der Bevölkerung genießt.

Eckhard Leiser dankte Kurt Carstens sehr herzlich für alles, was er für das THW getan hat und gratulierte ihm namens des Landesverbandes zu der verdienten ehrenvollen Auszeichnung. P.F.

## Großübung mit 166 Helfern

**Salzgitter.** Unter Federführung von Bereitschaftsführer Hermann Linnes und seinem Stellvertreter Werner Bittorf wurde Ende April 1988 beim THW Salzgitter eine große Wochenendübung durchgeführt.

Die Aufgaben begannen mit einer Koordinatenfahrt der drei Bergungszüge und des Instandsetzungszuges. Daneben war ein Bergungszug aus Berlin-Spandau mit Zugführer Horst Noack an der Übung beteiligt. Vom Standort des THW in Salder wurden die einzelnen Züge von der technischen Einsatzleitung an ihren Treffpunkt in Salzgitter-Gebhardshausen beordert.

Dort wurde ein Kellergeschoß zur Sprengung vorbereitet. Zur Sprengung des Objektes wurden 11 kg Sprengstoff benötigt. Nach Sperrung der Straßen wurde das Kellergeschoß in Trümmer gelegt.

In der Zwischenzeit mußte der 3. Bergungszug mit Zugführer K.H. Mergardt zu einem Einsatz nach Baddeckenstedt, bei dem zwei Fahrzeuge in die Innerste gerutscht waren. Gleichzeitig fiel die Wasserversorgung in Salzgit-

ter-Ohlendorf aus. Der zuständige Zugführer H. Schäfgen setzte sofort eine Pumpengruppe seines Zuges ein, um die Wasserversorgung in der Ortschaft wieder herzustellen.

Etwas später kam die Meldung, daß zwei Fahrzeuge nach einem Frontalzusammenstoß eine Böschung heruntergerutscht waren. Zugführer K.A. Brandes setzte sich mit seinem Zug sofort zum Unfallort in Bewegung. Nachdem die fünf „verletzten“ Personen befreit waren, wurden die verunglückten Fahrzeuge geborgen und abtransportiert.

Die Übung, an der 166 Helfer beteiligt waren, wurde am Abend beendet. Zum Abschluß bedankte sich Bereitschaftsführer Linnes bei den THW-Helfern, der Polizei, der Feuerwehr und beim DRK für die gute Zusammenarbeit. E. K.

## Verlagerte Standortausbildung

**Delmenhorst.** Zu einer verlagerten Standortausbildung der Pontongruppe des THW-Ortsverbandes Delmenhorst rückten im April 55 Helfer von THW, DLRG, DRK und Feuerwehr aus.

Der Wasserübungsplatz der Katastrophenschutzschule in Hoya war das Ziel der zweistündigen Kolonnenfahrt. Der für die Übung verantwortliche Gruppenführer der Pontongruppe, Axel Kunz, gab eine kurze Einweisung und sprach den Übungsablauf durch.

Nachdem die Wasserfahrzeuge ausgerüstet waren, begann man mit der ersten Ausbildung, einer Fahrt bei Dunkelheit in fremden Gewässern, bis um 23.00 Uhr der



Die Hochwasserstege waren für die Bürger von großem Nutzen.

erste Übungstag abgeschlossen werden konnte.

Am nächsten Morgen begab sich eine kleine Flotte von sechs Rettungs- und Mehrzweckbooten auf die Fahrt. Viele der jungen Helfer erlebten nun erstmals eine Schleusung. Während der Fahrt wurden Anlegemanöver und Rettungs- und Bergungsübungen durchgeführt. Erstmals wurde auch die Übernahme Verletzter vom Mehrzweckboot auf die Fähre sowie der Transport von Verletzten auf Trägern in den Wasserfahrzeugen geübt.

Am dritten Tag wurden nochmals Fahr- und Manövrierübungen durchgeführt. Den Rückmarsch trat man dann gegen Mittag an und konnte bei der Ankunft in Delmenhorst voller Zufriedenheit auf die vergangenen Tage, auch im Zusammenhang der Kooperation der verschiedenen Katastrophenschutzorganisationen, zurückblicken.

## Nordrhein-Westfalen



## Doppelhochwasser im März 1988

**Bonn-Beuel.** Um den Stegebau bei den sich immer wiederholenden Überschwemmungen ihres Stadtteils besser bewältigen zu können, hatten die Helfer des THW-Ortsverbandes Bonn-Beuel die Idee, einen Container für die Aufbewahrung des Stegmateriale zu konstruieren. Drei Container für je 100 Meter Hochwassersteg

wurden gebaut und lagern beladen und transportbereit in der Unterkunft des OV.

März 1988: Die Wasserstandsmeldungen besagten nichts Gutes. Die Prognosen der Wasser- und Schifffahrtsdirektion deuteten einwandfrei auf Hochwasser.

Nach Beurteilung der Lage wurde der Einsatz der Pontongruppe beschlossen. Bis in die Nacht hinein wurden 100 m Steg in der Rheinaustraße noch auf dem Trockenen gebaut. Dieser Abschnitt liegt in einer Absenkung und läuft zuerst voll. Der 2. Instandsetzungs-Zug löste am Morgen die Pontongruppe ab. Er baute weitere 100 m Steg, die notwendigen Anleger für die Boote und brachte Dielen für die Anwohner.

Besondere Vorkommnisse ließen aber nicht lange auf sich warten: Plötzlich wurde festgestellt, daß sich am Deich der in den Rhein mündenden Sieg eine Leckstelle befand.

Dies setzte nun einige Maßnahmen in Gang, die darin gipfelten, daß in der Nacht der nächstgelegene Kieslieferant 70 m<sup>3</sup> Kies auf die Leckstellen kippte, die dann von Feuerwehr und THW sachgerecht verteilt wurden. Die Beleuchtung stellte das THW.

Der Rheinwasserstand blieb bei 8,45 m stehen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren dreihundert Meter Steg aufgebaut worden, mit einem Schlauchboot wurden die abseits liegenden Häuser versorgt, zu denen kein Steg gebaut werden konnte.

Zwei Tage später fiel das Wasser. Die Helfer gingen dem ablaufenden Wasser nach und bauten



Bergung und Abtransport eines verunglückten Pkw.

(Foto: Karstens)

die Stege ab. Die Bewohner begannen ihre Garagen, Häuser und Bürgersteige vom Schlamm zu säubern.

Doch kurz darauf ergaben die Wasserstandsmeldungen, daß das nächste Hochwasser sich bereits auf dem Weg befand. Der Stegbau ging von neuem los.

Sehr schnell bahnte sich die nächste Komplikation an: Das eingelagerte Stegebaumaterial wurde bei steigendem Hochwasser immer geringer. Die Stadt Bonn stellte 75 m Steg zum Verlängern zur Verfügung. In der Nacht mußten rund 150 m Steg von der Bauhöhe 1,30 m auf Bauhöhe 1,80 m erhöht werden, was nicht ganz problemlos war.

So wie der Rhein gekommen war, so ging er wieder in sein Bett zurück. Die THW-Helfer sorgten durch den schnellen Abbau des Steges dafür, daß das Straßenreinigungsamt so früh wie möglich tätig werden konnte. G.S.

## THW Greven im Einsatz

**Greven.** Am Morgen des 16. Mai fuhr ein britischer Militär-Transporter in ein Wohnhaus und drückte die vordere Hauswand mehrere Meter breit ein. Glücklicherweise schlofen die Bewohner im hinteren Teil des Gebäudes, so daß sie mit dem Schrecken davonkamen. Der Fahrer des 12-Tonnens konnte von der Feuerwehr schwerverletzt geborgen werden.

Bereits kurz nach dem Unfall war das THW am Unfallort und konnte zunächst die beschädigten Gebäudeteile absichern. Nachdem ein Kranwagen den verunglückten Transporter aufgerichtet und abgeschleppt hatte, konnten die THW-Helfer die Räumung des Gebäudes vornehmen. Es galt, sowohl die herabgestürzten Mauerreste aus dem Gebäude zu entfernen als auch das Mobiliar zu bergen.

Positiv vermerkt werden konnte von seiten des THW, daß die Alarmierung der Helfer, die zügige Einsatzbereitschaft und das schnelle und sichere Handeln am Unfallort von allen Seiten honoriert wurden. Alarmübungen – oftmals geprobt – zählen sich eben aus. M.B.

## Saarland



### Nachruf

Nach schwerer Krankheit ist der Landesbeauftragte der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für das Saarland

#### Ing. (grad.) Günter Faß

am 11. Mai 1988 im 50. Lebensjahr verstorben.

In mehr als fünfundzwanzigjähriger überaus engagierter Tätigkeit im THW und seit 1979 als Landesbeauftragter und damit als Repräsentant und zugleich erster THW-Helfer im Landesverband Saarland hat der Verstorbene eine vorbildliche Aufbauarbeit vollbracht.

Bei persönlicher Bescheidenheit, Sachlichkeit und Fairneß hat er für das THW im jüngsten Landesverband eine Grundlagenarbeit geleistet, die noch lange nachwirken wird. In beispielhafter Form hat er nicht nur die Aktivitäten der ihm anvertrauten Ortsverbände gefördert, sondern sich insbesondere für die Ausbildung und die Jugendarbeit eingesetzt. Zahlreiche Siege bei Bundeswettkämpfen und hervorragende Ergebnisse bei Landeswettkämpfen waren die Beweise für die Richtigkeit des von ihm beschrittenen Weges.

Darüber hinaus hat sich Günter Faß durch intensive Mitarbeit z.B. bei der Lösung von Fachfragen im Bereich der Unfallverhütung und der Unterkünfte bundesweit Verdienste erworben.

Das Technische Hilfswerk verlor mit Günter Faß eine herausragende Führungskraft.

Wir werden dem THW-Landesbeauftragten und dem Menschen Günter Faß ein ehrendes Gedenken bewahren.

Gerd Jürgen Henkel  
Direktor der Bundesanstalt  
Technisches Hilfswerk



Günter Faß †

## Baden-Württemberg



### Folgschweres Hochwasser

**Hechingen.** Rund 80 Polizeibeamte suchten Ende März mit schwerem Gerät und mehreren großen Schlauchbooten die Hoch-

wasser führende Eyach zwischen Ostdorf und Eyach nach zwei seit Tagen vermißten Kanufahrern ab.

Auch 19 THW-Helfer vom Ortsverband Hechingen waren an der Suchaktion beteiligt. Mit Staken und Stangen wurden die tiefen Ausspülungen an den Uferböschungen abgestochert. Die Suche nach den Vermißten gestaltete sich sehr schwierig, da man zwar das herrenlose Schlauchboot-Kanu im Strudel eines Wehres bei Owingen gefunden hatte, die konkrete Stelle, wo die beiden Paddler gekentert waren und den Unglückshergang aber nicht kannte.

Schließlich entdeckte die Besatzung eines Polizeihubschraubers einen leblosen Körper im Uferbereich kurz vor Bad Imnau. Der Kanufahrer konnte nur noch tot geborgen werden. Von dem zweiten Vermißten fehlte jedoch jede Spur. Er wurde erst einen Monat später bei Haigerloch gefunden, auch er war ein Opfer der reißenden Fluten geworden.

R.B./G.S.

## Bayern



### Verheerende Hochwasser in Nord- und Ostbayern

**Vom 25. März bis zum 4. April 1988 waren über 1 000 THW-Helfer insgesamt 40 000 Stunden Tag und Nacht von Aschaffenburg bis Passau im Hochwassereinsatz. Ein Blick auf die Schwerpunkte verdeutlicht den Umfang der Hilfeleistungen:**

**Regensburg.** Seit dem 26. März war das THW rund um die Uhr mit 110 Helfern schichtweise im Einsatz. Die ersten drei Tage in 12-Stunden-Schichten.

Am 27. März löste Oberbürgermeister Viehbacher Katastrophenalarm aus. Das THW, die Bundeswehr und Beschäftigte der Stadt Regensburg füllten pausenlos Sandsäcke, die dann in die vom Hochwasser betroffenen Stadtgebiete transportiert wurden.

Im Einsatz waren in Regensburg die Wasserwacht des BRK, die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, das Technische Hilfswerk, die Berufsfeuerwehr, die Freiwillige Feuerwehr, die Staatliche Feuerweherschule, das Tiefbauamt der Stadt, das Ordnungsamt und schließlich die Bundeswehr, die Landespolizei und die Bereitschaftspolizei.

.....

**Straubing.** An der Donau spitzte sich am 28. März die Lage weiter zu. Allein in den Hochwassergebieten bei Straubing brachten Rettungsmannschaften bis zum Mittag rund 1 450 Personen in Sicherheit. Etwa 450 Bewohner der Ortschaften Niederachdorf, Oberachdorf und Pittrich hatten noch in der Nacht und in den frühen Morgenstunden ihre Häuser mit Booten verlassen müssen; seit den Mittagsstunden flohen auch die insgesamt 1 000 Einwohner von Aholing, Obermutzing und Niedermutzing vor den Fluten.

Die Donau hatte in der Nacht bei Niederachdorf im Landkreis Straubing-Bogen den Damm gebrochen. Wassermassen strömten durch ein 100 Meter breites



Ein 100 Meter breiter Riß klappte im Damm bei Niederachdorf.

Loch. Einige Dämme hielten nur noch mühsam den Fluten stand. An insgesamt sechs Hochwasserdämmen an der Donau zwischen Regensburg und Straubing war die Lage sehr kritisch. Hunderte von THW-Helfern waren im Einsatz, die Dämme mit Sandsäcken zu sichern.

Zwei Dammbereiche im Stadtgebiet von Straubing konnten unter starker Beteiligung des THW „nur mit größter Mühe“ gehalten werden. Das THW fuhr 300 t Wasserbausteine und ca. 3 000 Kubikmeter Kies an die bedrohten Dämme.

Insgesamt hatte der THW-Ortsverband Straubing 150 Helfer in drei Schichten eingesetzt. Neben dem Füllen, Transportieren und Verteilen von Sandsäcken wurden zahlreiche Einsätze mit Pumpen verschiedener Leistungen von 300 bis 2 000 Liter/Minute im Stadtgebiet durchgeführt.

Straubings Oberbürgermeister Scherl sagte abschließend, daß das THW ganz entscheidend zu den Hilfsmaßnahmen beigetragen habe, er könne den Kommunen nur raten, die Ortsverbände des Technischen Hilfswerks zukünftig verstärkt zu unterstützen.

.....

**Deggendorf.** Die THW-Ortsverbände Deggendorf und Regen, unterstützt durch die OV Bayreuth und Landshut sowie durch

den oberbayerischen Ortsverband Traunstein waren bis zum 1. April im Landkreis Deggendorf eingesetzt. Mit kilometerlangen Deichverstärkungen durch Kies und anderes Erdmaterial konnten Deichbrüche verhindert werden.

Mehrere THW-Kipper aus Deggendorf und Regen hatten in einer Nacht 73 Fuhren je 15 Kubikmeter Kies durchgeführt.

Allein der OV Deggendorf hat in einer Woche mit seinen Fahrzeugen ca. 6 000 km gefahren, die Helfer haben 6 000 Einsatzstunden hinter sich.

.....

**Passau.** 53 THW-Helfer leisteten ca. 500 Stunden mit Füllen und Verteilen von Sandsäcken, Räumen von Kellern sowie Bauen von Stegen. Während in Straubing der Katastrophenalarm ausgelöst wurde, beruhigte sich die Lage in Passau.

Im Passauer Umland jedoch war man mit dem Hochwasser noch nicht „über'n Berg“. Bis zum 30. März wurden um Vilshofen bei Windorf und Hofkirchen sowie in Reibersdorf Dämme gesichert, Keller ausgepumpt und Hochwasserstege gebaut. In Hofkirchen räumten THW-Helfer den Warenbestand eines Lebensmittelgeschäftes auf THW-Lastwagen.

Für seine vielfältigen Hilfeleistungen wurde dem THW hohes Lob zuteil. Dank und Anerkennung kamen aus allen Kreisen der Bevölkerung, von Behörden und den anderen Hilfsorganisationen. Dankschreiben von Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern der betroffenen Gebiete dokumentieren die Einsatzbereitschaft des THW beim sogenannten Jahrhundert-Hochwasser. J.D.

## THW-Auszeichnung zum Abschied

**München.** In Anerkennung seiner Verdienste um das THW wurde dem ehemaligen Leiter der Berufsfeuerwehr München, Oberbranddirektor a.D. Dipl.-Ing. Karl Seegerer, das THW-Ehrenzeichen in Silber verliehen. Die Auszeichnung wurde in einer Feier am 20. April 1988 in der THW-Unterkunft München-Ost durch den Landesbeauftragten Reiner Vorholz übergeben.

Führungskräfte der Münchner Ortsverbände – an ihrer Spitze Kreisbeauftragter Dipl.-Ing. FH Dieter Frank und der Geschäftsführer des Münchner Bereiches, Walter Mayr – bildeten den Rahmen der Veranstaltung.

Rudolf Hierl, Ortsbeauftragter von München-Nord und Stadtrat, überbrachte die Glückwünsche des Kommunal-Parlaments. Ebenfalls begrüßt werden konnte Leitender Branddirektor Dipl.-Ing.

Hans Brandl, der jetzige Chef der Berufsfeuerwehr München.

In der Laudatio wurden die Verdienste von Karl Seegerer um das THW dargestellt: „1965 als Leiter der Berufsfeuerwehr München berufen, hat er sich ständig steigend auch um die Förderung des THW bemüht. Dabei war ihm die die Feuerwehr unterstützende Zuarbeit des THW nicht das wichtigste, sondern die gemeinsame Einsatzerfahrung zwischen Technischem Hilfswerk und Feuerwehr.“

Er hat sich um die Einbindung der THW-Einheiten in München verdient gemacht und förderte dies durch unterstützende Maßnahmen im Bereich der Ausbildung und Unterbringung. Die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Technischem Hilfswerk hat er immer mit offenen Worten dargestellt und dadurch aufkommende Störungen beseitigt.

Karl Seegerer hat sich um das THW weit über Bayern hinaus verdient gemacht.“ J.D.



Oberbranddirektor a.D. Seegerer (Mitte) im Gespräch mit Landesbeauftragtem Vorholz (links) und dem Kreisbeauftragten von München, Frank.

(Foto: Delle)

## 7 000 Liter Heizöl versickert

**Deggendorf.** Spaziergänger hatten an der Asphaltmischanlage im Kieswerk Uttenkofen auslaufendes Öl festgestellt und die Polizeiinspektion Plattling informiert. In der Isarstadt wurde gegen 20.10 Uhr Alarm ausgelöst. Das Technische Hilfswerk wurde mobilisiert, ebenso die Feuerwehr Osterhofen, die mit einem Ölabscheidegerät ausgerüstet ist.

Mit Probebohrungen im Umfeld des oberirdischen Lagertanks, der 33 000 Liter faßt, verschafften sich die THW-Helfer un-

ter der Leitung von Norbert Wagner sowie Sepp Fuchs und Hermann Jungtäubl zunächst einen Überblick über das Ausmaß des Umweltschadens. Ein erstes Aufatmen: Nur im unmittelbaren Umfeld des Tanks war der Boden mit Heizöl durchsetzt.

Mit einem Bagger wurde eine Grube zum Sammeln des Öls gegraben. Die Feuerwehr und das THW pumpen mit vereinten Kräften rund 20 000 Öl-Wasser-Gemisch ab. Daraus wurden mit dem Abscheidegerät zwischen 3 000 und 5 000 Liter Heizöl gewonnen, das von einem Abfuhrunternehmen zur Sondermüllbeseitigung gebracht wurde. F.B.



Der Steg wird von der Bevölkerung „mit Kind und Kegel“ genutzt.

(Foto: Schmidhuber)

## Ein „Dankeschön“ in Briefform

**Ansbach.** Eine Anerkennung für einen besonderen Einsatz erhielt der THW-Ort Feuchtwangen jetzt in schriftlicher Form. Erster Polizeihauptkommissar Falge von der Verkehrspolizeiinspektion Ansbach schreibt über die Helfer:

„Sehr geehrter Herr Meßthaler, am Dienstag, dem 1. März 1988 kam es in den Nachmittagsstunden zu extremen Schneefällen. Innerhalb kurzer Zeit war die Fahrbahn der Bundesautobahn A 6 schneeglatt. Da viele Autobahnbenutzer ihre Geschwindigkeit den veränderten Straßenverhältnissen nicht anpaßten, kam es zu zahlreichen Verkehrsunfällen mit Schwerpunkt im Raum Lichtenau und einem Massenanfall in der Nähe des Autobahnkreuzes Feuchtwangen. Zwölf Einsatzfahrzeuge der Verkehrspolizeiinspektion waren über sechs Stunden ständig mit der Aufnahme von Verkehrsunfällen beschäftigt.

Am Spätnachmittag waren die Fahrbahnen des Anstieges zur Frankenhöhe so glatt, daß sich Lastzüge querstellten, in die Schneehaufen seitlich der Fahrbahnen fuhren und dadurch der Verkehr total zum Erliegen kam. Die Autobahnmeistereien waren mit sämtlichen Fahrzeugen im Streueinsatz, steckten jedoch größtenteils auch in den bis zu 7 km langen Staus und konnten daher ihre Streuaufgaben nur unzureichend erfüllen.

In dieser chaotischen Phase bot Herr Vogel vom THW-Ortsverband Feuchtwangen seine Hilfe durch Einsatz von mit Schneeketten ausgerüsteten Antriebsfahrzeugen an, die natürlich dankbar angenommen wurde. Herr Vogel sorgte dann später noch dafür, daß ein drittes THW-Abschleppfahrzeug aus Ansbach eingesetzt wurde.

Dem engagierten Verhalten aller am Einsatz beteiligten THW-Kräfte ist es zu verdanken, daß die Totalblockierung der A 6 im Bereich des Anstieges an der Frankenhöhe in erstaunlich kurzer Zeit beseitigt werden konnte. Das THW-Team hat bewiesen, daß es in der Lage ist, innerhalb kürzester Zeit durch gezielten Einsatz technischen Gerätes



Die Schulkinder zeigten sich sehr interessiert an den Vorführungen.

(Foto: Rzepa)

schwierige Aufgaben schnell und sicher zu lösen. Der THW-Einsatz wurde von allen Beobachtern des Geschehens als hervorragende Leistung bewertet.

Als Leiter der für die polizeiliche Betreuung des betroffenen Autobahnabschnittes zuständigen Verkehrspolizeiinspektion möchte ich mich für die tatkräftige Unterstützung bedanken und dabei das besonders positive Verhalten des Herrn Vogel hervorheben.

Ich würde mich freuen, wenn Sie meinen Dank und die Anerkennung an die am Einsatz beteiligten Kräfte weitergeben könnten.“

## Große Augen – viele Fragen

**Würzburg.** Große Augen bekamen die 28 Kinder der Klasse 4a der Walterschule Heidingsfeld. Kurz vor Unterrichtsbeginn fuhren drei Transportfahrzeuge, zwei Mannschafts- und ein Gerätekraftwagen des THW-Ortsverbands Würzburg an der Schule vor. Die Lehrerin, Frau Schmidt, hatte einen Unterrichtsgang für ihre Klasse vorbereitet.

Für die Männer des THW war es das erste Mal, daß eine so junge Besuchergruppe den Weg zum THW antrat. Die Fahrt von der Schule zur Unterkunft war für die Kinder besonders aufregend. Im Schulungsraum stellten die

Klassenmitglieder ihre Fragen. Ortsbeauftragter Dipl.-Ing. Günter Müller stand zu allen Rede und Antwort.

Im Hof waren die Fahrzeuge des OV aufgestellt. Die Kinder zeigten sich sehr wißbegierig und waren von der Vielfalt der Ausrüstung begeistert. Beeindruckt waren die Kinder von den Vorführungen mit dem Öldruckheber.

Zum zweiten Mal an diesem Tag bekam der Besuch große Augen, als Zugführer Günter Wolny und Schirmmeister Reiner Hensel mit der Hydraulikschere einem „Unfallauto“ zu Leibe rückten. „Eins, zwei, drei – ab war der Holm“. Mit dem Hydraulikspreizer öffnete sich die verklemmte Tür. „Vaters Auto so zu öffnen, das würde Spaß machen“, meinte ein Junge.

K.-P.R.

## THW und Feuerwehr: Keine Konkurrenz

**Passau.** Für die Passauer Neue Presse stellte sich die Frage, wie es in Passau mit der Zusammenarbeit zwischen THW und Feuerwehr aussieht, wie sie bei Großereignissen funktioniert.

„Wenn wir zusammenarbeiten, gibt es keine Probleme“, betonte Stadtbrandrat Josef Aschenbrenner und THW-Chef Gottfried Weindler bewertet die Teamarbeit beider Hilfsorganisationen als „gut bis sehr gut“.

Wer wird wann zur Hilfe gerufen? „Der Alarmplan sieht sieben Stufen vor, ab Stufe vier sind wir dabei“, erklärt Weindler. Das bayerische Rettungsdienstgesetz räume den freiwilligen Feuerwehren erste Priorität ein. Der jeweilige Einsatzleiter entscheide von Fall zu Fall, ob das THW gebraucht werde oder nicht.

„Ich weiß um die Stärken des gut ausgebildeten THW, es ist zudem hervorragend ausgerüstet, und wir fordern es an, wenn wir beispielsweise mit unserem Gerät nicht mehr auskommen.“ Der Einsatz des THW sei mehr schadensereignis-abhängig. Es wäre nicht angemessen, bei Bränden oder kleineren Ölunfällen das THW heranzuziehen, sagt Stadtbrandrat Aschenbrenner.

Neben Einsätzen bleiben Feuerwehr und THW die gemeinsamen Übungen, die zum guten Verständnis und reibungsloser Zusammenarbeit beitragen sollen und „des öfteren“, so Stadtbrandrat Aschenbrenner, durchgeführt werden.

Bei Einsätzen gegen das alljährlich Passau bedrohende Hochwasser hätten ja beide Organisationen schon bewiesen, wie gut die Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Technischem Hilfswerk im Notfall funktioniere. Weindler und Aschenbrenner sind sich einig: „Wir wollen uns gegenseitig unterstützen und keine Konkurrenz sein.“ RWI

## Eine weitere Aufgabe für den Warndienst

Nach dem Zivilschutzgesetz hat der Warndienst die Aufgabe, die Bevölkerung vor den Gefahren zu warnen, die ihr in einem Verteidigungsfall drohen. Neue Aufgaben nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz kamen 1987 hinzu.

Im Anschluß an den Artikel im ZS-Magazin 9/87, Seite 33, „Zuwachs neuer Aufgaben für den Warndienst nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz vom 19.12.1986“ wird nunmehr das zwischen den Bundesressorts verabschiedete Konzept „Integriertes Meß- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz“ auszugsweise wiedergegeben.

Am 3. September 1986 hat die Bundesregierung ein Arbeitsprogramm zu den sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl verabschiedet.

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag am 12. November 1986 über die Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland aufgrund des Reaktorunfalls in Tschernobyl berichtet.

Am 19. Dezember 1986 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz - StrVG) beschlossen. Zweckbestimmung des Gesetzes (§ 1 StrVG) ist es, zum Schutz der Bevölkerung die Radioaktivität in der Umwelt zu überwachen und die Strahlenexposition der Menschen und die radioaktive Kontamination der Umwelt im Falle von Ereignissen mit radiologischen Auswirkungen durch angemessene Maßnahmen so gering wie möglich zu halten.

Als eine wichtige Folgerung aus dem Reaktorunfall wird im Strahlenschutzvorsorgegesetz die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern bei der Überwachung der Umweltradioaktivität neu geregelt.

Um das genannte Schutzziel zu erreichen, werden in den §§ 2 bis 5 sowie 10 und 11 StrVG Festlegungen getroffen, die Grundlage für das schrittweise zu errichtende integrierte Meß- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität sind.

### I. Anforderungen an das integrierte Meß- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität

Die in den Meßnetzen von Bund und Ländern ermittelten Daten über die Umweltradioaktivität werden in dem Informationssystem „Radioaktivität in der Umwelt“ des Bundes zusammengefaßt.

In den §§ 2 und 3 StrVG sind die Aufgaben von Bund und Ländern hinsichtlich der Überwachung der Umweltbereiche geregelt, die im Rahmen des nach § 4 StrVG vorgesehenen Informationssystems wahrgenommen werden müssen, um die Zweckbestimmung des Gesetzes mit seinem Schutzziel erfüllen zu können. Dieses Informationssystem muß so ausgestattet sein, daß die von den Meßnetzen gewonnenen und aufbereiteten Informationen die Grundlage für Maßnahmen nach den §§ 6 bis 9 StrVG bilden.

Daraus lassen sich folgende Aufgaben für das Meß- und Informationssystem ableiten:

- Ständige Überwachung der Umweltradioaktivität.
- Frühzeitige Erkennung und Abschätzung von Ereignissen mit möglichen nicht unerheblichen radiologischen Auswirkungen (Frühwarnung).

- Ständige und vollständige Übersicht über die Lage in einem derartigen Ereignisfall unter Abschätzung der Auswirkungen auf die Bevölkerung.

- Gewinnung von Erkenntnissen über Folgewirkungen bei Lagen mit erhöhter Umweltradioaktivität.

Für diese Aufgaben muß das Gesamtsystem so konzipiert werden, daß

- die Radioaktivität in den erforderlichen Umweltbereichen ständig flächendeckend erfaßt wird,

- die Meßdaten so schnell wie möglich ermittelt, aufbereitet und den für die Bewertung zuständigen Behörden zur Verfügung gestellt werden,

- Voraussagen über die weitere Entwicklung ermöglicht werden,

- die ermittelten Daten und Informationen soweit aggregiert werden, daß sie als Grundlage für rasche Entscheidungen dienen können und

- die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden von Bund und Ländern gewährleistet wird.

Im Interesse eines schnellen Aufbaus und aus Gründen der Kostenersparnis soll auf bestehende Einrichtungen und Organisationen in Bund und Ländern zurückgegriffen werden.

Vom Bund werden die Messungen vorgenommen, die für eine schnelle Übersicht und Prognose benötigt werden, um im Ereignisfall unverzüglich handeln zu können. Dabei handelt es sich im wesentlichen um Messungen der Aktivität in Luft, Niederschlag und repräsentativen Gewässern sowie der Gamma-Ortsdosisleistung einschließlich der für die Beurteilung der Ortsdosisleistung erforderlichen nuklid-spezifischen Messung der Bodenkontamination.

Die Länder übernehmen ergänzend die Messungen der Umweltbereiche nach § 3 StrVG, die im Hinblick auf die zu erwartenden radiologischen Auswirkungen relevant sein können. Gemäß § 2 Abs. 2 StrVG bleibt die Befugnis der Länder zu weitergehenden Ermittlungen der Radioaktivität in den in § 2 Abs. 1 Nr. 1 genannten Bereichen unberührt.

### II. Konzept für ein integriertes Meß- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität

#### 1. Grundsätze

Die Erfahrungen aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl zeigen die Notwendigkeit der Errichtung eines integrierten Meß- und Informationssystems zur Überwachung der Umweltradioaktivität. Dieses System soll durch die Einbeziehung der Meßnetze und Meßstellen des Bundes und der Meßeinrichtungen der Länder den schnellen und zeitgerechten Informationsfluß zwischen den Stellen, die die benötigten Daten ermitteln und den Einrichtungen, die die Daten zusammenfassend aufbereiten und dokumentieren sowie den für die Bewertung und Entscheidung zuständigen Behörden sicherstellen.

Aus den Anforderungen ergibt sich ein dreistufiger Aufbau des integrierten Meß- und Informationssystems zur Überwachung der Umweltradioaktivität:

- Ermittlung der Meßwerte der Umweltradioaktivität durch Meßstellen

- Zusammenfassung, Aufbereitung und Dokumentation der ermittelten Daten durch Verwaltungsbehörden des Bundes



● Bewertung der Daten durch den BMU mit Unterstützung durch die Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umweltradioaktivität

Die Verknüpfung dieser drei Ebenen muß durch ein neuzuschaffendes Kommunikationssystem zur Verbesserung und Beschleunigung des Informationsflusses sichergestellt werden. Die bestehenden Meßsysteme und -einrichtungen müssen zum Teil so erweitert und ertüchtigt werden, daß die erforderlichen Informationen für eine umfassende Bewertung der aktuellen Lage sowie für das frühzeitige Erkennen und Abschätzen einer sich entwickelnden Lage gewonnen und bereitgestellt werden können.

Bei Ereignissen mit Auswirkungen auf das Bundesgebiet muß das System in der Lage sein, auch ohne Mitwirkung des Verursachers Informationen dafür zu liefern, ob eine Gefährdungslage in der Bundesrepublik Deutschland besteht oder zu erwarten ist (Frühwarnung).

Aus den möglichen Ereignisfällen leitet sich auch die Forderung nach einer das gesamte Bundesgebiet abdeckenden Überwachung ab. Das bedeutet, daß das Meßnetz eine Dichte aufweisen muß, die es gestattet, in der Bundesrepublik Deutschland den aktuellen Zustand der Umweltradioaktivität entweder meßtechnisch direkt zu erfassen oder anhand von Meßwerten rechnerisch für jeden Ort zu ermitteln (Analogiebetrachtung).

## 2. Aufbau des Systems

Die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern hinsichtlich der Überwachung der Umweltbereiche ist in den §§ 2 und 3 StrVG geregelt und spiegelt sich im Konzept des integrierten Meß- und Informationssystems wieder.

Nach § 2 StrVG kommt dem Bund die großräumige Überwachung von Luft, Niederschlag und Wasser sowie der Gamma-Ortsdosisleistung in Bodennähe – dazu gehört auch die für die Beurteilung der Ortsdosisleistung erforderliche nuklidspezifische Messung der Bodenkontamination – mit Hilfe der nachfolgend genannten Meßnetze zu.

### Bundesminister für Verkehr

● Deutscher Wetterdienst (DWD)

Radioaktivität in der Luft

Radioaktivität im Niederschlag

### Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

● Umweltbundesamt

Radioaktivität in der Luft

### Bundesminister des Innern

● Bundesamt für Zivilschutz (BZS)

Gamma-Ortsdosisleistung

auf dem Boden abgelagerte Aktivität

### Bundesminister für Verkehr

● Bundesanstalt für Gewässerkunde (BfG)

Radioaktivität in den Bundeswasserstraßen außer Küstengewässern

● Deutsches Hydrographisches Institut (DHI)

Radioaktivität in der Nord- und Ostsee einschließlich der Küstengewässer

Im Vordergrund steht hier die Erfassung von Meßdaten für eine schnelle und umfassende Information über den aktuellen großräumigen Zustand der Umweltradioaktivität, sowie über die sich entwickelnde Lage.

Die Daten werden entsprechend dem Informationsbedarf in zusammengefaßter oder aufbereiteter Form der Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umweltradioaktivität zur Verfügung gestellt.

Neben den Bundesmeßnetzen bestehen die Meßeinrichtungen der Länder, die nach § 3 StrVG für die Erfassung und Messung der Radioaktivität in den übrigen Umweltbereichen zuständig sind.

Die Messung der Aktivität in diesen Bereichen und der Transfer radioaktiver Stoffe in der Nahrungskette ist von grundlegender Bedeutung für die Abschätzung über Folgewirkungen nach einem Ereignis.

Die bei den Landesmeßstellen gewonnenen Daten werden von den Meßdatenzentralen der Länder ebenfalls an die Zentralstelle des Bundes weitergeleitet, von wo sie nach Sichtung zur Aufbereitung an die in § 11 Abs. 4 StrVG genannten Verwaltungsbehörden des Bundes weitergeleitet werden. Die aufbereiteten Daten fließen von diesen Behörden des Bundes an die Zentralstelle des Bundes zurück.

Die Organisation des gesamten Datentransfers muß vereinheitlicht werden, damit ein reibungsloser Datentransfer gewährleistet wird.

Das Kommunikationssystem soll einen Informationsaustausch jeweils in beide Richtungen zulassen, so daß auch den Ländern die bei der Zentralstelle des Bundes vorhandenen Daten zur Verfügung gestellt werden können.

(Fortsetzung folgt)

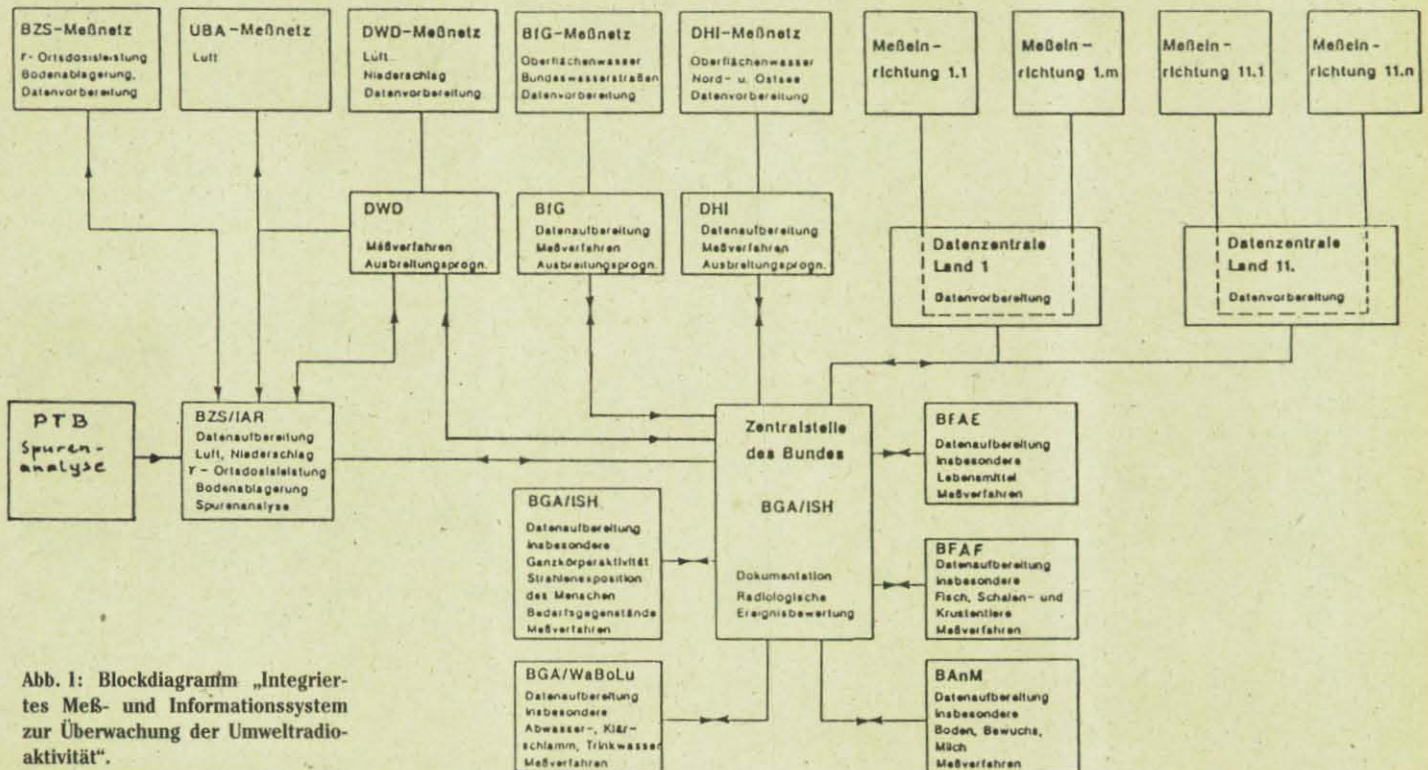


Abb. 1: Blockdiagramm „Integriertes Meß- und Informationssystem zur Überwachung der Umweltradioaktivität“.



## „Bürgerinitiative im besten Sinne“

„Wir wollen im besten Sinne des Wortes demonstrieren, was wir tun und was unsere Aufgabe ist.“ – Mit diesen Worten eröffnete Dr. Bruno Merk, Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes, in Augsburg die zentrale Veranstaltung zum Jubiläums-Weltrotkreuztag, zu der sich auch die Rotkreuz-Präsidenten aus Wien und Bern, rund 5 000 Rotkreuzler aus dem Bundesgebiet, Österreich und der Schweiz, sowie der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Prinz Wittgenstein, eingefunden hatten. Der DRK-Präsident rief dazu auf, das Rote Kreuz in seinem Kampf für die Menschenwürde zu unterstützen. Er appellierte besonders an die Jugend, sich zu engagieren, und sprach sich auch für ein klares Nein zur geplanten Gesundheitsreform aus.

Danach verlas Prinz Wittgenstein eine Grußbotschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl. Der Regierungschef zollte besondere Anerkennung für das Bemühen des DRK, Brücken zu den osteuropäischen Ländern zu schlagen. Seinen Respekt vor den Leistungen des Roten Kreuzes hatte auch Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann schriftlich bekundet.

Umrahmt von Fahnenabordnungen und Musikgruppen stellten auf dem „Markt der Möglichkeiten“ die nationalen Gesell-

schaften und die Landesverbände ihre Heimat und die Besonderheiten ihrer Rotkreuz-Arbeit vor.

In der Zwischenzeit waren die österreichischen Schäferhunde natürlich längst wieder von ihrem morgendlichen Ausgang zurück und harhten ungeduldig einer neuen Probe in der Augsburger Sporthalle für die Fernseh-Livestreamung am nächsten Abend. Auf dem Festgelände Wittelsbacher Park trafen die Besucher der Ausstellung „Mensch und Gerät“ ein, im Treff-Zelt bruzzelten Hähnchen und Haxen, die ersten Bierkrüge wurden gestemmt, Uniform- und Miniröcke machten sich gegenseitig Konkurrenz, und ein Helikopter der Schweizerischen Rettungsflugwacht donnerte über den Platz: das große Rotkreuz-Familienfest hatte begonnen.



Die Bergwacht des Schweizerischen Roten Kreuzes im Einsatz.

Am Nachmittag vermerkte Präsident Merk, daß die Attraktionen „nicht abreißen“ würden. Er spielte damit auf die Rotkreuz-Olympiade an, bei der Helfen als olympische Disziplin ausgetragen worden war. Aus den 16 teilnehmenden Gruppen ging als „Olympiasieger“ das JRK von Oberösterreich hervor. Die „Silbermedaille“ errang die Bezirksstelle Feldbach im Landesverband Steiermark, „Bronze“ gewann der Kreisverband Eichstätt (Bezirksverband Oberbayern), und auf den vierten Platz kam das JRK Niedersachsen.

Nach den Festgottesdiensten am eigentlichen Weltrotkreuztag am Sonntagmorgen gab auf dem Festgelände der Stellvertreter des bayerischen Ministerpräsidenten und Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Karl



Viel Spaß für die jungen Rotkreuzler. (Fotos: Zimmermann)

Hillermeier, dem Roten Kreuz die Ehre. Ihm oblag es, den „Henry-Dunant-Gedenkstein“ zu enthüllen, den Klaus Mumm geschaffen hatte. Der Staatsminister würdigte das Rote Kreuz als „Bürgerinitiative im besten Sinne“ und unterstrich vor allem die familienbezogene Arbeit des Roten Kreuzes.

Neben den Gedenkstein pflanzten hernach die Rotkreuz-Präsidenten fünf Bäume, die für Österreich, die Schweiz, das DRK, das Bayerische Rote Kreuz und für Augsburg wachsen sollen.

Am Ende eines harmonischen Familientages mit Information und Unterhaltung, Spielen für die Kinder, Karussell und Schaukeln drängelten die Gäste in die Augsburger Sporthalle, um die Eurovisionsendung aus Anlaß des 125. Jubiläums des Roten Kreuzes unter dem Motto „Menschen, die helfen“ live mitzuerleben. Eine große zweitägige Geburtstagsfeier hatte ihren würdigen Abschluß gefunden. Carl-Walter Bauer



Die Österreichische JRK-Gruppe war Sieger des Olympia-Parcours.



Stefan Remmler und seine Band während der Fernsehendung.

# Gesundheitsreformgesetz

## Stellungnahme des Deutschen Roten Kreuzes

### Beispiele für die künftige Belastung der Bevölkerung und die Gefährdung der notfallmedizinischen Versorgung.

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Drucksache 200/88 vom 29. 04. 1988) wird die präklinische Notfallversorgung der Bevölkerung in ihrer Funktionsfähigkeit untragbar gefährdet.

Für das Gesundheitswesen sind nach dem Grundgesetz die Länder zuständig. Diese haben, aus notfallmedizinischen Erkenntnissen heraus, das flächendeckende, jederzeit einsetzbare Vorsorgesystem Rettungsdienst in den letzten 20 Jahren aufgebaut.

Nach den Erkenntnissen von Notfallmedizinern, von Wirtschaftsfachleuten, von Bundes- und Länderbehörden setzt die Effektivität dieses Systems einen weltweit anerkannten Standard.

Eine Studie des Deutschen Verkehrssicherheitsrates von 1985 hat nachgewiesen, daß jede im Rettungsdienst eingesetzte Deutsche Mark einen volkswirtschaftlichen Nutzen von fünf Deutscher Mark erbringt. Allein durch die schnelle medizinische Versorgung des Rettungsdienstes sind im Bereich der Verkehrsunfälle ca. 2.300 Unfalltote pro Jahr weniger zu beklagen. Fachgerechte Hilfe durch den Rettungsdienst innerhalb kürzester Zeit hilft zu verhindern, daß Invalidität auftritt. Krankenhausaufenthalte werden verkürzt oder sind nicht erforderlich.

Die Funktionsfähigkeit des Rettungsdienstes ist durch den Gesetzentwurf deshalb gefährdet, weil seine medizinischen Leistungen zu einer reinen Transportleistung degradiert werden. Kostenersatz darf keine Hemmnis dafür sein, daß eine Leistung nicht in Anspruch genommen wird.

Folgende Beispiele beweisen das Gegenteil:

### 1. Beispiel

Verkehrsunfall auf einer Bundesautobahn

Der Rettungsdienst wird durch die Polizei alarmiert. Die Meldung der Polizei lautet: zwei Schwerverletzte.

Nach den heutigen notfallmedizinischen Erkenntnissen und den daraus resultierenden landesrechtlichen Vorgaben werden ein Rettungswagen und Rettungshubschrauber zur Notfallstelle entsandt.

Ein Schwerverletzter hat so starke Verletzungen, daß ein Herzstillstand eingetreten ist. Er wird erfolglos reanimiert und verstirbt am Notfallort. Es erfolgt kein Transport zum Krankenhaus.

Der andere „Schwerverletzte“ leidet an Schwindelgefühlen, war kurzzeitig bewußtlos und klagt über starke Kopfschmerzen. Es erfolgt ein Transport ins Krankenhaus zur diagnostischen Abklärung (z. B. Röntgen). Nach dieser Abklärung kann der Patient in die Obhut des Hausarztes entlassen werden, weil sich die befürchtete Schädelverletzung nicht bestätigt hat.

Es erfolgt keine stationäre Aufnahme, da die weitere Versorgung durch den Hausarzt übernommen werden kann.

Durch den sachgerechten und schnellen Einsatz des Rettungsdienstes wird eine stationäre Aufnahme des Patienten vermieden.

Was ist die Konsequenz aus dem Gesetzentwurf:

Zukünftig zahlt die Krankenkasse diesen Einsatz nicht. Wer bezahlt den Einsatz? Ist eine solche medizinische Versorgung überhaupt noch vom Gesetzgeber gewollt?

### 2. Beispiel

Meldung an die Rettungsleitstelle durch eine Privatperson, daß jemand in einer Wohnung zusammengebrochen und bewußtlos ist. Anhand dieses Meldebildes wird ein Notarztwagen zum Einsatzort geschickt.

Der Patient wird am Notfallort (Wohnung) untersucht, notfall-

mäßig versorgt und zur weiteren diagnostischen Abklärung in ein Krankenhaus eingeliefert. Nach der klinischen Untersuchung (z. B. EKG, Labor) wird der Patient entlassen, da eine stationäre Behandlung nicht erforderlich ist und die weitere Behandlung durch den Hausarzt erfolgen kann.

Durch den schnellen und sachgerechten Einsatz des Rettungsdienstes werden Folgeschäden für den Patienten und damit für die Krankenkassen vermieden.

Konsequenz aus dem Gesetzentwurf:

Zukünftig zahlt die Krankenkasse diesen Einsatz nicht. Wer bezahlt den Einsatz? Ist eine solche medizinische Versorgung überhaupt noch vom Gesetzgeber gewollt?

### 3. Beispiel:

Meldung von einem Werksarzt (Betriebsarzt), daß eine Person am Arbeitsplatz zusammengebrochen ist. Er fordert einen Rettungswagen an. Nach seiner Verdachtsdiagnose handelt es sich um einen Kreislaufkollaps oder Herzinfarkt.

Der Patient wird nach der Erstversorgung durch den Werksarzt zur weiteren diagnostischen Abklärung in eine Klinik eingewiesen. Nach Abklärung der Diagnose wird festgestellt, daß eine stationäre Aufnahme nicht notwendig ist. Der Patient wird an den Hausarzt überwiesen.

Weil der Patient nicht stationär aufgenommen wurde und damit die Krankenkassen von den vermutlichen Kosten des Krankenhausaufenthaltes befreit worden ist, ist die Konsequenz aus dem Gesetzentwurf:

Zukünftig zahlt die Krankenkasse diesen Einsatz nicht. Wer bezahlt den Einsatz? Ist eine solche medizinische Versorgung überhaupt noch vom Gesetzgeber gewollt?

### 4. Beispiel

Meldung eines Sportunfalles durch einen Lehrer, daß eine

Schülerin vom Reck gestürzt sei und über starke Schmerzen im Rücken und im Beckenbereich klagt. Anhand des Meldebildes wird ein Rettungswagen zum Einsatz geschickt.

Es erfolgt ein Transport in ein Krankenhaus, da der Verdacht einer Wirbelerkrankung besteht. Nach dem Röntgen können Frakturen an Wirbelsäule und Becken ausgeschlossen werden. Es liegen nur Prellungen vor. Es ist keine stationäre Aufnahme notwendig.

Durch den sachgerechten Umgang mit der Schülerin durch das Rettungsdienstpersonal werden Folgeschäden vermieden.

Konsequenz aus dem Gesetzentwurf:

Zukünftig zahlt die Krankenkasse diesen Einsatz nicht. Wer bezahlt den Einsatz? Ist eine solche medizinische Versorgung überhaupt noch vom Gesetzgeber gewollt?

### 5. Beispiel

Arbeitsunfall  
Meldung an die Rettungsleitstelle: Arbeitsunfall, Person mit starken Blutungen.

Anhand des Meldebildes wird ein Rettungswagen entsandt.

Das nach kurzer Zeit eingetroffene Rettungsdienstpersonal versorgt den Patienten mit stark blutender Wunde am Kopf und stillt die Blutung. Nach dem Transport zum Durchgangsarzt wird die Wunde genäht; der Patient kann nach Hause entlassen werden.

Durch den schnellen und sachgerechten Transport mit dem Rettungswagen und den Transport zum Durchgangsarzt wird eine stationäre Aufnahme vermieden.

Konsequenz aus dem Gesetzentwurf:

Weil ein teurerer Klinikaufenthalt erspart wurde, muß der Patient nun die Kosten des Rettungseinsatzes selbst bezahlen.

Somit gilt künftig: je effektiver der Rettungsdienst, um so eher wird der Bürger zur Kasse ge-

ten. Ist dieses vom Gesetzgeber gewollt?

① Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird der Aspekt der Entscheidung aufgrund eines Meldebildes nicht berücksichtigt. Der Rettungsdienst muß seine Entscheidung nach dem Meldebild treffen und das erforderliche Rettungsmittel zum Einsatz bringen. Diese Entscheidung muß im Interesse des Patienten unverzüglich getroffen werden. Die Übernahme von Transportkosten im Rettungsdienst muß zwingend von der Notwendigkeit eines Einsatzes aufgrund des Meldebildes abhängig gemacht werden.

② Die Beispiele aus der Praxis belegen deutlich, daß in der Regel anhand der Untersuchung vor Ort die Notwendigkeit einer stationären Behandlung nicht vor-

ausgesagt werden kann; geschweige denn anhand des Meldebildes.

Für das Ausfallen des Ergebnisses der klinischen Abklärung aber darf der Bürger nicht zur Kasse gebeten und damit bestraft werden.

③ Die Beispiele haben praxisnahe Fälle aufgezeigt, in denen der Bürger künftig rettungsdienstliche Einsätze zahlen muß.

④ Die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes flächendeckend, rund um die Uhr und innerhalb der Hilfsfristen trägt dazu bei, daß ein Krankenhausaufenthalt in vielen Fällen nicht mehr notwendig ist. In diesen Fällen muß der Bürger künftig zahlen.

Dies kann im Interesse aller Bürger wohl nicht gewollt sein.

## Bundeswettbewerb der DRK-Wasserwacht in Kiel

Bei der Siegerehrung bejubelte die siegreiche Herrenmannschaft aus Hessen ihren 23-Punkt-Vorsprung im 15. Wettbewerb

Rettungsschwimmen in Kiel. Im Gesamtergebnis der drei Wettbewerbe hatte Bayern mit 2 403 Punkten die Nase vorn.

Im Feriendorf Falkenstein an der Kieler Förde wurden die Fähigkeiten in Erster Hilfe bewertet, nachdem zuvor die Mannschaften in der Universitäts-Schwimmhalle ihr schwimmerisches Können unter Beweis gestellt hatten.

Aus acht Landesverbänden nahmen fünf Damen-, drei gemischte und sieben Herrenmannschaften teil, die folgende Ergebnisse erzielten:

### Damen-Mannschaften

1. Bayern 8 757 Punkte
2. Schleswig-Holst. 8 495 Punkte
3. Hessen 7 297 Punkte
4. Rheinl.-Pfalz 6 580 Punkte
5. Niedersachsen 6 412 Punkte

### Gemischte Mannschaften

1. Bayern 8 408 Punkte
2. Schleswig-Holst. 7 676 Punkte
3. Hessen 7 442 Punkte

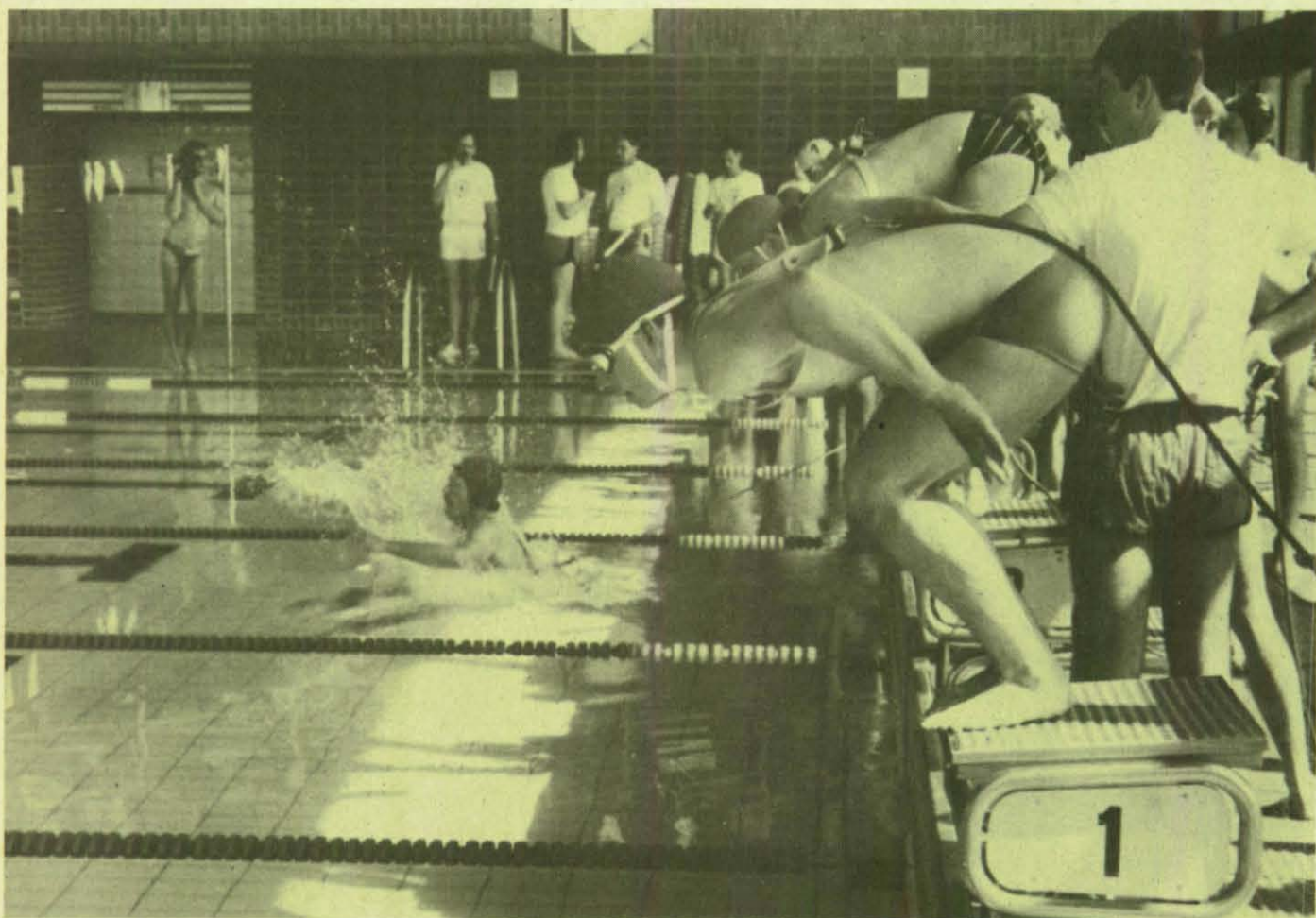
### Herren-Mannschaften

1. Hessen 9 150 Punkte
2. Bayern 9 127 Punkte
3. Schleswig-Holst. 8 924 Punkte
4. Rheinl.-Pfalz 8 207 Punkte
5. Berlin 7 595 Punkte
6. Baden-Württemb. 7 453 Punkte
7. Oldenburg 6 814 Punkte

Bei der Siegerehrung durch den Präsidenten des ausrichtenden DRK-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Dr. Hartmut Schlegelberger, fanden sich alle Teilnehmer und Begleiter bei Lagerfeuer und deftigen Grillspezialitäten zusammen. Dr. Schlegelberger begrüßte dabei Beobachter des US-amerikanischen Roten Kreuzes in der Bundesrepublik Deutschland und des Niederländischen Roten Kreuzes. Er wies auf die über einhundertjährige Tradition der Wasserwacht im DRK mit ihren inzwischen fast 950 Wachstationen hin und dankte den Wettbewerbsteilnehmern für ihr ehrenamtliches Engagement, insbesondere auch den Mimen, die im 10 Grad kalten Ostseewasser der Kieler Förde sehr realistisch die „Bergungsoffer“ eines kombinierten Surfer-, Wasserski- und Schnorchlerunfalls simulierten.

Insbesondere gab er der Hoffnung Ausdruck, daß beim 16. Bundeswettbewerb auch wieder die Mannschaften aus dem DRK-Landesverband Nordrhein dabei sein würden.

Horst F. Hamburg



Die Rettungsleinen-Staffel beim Start.

(Foto: Christiansen)

Der ASB auf der INTERSCHUTZ in Hannover

## Beweglichkeit ist Trumpf bei modernen Rettungsmitteln

Weithin sichtbar leuchtete das ASB-Emblem den Besuchern der INTERSCHUTZ-Messe vom 28. Mai bis 2. Juni in Hannover entgegen. Wer sich entschloß, auf der 800 qm großen Ausstellungsfläche des ASB zu verweilen, wurde nicht enttäuscht. Der Arbeiter-Samariter-Bund bot einen eindrucksvollen Querschnitt durch seine heutigen Aufgaben. ASB-Orts- und Landesverbände aus dem gesamten Bundesgebiet hatten einen Parcours aus Fahrzeugen und Geräten aufgebaut.

Die INTERSCHUTZ, die zuletzt vor acht Jahren stattfand, ist eine internationale Fachmesse für Brand- und Katastrophenschutz. Neben kommerziellen Anbietern, die den aktuellen Stand der Technik auf diesem Gebiet zeigen, hatten auch andere, nicht-kommerzielle Organisationen, die Gelegenheit, ihre Arbeit im Katastrophenschutz darzustellen. Auch der ASB nutzte dieses Forum, um sein Katastrophenhilfekonzept für das Ausland darzustellen und einige Spezialfahrzeuge aus dem Bereich Rettungswesen vorzuführen.

Alle diese Fahrzeuge waren frei zugänglich, und die Besucher konnten alles ausprobieren. Nicht zuletzt deshalb machten viele Besucher am ASB-Stand halt und informierten sich über die Arbeit der Hilfsorganisation.

Als Kuriosität fielen den Gästen sofort zwei alte Rettungsfahrzeuge auf: eine Rädertrage und eine Fahrradtrage. Beide dienten bis weit nach dem Ersten Weltkrieg zum Transport von Verletzten, wenn kein Auto oder Fuhrwerk zur Verfügung stand. Manch ein Besucher ließ sich auf einem dieser Geräte als „Patient“ fotografieren.

Im krassen Gegensatz dazu standen die modernen, spezialisierten Rettungsmittel wie der Baby-Notarztwagen und das Berliner Rettungsboot. Der Baby-Notarztwagen ist ein besonders ausgerüsteter Rettungswagen mit einem transportablen Inkubator. Wenn irgendwo bei einer Geburt Komplikationen auftreten und das Leben des Neugeborenen gefährdet ist, kann ein Baby-Notarztwagen das Neugeborene zu einer Intensivstation fahren und schon auf dem Transport voll versorgen.

Das Berliner Rettungsboot ist eine Neuentwicklung, die eine Gefahr künftig bannt: Der zu Ret-

tende kann nicht mehr durch die Schiffsschraube verletzt werden, da das Boot durch einen Wasserstrahl angetrieben wird, den im Innern eine Turbine erzeugt.

Darüber hinaus zeigte der ASB in Hannover eine ganze Reihe von Hilfsmitteln für Katastrophenfälle. Als mobile Unterkunft und Erste-Hilfe-Station gibt es seit einem Jahr den Ambulanz-Container. In dem Container befinden sich zwei Räume, einer mit Kücheneinrichtung und einer mit medizinischer Ausrüstung. Vom LKW abgesetzt, ist der Ambulanz-Container auch ebenerdig zu begeben.

Ebenfalls seit einem Jahr besitzt der ASB ein aufblasbares Sanitätszelt. Es ist gegenüber konventionellen Zelten leichter und läßt sich schneller aufbauen.

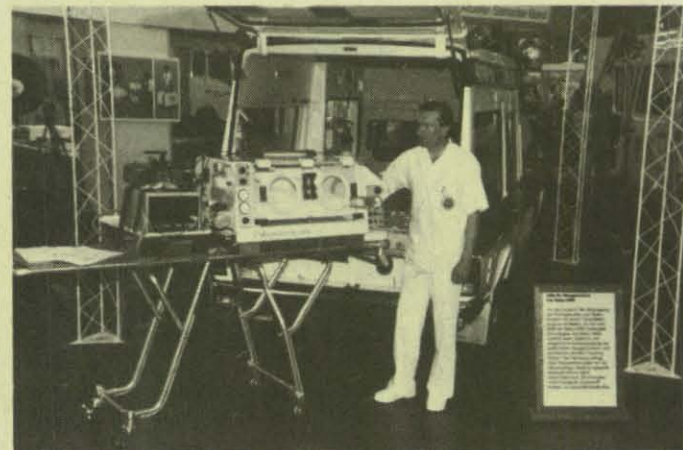
Zur raschen Versorgung nach einer Katastrophe trägt auch die Trinkwasser-Aufbereitungsanlage bei, die der ASB auf der INTERSCHUTZ zeigte. Die in einem VW-Bus montierte Anlage kann auch per Flugzeug schnell in ausländische Katastrophengebiete gebracht werden und dort pro Stun-



Auf 800 qm Fläche stellte der ASB in Hannover Fahrzeuge und Geräte aus.



Eine HelferIn demonstriert die Rädertrage, im Hintergrund Heribert Röhrig, Leiter des Technischen Referates des ASB-Bundesverbandes.



Ein transportabler Inkubator ist das Herzstück des ASB-Baby-Notarztwagens.



Das Rettungsboot des ASB Berlin hat statt einer Schiffsschraube einen Jet-Strahl-Antrieb.



Der Ambulanzcontainer enthält eine Küche und einen Verbandraum.



Die mobile Trinkwasser-Aufbereitungsanlage kann pro Stunde 6000 Liter Trinkwasser bereiten.

de 6 000 Liter Trinkwasser produzieren.

Um jederzeit sofort Helfer in ein Notstandsgebiet entsenden zu können, hat der ASB feste Gruppen mit standardisierter Ausrüstung zusammengestellt. Das ASB-Konzept sieht vor, daß diese Gruppen - höchstens fünf Personen - auch das für die Selbstversorgung Nötige mit sich führen und jederzeit abrufbar sind. In dem Sanitätszelt wurde die Ausrüstung einer solchen Einsatzgruppe gezeigt.

Für eine wirksame Hilfe am Katastrophenort ist oft entscheidend, daß man rasch genaue Informationen über den Bedarf an Helfern und Hilfsgütern erhält. Dafür hat der ASB eine mobile Satelliten-Bodenfunkstation angeschafft, die in Hannover zu sehen war. Diese Anlage wird in das Notstandsgebiet gebracht und ist dort innerhalb einer Stunde einsatzbereit. An die Einsatzzentrale in Köln können dann Telefongespräche, Fernschreiben, Faksimili und sogar Video-Standbilder übermittelt werden.

Einen Blickfang stellten auch zwei Unfallsituationen dar, die realistisch mit Puppen dargestellt waren: eine Kollision zwischen

einem Auto und einem Motorrad und ein Unfall auf der Baustelle. Die Puppen sind hochwertige Lehrpuppen, an denen eine Vielzahl von menschlichen Körperfunktionen simuliert werden können. Sie atmen, bluten und reagieren sogar auf Ansprache. Die Figuren stammen aus einem Notfall-Parcours des ASB-Landesverbandes Bayern in Lauf, wo sie den Mittelpunkt von realistisch nachgebauten Unfallszenen bilden. In einem solchen Parcours können die richtigen Handgriffe bei einem Notfall praxisnah eingeübt werden.

Behinderten Menschen ihre Bewegungsfreiheit zu erhalten, ist ebenfalls eine zentrale Aufgabe des ASB. Auf der INTERSCHÜTZ zeigte der Verband daher ein Behindertentaxi, wie es seit einigen Jahren mit Erfolg eingesetzt wird. Auch auf Fernreisen müssen Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, nicht verzichten. Ein Reisebus des ASB Köln, der speziell für Rollstuhlfahrer ausgestattet ist, war in Hannover zu besichtigen. Bei diesem Bus kann das Heck so weit abgesenkt werden, daß Behinderte ebenerdig in den Bus hineinfahren können.



Mit der transportablen Satelliten-Bodenfunkstation lassen sich weltweite Nachrichtenverbindungen schaffen.



Ein ASB-Helfer demonstriert Erste Hilfe bei einem simulierten Unfall.



Ein Baustellenunfall ist naturgetreu dargestellt.

Wer als Besucher dieser Messe am ASB-Ausstellungsgelände Halt machte, traf stets auf sachkundige Helfer, die gern bereit waren, die einzelnen Exponate zu erläutern und vorzuführen. Vier Eckpfeiler begrenzten die 800 qm große Fläche. Diese Säulen nutzte der ASB-Bundesverband, um seine Aufgaben über die Ausstellungsstücke hinaus in Text und Bild zu erklären. Alle beteiligten Mitarbeiter waren zufrieden und bestätigten ein reges Zuschauerinteresse. Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß dem ASB die Durchführung dieser Ausstellung nur durch die engagierte Mitarbeit vieler ehrenamtlicher Helfer möglich war. Martin Lehrer



Mit einer hydraulischen Hebebühne können Rollstuhlfahrer in das Behindertentaxi einsteigen.



Der komfortable Reisebus des ASB Köln bietet zwölf Rollstuhlfahrern Platz. (Fotos: ASB-Archiv)

Organspende hilft:

## Leben mit neuem Herzen



Wer heute den 23jährigen Martin Schwab auf dem Tennisplatz sieht, der wird kaum vermuten, daß der junge Spieler noch im Sommer vor zwei Jahren als Todeskandidat bezeichnet wurde, weil seine Herzleistung nur noch minimal war. Sein heute fast beschwerdefreies Leben verdankt der Würzburger Johanniter einem Spenderherz, das ihm im Deutschen Herzzentrum in Berlin transplantiert wurde.

Angefangen hat die Krankheit, die Martin Schwabs Leben verändern sollte, im Frühjahr 1985. Was zunächst wie eine Grippe aussah, entpuppte sich als Herzmuskelerkrankung, bei der sich das Herz erweitert und somit an Leistung verliert. Zum damaligen Zeitpunkt war Martin Schwab schon langjähriges Mitglied der Johanniter-Unfall-Hilfe Würzburg und jede freie Minute im Rettungsdienst und bei Sanitätsdiensten im Einsatz. Mit besonderem Engagement kümmerte er sich als Jugendgruppenleiter um seine „Kurzen“, wie er die kleinen Johanniter liebevoll nennt.

Oliver Sitko erinnert sich noch genau an die Nacht, als er und seine Kollegen auf dem Notarztwagen der JUH Dienst hatten und zu Martin Schwab gerufen wur-

den, um ihn in die Intensivstation der Universitätsklinik einzuliefern: „Es ist schon ein komisches Gefühl gewesen, einen Kollegen zu transportieren – vor allem, weil Martin ja nie vorher Probleme mit dem Herzen hatte.“

In der Folgezeit mußten Martins Kollegen mit anschauen, wie sich sein Gesundheitszustand zusehends verschlechterte. Jedesmal wenn Martin zuversichtlich aus der Klinik entlassen wurde, glaubten zwar alle, jetzt ginge es endlich aufwärts, doch die Abstände zwischen den Klinikaufenthalten wurde immer geringer.

### Die einzige Rettung

Für Martin Schwab war das eine harte Zeit, denn jegliche körperliche Anstrengung, also auch die Rettungsdiensttätigkeit, war ihm schon nach dem ersten Klinikaufenthalt verboten worden.

So wandte er sich einem anderen Aufgabenbereich in der JUH zu und absolvierte im April 1986 erfolgreich das Ausbilderseminar, um fortan Erste-Hilfe-Kurse abzuhalten.

Wie ein Schock traf es dann alle Johanniter, als es sich abzeichnete, daß für Martin als einzige Rettung die Transplantation eines Spendeorgans im Deutschen Herzzentrum Berlin in Frage kam. Doch bis ein solches gefunden war, verging noch eine lange Zeit des „Wartens und Bangens“, wie der Würzburger es heute beschreibt. Denn niemand konnte voraussehen, wann ein geeignetes Spenderherz zur Verfügung stehen würde.

### Suche nach Spenderorgan

Professor Dr. Roland Hetzer vom Herzzentrum und sein Chirurgenteam mußten deshalb

überall erreichbar sein. Eine Gemeinsamkeit hatten der berühmte deutsche Herzspezialist und Martin Schwab übrigens von Anfang an: die JUH. Prof. Dr. Roland Hetzer ist seit 17 Jahren Johanniter. Als junger Mediziner schon hatte er sich katastrophenschutzverpflichtet und war als Johanniter-Notarzt bei den verschiedensten Veranstaltungen im Einsatz.

So war Martin Schwab, als die Herztransplantation schließlich mit Erfolg durchgeführt wurde, in den „kollegialen“ Händen eines Johanniters. Nicht nur der Eingriff, auch die anschließende Genesung des jungen Sanitäters verliefen völlig problemlos. An das erste Telefonat mit Martin, der noch auf der Intensivstation lag, erinnern sich seine Kollegen Klaus Röhl und Bernd Spengler: „Nachdem er kurz erzählt hatte, daß es ihm den Umständen nach ganz gut gehe, galten seine Fragen nur noch seiner Jugendgruppe.“

Nach acht Tagen dann durfte der erste Würzburger Herztransplantierte schon wieder auf dem Heimtrainer radfahren. Nach vier Wochen bereits wurde er aus dem Berliner Herzzentrum entlassen.

### Aktiver Sportler

Keiner der 15 Johanniter, die am Wochenende nach Martins Entlassung Dienst hatten und in der Würzburger Rettungswache saßen, wird den Augenblick vergessen, als plötzlich ein Radler in den Hof einbog: Da stand Martin Schwab dann neben seinem Fahrrad, wegen der Infektionsgefahr noch mit Mundschutz um den Kopf, und tat so, als wäre das die natürlichste Sache der Welt. Schließlich wolle er „ja auch körperlich wieder belastbar werden“, erklärte er den verdutzten Kollegen.



Bei der Ausbildung.

# Praxis statt grauer Theorie

Bei den VI. Welttransplantations-Spielen in Innsbruck im Sommer 1987 war der begeisterte Sportler dann sogar wieder so fit, daß er für Deutschland die Bronzemedaille im Tennis gewann, geschlagen nur von zwei Exprofis, die mit Spendernieren leben.

Nach seiner Transplantation engagierte sich Martin Schwab auch bei der Interessengemeinschaft Herztransplantierter Deutschlands, um an seinem Beispiel zu zeigen, daß Menschen mit Spenderorganen nach der Operation genauso leistungsfähig sind wie andere Gleichaltrige. Er will die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, wie wichtig die Organspende heutzutage ist, da die Risiken dieses medizinischen Eingriffs immer geringer werden. Doch bisher sterben noch viel zu viele mögliche Herzempfänger während der Wartezeit, weil nicht genügend potentielle Spender zur Verfügung stehen.

Martin Schwab hatte Glück. Und das sogar in zweifacher Hinsicht. Durch seine Aufenthalte am Deutschen Herzzentrum entdeckte Martin seine Liebe zu dieser Stadt. So mußten die Würzburger Johanniter ihn dieser Tage schweren Herzens nach Berlin ziehen lassen. Viele verlieren nicht nur einen stets freundlichen Kollegen, sondern auch einen guten Freund.

Eines aber prophezeiten alle Johanniter der Mainfrankenmetropole: „Bald haben die Kollegen in Berlin ein aktives Mitglied mehr!“ Bernd Spengler



Der Organtransport gewährleistet schnellen Einsatz.

Ältere und pflegebedürftige Menschen waschen, Einkäufe tätigen, die Welt aus dem Rollstuhl sehen: Mit diesen Erfahrungen wurden 21 Zivildienstleistende aus dem gesamten Bundesgebiet an der Landesausbildungsstätte Baden-Württemberg in Wertheim konfrontiert. Theorie und Praxis stehen gleichberechtigt bei dieser dreiwöchigen Ausbildung in den Mobilien Sozialen Hilfsdiensten (MSHD) nebeneinander. Der Einführungslehrgang soll die Zivildienstleistenden zu einem qualifizierten Einsatz in den verschiedenen Aufgabenbereichen des MSHD befähigen, damit diese den älteren und behinderten Menschen nicht unvorbereitet gegenüberstehen. Er wurde erstmals in diesem Bereich für Zivildienstleistende JUH angeboten.

Das Konzept erstellte die Bundesgeschäftsführung in Abstimmung mit dem Dezernenten Ausbildung des Landes Baden-Württemberg, Axel Simon. Die Lehrgangsführung teilten sich Simon und Gaby Fröhlich, Sachbearbeiterin für Soziale Dienste in der Bundesgeschäftsführung.

Mobile Soziale Hilfsdienste – das heißt: Ausbildung für die Bereiche häusliche Alten- und Krankenpflege, Alten- und Behindertenhilfe, Behindertenfahrdienst. Auf dem Lehrgangsplan standen aber nicht nur die theoretische Ausbildung, sondern auch der praktische Umgang mit alten und behinderten Menschen sowie pflegerische Hilfsmaßnahmen und die hauswirtschaftliche Unterweisung.

Die Mitarbeit im Altenwohnheim im Hofgarten gehört mit zur Ausbildung: Frühstück zubereiten, alten Menschen beim Essen behilflich sein, beim Waschen helfen. Daneben begleiteten die Zivildienstleistenden auch das Aktivitätenprogramm im Wohnstift, um zu erfahren, wie man mit alten Menschen die Freizeit gestalten kann. Zum pflegerischen Bereich gehören das Bettenmachen, mögliche Hilfestellungen



Der erste Lehrgang „Mobile Soziale Hilfsdienste“ für Zivildienstleistende fand in der Landesschule Wertheim in Baden-Württemberg statt.



Die vermittelten Lerninhalte wurden von den Zivildienstleistenden praktisch umgesetzt.

beim Aufstehen, das An- und Ausziehen und die Handhabung der Bettpfanne.

An den Rollstuhl gefesselt: Auch diese Erfahrung wird nicht nur theoretisch abgehandelt. Die jungen Zivildienstleistenden setzten sich selbst in den Rollstuhl, erlebten die Welt aus der Sicht der Behinderten, die sich in ihrem Gefährt oft unüberwindlichen Hindernissen gegenübersehen. Wie hebt man einen Behinderten aus dem Rollstuhl? In der praktischen Übung simulieren die Zivis den Umgang mit Behinderten, reagieren ängstlich, wenn sie

im Rollstuhl sitzend von ihren Kollegen eine Treppe hinuntergehievt werden und es ein wenig schaukelt. Durch solch eigenes Erleben soll den Zivildienstleistenden die eigene Situation der Hilfsbedürftigen nähergebracht werden.

Welche Formen und Ursachen für Behinderungen gibt es? Was geht in alten Menschen vor? Weshalb reagieren sie in einer bestimmten Art und Weise? Themen in Hülle und Fülle, die in Vorträgen, Diskussionen und Filmen mit den jungen Zivis aufgearbeitet werden, um Verständnis und Ein-



fühlungsvermögen für die Probleme der Betroffenen zu wecken.

Auch das Thema AIDS darf nicht ausgespart werden, denn die Betreuung von AIDS-Kranken wird in Zukunft einen noch größeren Raum einnehmen. Dabei müssen verstärkt die psychischen Faktoren ins Blickfeld rücken, sowohl hinsichtlich der seelischen Belastung der Kranken selbst als auch der ihrer Helfer, für die es erhebliche Barrieren gegenüber dieser speziellen Krankheit abzubauen gilt. msk

Auch der Umgang mit dem Rollstuhl muß gelernt werden.

## Johanniter-Reise nach Moskau

**90 Johanniter fuhren unlängst für fünf Tage nach Moskau. Die Unterbringung erfolgte im großen Hotel „Rossija“ – mit „nur“ 6 000 Betten – direkt am Roten Platz. Die Zeit verging wie im Fluge.**

Neben Stadtrundfahrt, Besichtigung des Kreml und einiger sehr schöner Metro-Stationen, Aufführung des Moskauer Staatszirkusses, Besuch des Ikonenmuseums und vielen anderen sehr interessanten Sehenswürdigkeiten fand auch ein Fachbesuch bei der Zentrale des Krankentransport- und Rettungsdienstes für Moskau statt.

Nachdem der stellvertretende Bundesgeschäftsführer der JUH, Wilfried Voigt, sich für dieses Treffen bedankt hatte, gab er einen kurzen Überblick über Aufgaben und Organisation der Johanniter. Danach wurde ein Überblick über die Moskauer Nothilfeorganisation gegeben: Es werden 2 500 Ärzte und Hilfskräfte beschäftigt. Täglich werden in Moskau mehr als 1 000 Einsätze durchgeführt. Die Fahrzeugbesetzungen bestehen aus einem Arzt und zwei Hilfskräften. Interessant war, daß bei einer Einwohnerzahl von fast neun Millionen täglich nur 15 bis 20 Autounfälle mit Verletzten passieren.

Gesteuert wird die Nothilfe durch eine zentrale Einsatzleitung, der ein zentraler Bettennachweis angeschlossen ist. Für diesen ist eine Datenverarbeitungsanlage eingesetzt. Die Einsatzleitung für die Nothilfe soll

künftig auch mit einem Rechenzentrum ausgestattet werden.

Die Anforderungen gehen bei einer Zentrale ein und werden auf 40 Rettungswagen verteilt.

Es ist sichergestellt, daß die Nothilfefahrzeuge in ca. 15 bis 20 Minuten nach Alarmierung ihren Einsatzort erreichen. In der zentralen Einsatzleitung steht immer ein Arzt zur Verfügung, der an den Entscheidungen über den Einsatz von Fahrzeugen beteiligt wird. Hausärzte wie bei uns in der Bundesrepublik Deutschland gibt es in Moskau zur Zeit noch nicht, aber im Rahmen der Umgestaltung ist vorgesehen, daß Ärzte künftig auch Privatpraxen eröffnen können.



Die Moskauer Rettungsfahrzeuge sind mit einem Arzt und zwei Hilfskräften besetzt.

## Ein erfolgreiches Jahr

Mit diesem Jahresbericht gibt der Malteser-Hilfsdienst Rechenschaft über seine Arbeit im zurückliegenden Jahr. Der Bericht soll aber auch Tendenzen und Entwicklungen aufzeigen, sowie das, was geplant ist.

Als Resümee läßt sich feststellen, daß 1987 insgesamt betrachtet ein erfolgreiches Jahr für die Malteser war. Nicht, daß sich Spektakuläres ereignet hätte. Dafür gibt der Dienst am und für den Menschen im allgemeinen nichts her. Dieser Dienst geschieht im Stillen, ohne große Schlagzeilen in den Medien. Wenn dennoch von einem erfolgreichen Jahr die Rede sein kann, so allein deswegen, weil die zahlreichen und vielfältigen Dienste bundesweit fortgesetzt, bestehende Dienste ausgebaut, neue begonnen werden konnten. Nicht zuletzt aber auch deswegen, weil erneut viele Mitglieder, ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter und Zivildienstleistende bereit waren, sich in der Dienstgemeinschaft der Malteser für den hilfebedürftigen Nächsten zu engagieren.

1987 war kein Jahr des Stillstands. Einiges wurde in Gang gebracht, nach innen und außen. Erinnerung sei an die von der Bundesversammlung im September 1987 verabschiedete Resolution zur Verbesserung des Katastrophenschutzes.

Die Satzung, der Leitfaden (Teil B) und die Jugendordnung wurden neu gefaßt, um dem MHD und seiner Jugendorganisation in Anpassung an eingetretene Entwicklungen ein effizienteres Strukturgefüge zu verleihen. Eine der wesentlichen Neuerungen stellt die Einführung eines kollegialen Führungsgremiums auf Ortsebene dar. Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, daß die heutige Größenordnung vieler Gliederungen es nicht mehr zuläßt, deren Wohl und Wehe allein dem Ortsbeauftragten aufzubür-

den. Ortsleitungen überall dort zu installieren, wo es ihrer bedarf, wird innerverbandlich in diesem Jahr eine der Hauptaufgaben sein.

Die Novellierung der Jugendordnung hatte zur erfreulichen Folge, daß die Malteser-Jugend im Oktober 1987 die staatliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe auf Bundesebene erhielt.

Die Zunahme des Anteils alter Menschen in unserer Gesellschaft wird dazu führen, daß schon in den nächsten Jahren die Zahl der Hilfebedürftigen rapide anwachsen wird. Der MHD will dieser Situation und anderen „neuen Nöten“ durch einen verstärkten Ausbau seiner ambulanten Sozialen Dienste begegnen.

Um die gesteckten Ziele erreichen zu können, braucht der Malteser-Hilfsdienst auch in Zukunft Förderer und Freunde, die ihm finanziell und ideell zur Seite stehen. Noch mehr aber ist er auf die Bereitschaft von Menschen angewiesen, die sich aktiv in seinen Diensten engagieren. Allen Mitgliedern für ihre aktive Mitarbeit und ihre Unterstützung im zurückliegenden Jahr von Herzen zu danken, aber auch unserer Kirche, der Caritas, den Bundes- und Landesministerien, den Behörden und Kommunalverwaltungen für ihre verständnisvolle Förderung unserer Arbeit Dank zu sagen, ist mir ein besonderes Anliegen.

*Dieter Graf Landsberg-Velen,  
Präsident des Malteser-Hilfsdienstes.*

### 1. Organisationsdaten:

#### 1. Organisationsgliederungen/ Dienststellen:

Diözesan- und gleichgeordnete Regionalgliederungen (Bremen, Hamburg/Schleswig-Holstein, Oldenburg):	25
Orts- und Kreisebene:	585
davon hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen:	110
Dienststellen:	52

#### 2. Mitglieder und Gruppen:

Ordentliche Mitglieder:	73.512	(+ 2.903)
davon aktive:	45.428	(+ 623)
Außerordentliche Mitglieder:	340.825	(+ 51.084)
insgesamt:	414.337	(+ 53.987)

Aktive Helfer, die in Gruppen mitarbeiten:	31.158	(+ 1.553)
Helfer:	21.404	
Helferinnen:	9.754	
Helfergruppen insgesamt:	2.272	

Züge:	321
Bereitschaften:	46
Katastrophenschutz-Einheiten nach Bundes- oder Landesrecht anerkannt:	464

Vom Wehrdienst freigestellte Helfer nach § 8 (2) des KatS-Gesetzes:	8.534
---	-------

### 3. Hauptamtliche Mitarbeiter:

	1987	1986	+/-
Hauptamtliche Mitarbeiter:	1.117	1.069	+ 48
Vollzeitbeschäftigte:	950	963	- 13
Teilzeitbeschäftigte:	167	106	+ 61
tätig in Ausbildung, Sozialen Diensten, Rettungsdienst, Katastrophenschutz u.a.m.:	783	765	+ 18
tätig in der Verwaltung:	334	304	+ 30
Geringfügig beschäftigte Mitarbeiter:	1.440	1.302	+138
tätig in Ausbildung, Sozialen Diensten, Rettungsdienst, Katastrophenschutz u.a.m.	1.110	948	+152
tätig in der Verwaltung:	340	354	- 14
Insgesamt Beschäftigte:	2.557	2.371	+186

### 4. Zivildienstleistende:

	1987	1986	+/-
Zivildienststellen:	214	195	+ 19
Zivildienstplätze:	2.450	2.159	+291
Zivildienstleistende:	2.087	1.858	+229
davon eingesetzt im			
Rettungsdienst/ Kranken- transport:	1.207	1.070	+137
Pflegehilfs-/ Betreuungs- dienst:	827	766	+ 61
Mobilen Sozialen Hilfsdienst:	295	231	+ 64

## II. Ausbildungen: Neue Ansätze

### 1. Erste Hilfe: Weniger Teilnehmer – mehr Lehrgänge

1987 nahmen im Vergleich zum Vorjahr 1725 Personen weniger an den Erste-Hilfe-Ausbildungen, die vom Bund finanziell gefördert werden, teil.

Bemerkenswert ist, daß sich die Zahl der Teilnehmer an den einzelnen Kursen im Durchschnitt verringerte. Nur durch ein vermehrtes Lehrgangsangebot konnte der Rückgang relativ gering gehalten werden.

Die Zahl der Ausbildungen in Herz-Lungen-Wiederbelebung (HLW) konnte auf 2814 Teilnehmer (+ 25,94 % gegenüber 1986) gesteigert werden. Im Frühjahr 1988 startete der Malteser-Hilfsdienst eine bundesweite HLW-Ausbildungsaktion, die in der Öffentlichkeit reges Interesse findet.

### Weitere Ausbildungen

Bund	1986	1987	+/-	+/- %
Helfer	9.575	7.374	-2.201	-22,98
Aus- bilder	467	510	+ 43	+ 9,2
Aus- bilder- Fortbil- dungen	961	761	- 200	-20,8

### 2. Sofortmaßnahmen am Unfallort: Weiter rückläufig

Das Ausbildungsergebnis in Sofortmaßnahmen am Unfallort (SMU) weist eine weiterhin fallende Kurve auf; eine Entwicklung, die verschiedene Gründe hat (z. B. Erste-Hilfe-Kurse in den Schulen, weniger Führerscheinbewerber).

Eine Arbeitsgruppe der Hilfsorganisationen hat 1987 damit begonnen, ein neues Ausbildungskonzept „lebensrettende Sofortmaßnahmen“ zu erstellen, das sich stärker am tatsächlichen Bedarf der Zielgruppen orientieren wird. Es ist vorgesehen, die Herz-Lungen-Wiederbelebung in diese Ausbildung zu integrieren.

### 3. Schwesternhelferinnen-Programm: Dezentralisierung greift

Mit 6051 Schwesternhelferinnen (SH) konnte das Ausbildungsergebnis des Vorjahres (1986 = 6443) nicht ganz erreicht werden. Insbesondere in den Großstädten und Ballungsgebieten ließ das Interesse an der SH-Ausbildung stark nach. Dagegen fanden im ländlichen Raum die von ehrenamtlichen SH-Referenten/innen auf Ortsebene organisierten Ausbildungslehrgänge großen Zuspruch.

Das Fortbildungsergebnis für Schwesternhelferinnen konnte gegenüber 1986 auf insgesamt 11719 Teilnehmerinnen gesteigert werden.

### 4. Pflegediensthelfer: Weniger attraktiv?

Auch die Zahl an Ausbildungen zu Pflegedienst Helfern war mit 404 Personen (1986: 754) rückläufig. Dieser Entwicklung wird in den nächsten Jahren entgegenzuwirken sein.

### 5. Altenhilfe: Wachsende Bedeutung

An den Lehrgängen zu Altenhelfern/innen, welche in Theorie und Praxis 240 Stunden umfassen, nahmen insgesamt 413 Personen (1986: 442) erfolgreich teil. Das Fortbildungsangebot (dreimal jährlich à 8 Std.) wurde von 880 Helfern/innen (1986 = 361) wahrgenommen.

### 6. Häusliche Krankenpflege/ Säuglingspflege

2222 Personen (1986 = 1713) absolvierten die 12 Stunden umfassenden Kurzlehrgänge in häuslicher Krankenpflege, die im Auftrag bzw. in Zusammenarbeit mit den Caritasverbänden durchgeführt werden.

Im Bereich der Säuglingspflege-Ausbildung ergab sich folgendes Ergebnis: 1987 wurden 300 Personen ausgebildet (1986 = 230).

### 7. Einführungslehrgänge für Zivildienstleistende

In 83 mehrwöchigen Einführungslehrgängen wurden insgesamt 1994 Zivildienstleistende (ZDL) geschult. Gegenüber dem Vorjahr (81 Kurse bei 1962 Teilnehmern) konnte somit eine leichte Steigerung verzeichnet werden.

ZDL im/in der	Kurse	Teilnehmer
Pflegedienst	27	663
Altenpflegehilfe	6	152
Behinderten- fahrdienst	11	244
Behinderten- arbeit	12	282
Rettungsdienst/ Krankentransport	27	653
Insgesamt	83	1.994

### 8. Zentrale Schulungen: Angebot ausgeweitet

Die Zentralen Schulung führten im Berichtszeitraum 14 zentrale Ausbilderlehrgänge mit 247 Teilnehmer/innen und 4 Aufbau- und Abschlußlehrgänge mit 89 Teilnehmer/innen sowie für Rettungssanitäter 8 Rettungshelfer-Lehrgänge mit 200 Teilnehmern durch.

In 17 dezentralen Ausbilderlehrgängen wurden weitere 267 Mitglieder zu Ausbildern/innen für Erste Hilfe und Sofortmaßnahmen am Unfallort qualifiziert.

Aus- und Fortbildungsangebote nahmen 1987 einen breiten Raum ein. So fanden allein 6 Modellseminare zur kooperativen Führung und zu neuen didaktischen Ansätzen in der Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren statt.

Die Rolle von Ausbildern als Lernmoderatoren wurde in der Weiterentwicklung der Konzeption „Ausbilderschulungen“ mit Erfolg erprobt. Teilnehmermotivation und Unterrichtserfolg konnten gemäß der Auswertung der Rückmeldebögen durch das Konzept des kooperativen Lernens und Führens wesentlich gesteigert werden. Streßbewältigung in Ausbildungs- und Einsatzsituationen, die Begleitung von Helfern und Patienten aus psychologischer Sicht, Angst als Lernbarriere in der Ersten Hilfe und Methoden der Erwachsenenbildung waren in diesem Bereich Schwerpunktthemen.

Im August 1987 fand ein Modell-Lehrgang „Zivildienst in der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung“ in Kooperation mit dem Deutschen Caritasverband statt. Ferner wurden Seminarkonzepte zum Einsatzfeld „ZDL in der Psychiatrie“ entwickelt.

Diese Ausbildungsangebote, Fach- und Informationstagungen sowie Arbeitskreissitzungen für ehren- und hauptamtliche Führungskräfte wurden in 55 Veranstaltungen mit insgesamt 1230 Teilnehmern durchgeführt (1986: 46 Veranstaltungen mit 936 Teilnehmern).

Sanitätsdienst			
	1986	1987	+/- %
Dienst- stunden	1.283.669	956.965	-24,5%
Hilfelei- stungen	92.578	97.053	+ 4,8%
Zahl der Einsätze	39.809	31.626	-20,6%

(Fortsetzung folgt)



Der Ausbildung wird große Bedeutung beigemessen.



Der MHD verfügt für alle Aufgaben über die richtigen Fahrzeuge.

(Fotos: Sers)

## Forderungen der Feuerwehren an den Bundesinnenminister

Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes  
am 27./28. 5. 1988

Die 36. Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes am 27./28. Mai 1988 in Hannover stand ganz im Zeichen einer Reihe von grundsätzlichen Forderungen an das Bundesinnenministerium. So wurde Bundesinnenminister Dr. Zimmermann vom Präsidenten des DFV, Hinrich Struve, in der Öffentlichkeit aufgefordert, dem DFV-Vorstand und damit den 1,2 Millionen Aktiven der Feuerwehren nun baldigst einen Gesprächstermin anzubieten, worauf schon rund ein Jahr gewartet wird. Bei keinem früheren Bundesinnenminister

sei dem Deutschen Feuerwehrverband eine solche Mißachtung widerfahren: Der anwesende Parlamentarische Staatssekretär Dr. Waffenschmidt wurde vom Präsidenten gebeten, seinem Minister dieses auszurichten. Eine weitere Forderung an das BMI war, nun endlich davon abzusehen, der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zu Lasten der öffentlichen Feuerwehren durch gesetzliche Regelungen neue friedenszeitliche Aufgaben aus dem Einsatzbereich der Feuerwehren verschaffen zu wollen. Vorstand und Präsidium hatten in ihren Tagungen

am Vortrag nochmals einstimmig die in diesem Zusammenhang vom DFV im Januar des Jahres gefaßte Resolution als notwendig und richtig bekräftigt und klargestellt, daß dieses eine übereinstimmende Auffassung aller Verbandsorgane und damit aller Landesfeuerwehrverbände sei und nicht nur die Ansicht der Bundesgeschäftsstelle oder „einer weniger“ im Verband, wie es unwahrscheinlich von Dritten außerhalb des Verbandes in letzter Zeit versucht wird so darzustellen. Es werde diesen Kräften nicht gelingen, einen Keil in die

Verbandsorgane und Geschäftsstellen zu treiben. Staatssekretär Dr. Waffenschmidt sagte der Delegiertenversammlung Klärung dieser Fragen zu. Nach seinen Vorstellungen werde es keine gesetzlichen Regelungen gegen die Feuerwehren geben (Anmerkung: Der neueste Gesetzentwurf vom 25. 4. 1988 sieht aber anders aus) und künftig erhalte der DFV-Vorstand mindestens einmal jährlich einen Gesprächstermin mit dem Minister und seinen Staatssekretären.

## Leistungsbilanz des DFV und Kritik am Bund

**Präsident Struve erstattete der 36. Delegiertenversammlung des DFV am 27./28. Mai 1988 in Hannover seinen Tätigkeitsbericht, erhob aber auch Forderungen an das Bundesinnenministerium:**

*Die Fachausschüsse haben in ihren Sitzungen entsprechend den Themenvorgaben wertvolle Arbeit für uns alle geleistet. Dabei ist die Belastung der einzelnen Fachausschüsse sehr unterschiedlich. Allen Mitarbeitern gilt mein uneingeschränkter Dank für die ehrenamtlich übernommene Aufgabe, die mit viel Zeitaufwand verbunden ist, denn die Aktivität beschränkt sich ja nicht nur auf die Sitzungen, sondern viel Zeit muß bei der Vorbereitung und den abschließenden Arbeiten aufgewendet werden.*

*Nachfolgend die wichtigsten in den einzelnen Fachausschüssen behandelten Themen:*

### FA „Öffentlichkeitsarbeit“

Erstellung einer Broschüre, die Einblick in die Aufgabenbereiche der Feuerwehren gibt (hier von wurden mehr als 20 000 Exemplare durch die Feuerwehren bezogen).

Zur INTERSCHUTZ wurde ein Faltblatt erstellt. In der Präsidiumssitzung 1987 in Bosen wurde uns auf Anregung des Fachausschusses ein Vortrag über die Wichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit vermittelt, des weiteren Erstellung von Hilfen zur Durchführung von Medienarbeit in den Feuerwehren,

### FA „Katastrophenschutz“

Einer der Fachausschüsse mit den schwierigsten Aufgaben. Erarbeitung von Stellungnahmen zur Beratung in den Verbandsorganen, zur Störfallverordnung, Strahlenschutz, Zivilschutzgesetzgebung, Verbesserung der Lei-

stungsfähigkeit des Katastrophenschutzes, Aufgabenabgrenzung Feuerwehr/THW, Arrondierungsprogramm des Erweiterten Katastrophenschutzes.

Allein diese Aufzählung verdeutlicht schon, welcher Umfang von Gesetzesentwürfen, Richtlinien etc. bearbeitet werden muß. Dabei fällt mir auf, daß die Vorlagen für die Stellungnahmen gerade seitens des Bundes so umfangreich sind, daß sie den Ehrenamtlichen schon von der Zeit her überfordern und man beim Bund nicht bereit ist, in der Terminsetzung die Strukturen der vorwiegend ehrenamtlich arbeitenden Organisationen zu berücksichtigen. Letztendlich sollen diese aber die Gesetze, Erlasse und Richtlinien ausfüllen.

**Deshalb ist es wohl kein unbilliges Verlangen, wenn ich erneut darauf hinweise, daß es unzumutbar und fast schon eine Provokation ist, wenn man verlangt, daß wir**

**zu Entwürfen, an denen in der Ministerialbürokratie mehr als 1 Jahr gearbeitet wurde, innerhalb von 4 Wochen und weniger Stellung zu nehmen haben.**

Ich appelliere deshalb auch an Sie, meine Herren, als Gewählte und Verantwortliche, für eine praktikable und den Gegebenheiten entsprechende Lösung zu sorgen.

### FA „Frauenarbeit“

Daß Frauen in den Feuerwehren neben den Männern ihre Aufgaben versehen, ist zumindest im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren und insbesondere bei den Jugendfeuerwehren nichts Außergewöhnliches mehr. Vielerorts ist vor allem in Pendlergemeinden der Feuerwehreinsatz oft nur dadurch gewährleistet, weil Frauen aktive Mitglieder in den Wehren sind. Themen der Facharbeit sind: Brandschutzauf-

klärung und -erziehung, Frauen in der Berufsfeuerwehr, Übernahme von Mädchen aus der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung, Dienstbekleidung, Öffentlichkeitsarbeit.

### **FA „Sozialwesen“**

Die Mitglieder der Feuerwehr haben ein Anrecht darauf, daß sie und ihre Familien im Falle eines Unfalles abgesichert sind. Gleich wichtig sind die Vorsorgemaßnahmen, damit es möglichst gar nicht erst zu einem Unfall, zu einer Berufsunfähigkeit oder gar zu einem Todesfall kommt. Darauf ausgerichtet ist die Arbeit im Fachausschuß: Ausbildungskonzept für die Sicherheitsbeauftragten, UVV-Feuerwehren und deren Geltungsbereiche, Erstellung von Merkblättern, Einsatzgefahren, Gefährdungen, die durch AIDS beim Einsatz auf die Feuerwehraktivisten zukommen können, Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen, Mehrleistungen, Hinterbliebenenversorgung.

### **FA „Ausbildung“**

„Wer helfen will, muß helfen können.“ Dazu bedarf es einer Ausbildung, die möglichst umfassend den Aktiven der Feuerwehr auf den Einsatz, gleich welcher Art, vorbereitet. Zum Arbeitsbereich gehören: Erarbeitung und Überarbeitung von Feuerwehrdienstvorschriften, Aus- und Fortbildung in den Freiwilligen Feuerwehren, Ausbildung Kraftfahrer im Bereiche des Katastrophenschutzes, Ausbildung von Führungspersonal für die technische Einsatzleitung, sportliches Training.

### **FA „Einsatz“**

In den vergangenen Jahren haben sich die Gefahren, denen die Feuerwehren bei Einsätzen gegenüberstehen, gewandelt. Fast bei jedem Brandeinsatz und vor allem bei Einsätzen nach Unfällen von Transportfahrzeugen ist mit dem Freiwerden von für den Menschen und für die Umwelt gefährlichen Stoffen zu rechnen. Hierauf gilt es sich einzustellen. In den Tagungen nimmt das Thema „Gefährliche Stoffe“ einen breiten Raum ein: Aufgaben im Strahlenschutz (Ausrüstung u.

Ausbildung), Atemschutz im Feuerwehrdienst, Weiterentwicklung des Feuerwehreinsatzwesens, Geräteprüfordnung und moderne Kommunikation (BTX, Telefax etc.) waren weitere Themen der Tagungen.

### **FA „Vorbeugender Brandschutz“**

Wie heißt es so schön: „Vorbeugen ist besser als heilen.“ In Kreisen der Versicherungswirtschaft hört es sich dann so an: „Schäden verhüten ist besser als Schäden vergüten.“ Dem vorbeugenden Brandschutz und in den letzten Jahren auch dem vorbeugenden Umweltschutz wird in den Feuerwehren besondere Bedeutung beigemessen. Große Schadensereignisse veranlassen ein Überdenken der bisherigen Vorsorgemaßnahmen. Umweltgefährdung durch Brände, durch Transportunfälle mit gefährlichen Stoffen oder durch abfließendes Löschwasser waren ebenso Beratungspunkte wie die Brandverhütungsschau, verkehrsberuhigte Zonen (Einengung der Fahrbahn), Störfallverordnung, Brandmeldeanlagen.

### **FA „Gesundheitswesen und Rettungsdienst“**

Ein Drittel aller Rettungsdiensttätigkeiten (Notfall- und Krankentransporte) in der Bundesrepublik werden durch die Feuerwehren wahrgenommen, in den meisten Ländern vorrangig durch die Berufsfeuerwehren, im Lande Nordrhein-Westfalen auch durch die Freiwilligen Feuerwehren. Das Rettungsdienstgesetz zur Erschaffung eines Berufsbildes hat gerade in den Teilbereichen Ausbildungsumfang und Prüfordnung den Fachausschuß gefordert, ebenso das Personenbeförderungsgesetz und das Gesundheitsreformgesetz. Hier muß ein Weg gefunden werden, die erwiesenermaßen vorhandene Qualität im Rettungsdienst zu erhalten, wenn möglich, noch zu verbessern unter der Gewährleistung, daß auch in der Zukunft es ausbildungsmäßig vom Zeitaufwand her auch noch ehrenamtlichen Kräften möglich ist, mitzuwirken. Übungsvorschriften, Atemschutzstrecke, Normenentwürfe waren neben anderen wei-

tere Themen des Fachausschusses.

### **FA „Technik“**

Der immer stärker werdende Einsatz von elektronischen Bauteilen hat ein Umdenken in der Herstellung und Anwendung gefordert. Die Frage, ob die vorhandene Feuerwehrfahrzeuggeneration und -ausrüstung den Erfordernissen der nächsten Jahrzehnte entspricht, beschäftigt sicherlich nicht nur den Ausschuß Technik. Die INTERSCHUTZ 88 wird uns Denkanstöße geben können. Der Fachausschuß Technik, in dem auch der Arbeitskreis „Fernmeldewesen“ integriert ist, hat sich mit folgendem zu beschäftigen: Weiterentwicklung des Feuerwehreinsatzwesens einschl. technischer Einsatzmittel, Schlauchkraftwagen im LZ-W (Bundesausstattung), UVV-Leitern und Tritte, UVV-Hebebühnen, Gerätewagen, Gefahrgutwagen, Tragkraftspritzenfahrzeug. Speziell vom Bereich Fernmeldewesen: moderne Kommunikationsmittel, Frequenzuteilungen, Fernmelderichtlinien.

### **FA „Jugendarbeit“**

Dieser Ausschuß ist identisch mit dem deutschen Jugendfeuerwehrausschuß. Es versteht sich von selbst, daß hier vorrangig Themen beraten werden, die sich mit den Aufgaben der Jugend vor Ort, auf Bundes- und internationaler Ebene befassen. Dies sind: Leistungsspanne und Bundeswettkampf, Mädchen in der Jugendfeuerwehr, Medienarbeit, Bildungsarbeit und Jugendfeuerwehribel, Öffentlichkeitsarbeit und Umweltschutz, Hilfe für die Dritte Welt, Vorbereitung für den Deutschen Feuerwehrtag 1990.

### **FA „Wettbewerbe“**

Um ihre Leistungen mit anderen vergleichen zu können, führen die Feuerwehren auf Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesebene Wettbewerbe durch. Diese Wettbewerbe dienen der Ausbildung, tragen aber auch zum Kennenlernen und damit zur Verständigung bei. Die Leistungsbeurteilung sind inzwischen fester Bestandteil bei Veranstaltungen der Länder. Da zu verschiedenen Zei-

ten in den einzelnen Ländern mit den Bewerbungen begonnen wurde, ist es verständlich, daß diese sich von Land zu Land unterscheiden. Seit einiger Zeit ist der Fachausschuß bemüht, Richtlinien für einen bundeseinheitlichen Wettkampf zu erarbeiten in der Hoffnung, daß dieser eine Chance zur Einführung hat. Die Mitgliedsnationen des CTIF, dieses sind 34 Staaten, führen einen einheitlichen Wettkampf durch, den man ggf. als „Bundeswettkampf“ übernehmen will. Die Vorbereitungsarbeit für die 1988 in Hannover stattfindende Bundesausscheidung erfolgte auf den Sitzungen, ebenso wie die Vorbereitung für den 1989 in Warschau/Polen stattfindenden „Internationalen Feuerwehrwettkampf des CTIF“. Viele Mannschaften nehmen auch an Wettkämpfen der Nachbarländer teil. Auch hierfür gilt es entsprechende Regelungen und Bewertungen zu treffen.

### **FA „Musik“**

Man erkennt sehr schnell den hohen Stellenwert, den die Musik- und Spielmannszüge in der Feuerwehr haben, wenn man weiß, daß über 30 000 Mitglieder in den 1 336 musiktreibenden Zügen musizieren. Sie tragen dazu bei, das gesellschaftspolitische Bild der Feuerwehren mit zu prägen. Es gibt kaum eine bedeutende Veranstaltung in unserem Ort, an denen der musikalische Rahmen nicht von der Feuerwehr gegeben wird. Dadurch, daß der DFV der „Bundesvereinigung Deutscher Blas- und Volksmusik-Verbände“ beigetreten ist, haben wir eine verbesserte Informations- und Ausbildungsmöglichkeit geschaffen. Neben musikspezifischen Themen trifft der Fachausschuß zur Zeit die Vorbereitungen für das 1990 aus Anlaß des Deutschen Feuerwehrtages in Friedrichshafen stattfindende Bundeswertungsspielen.

### **Überblick**

Mit diesem Überblick habe ich Ihnen einen kurzen Abriss über die vielfältige Tätigkeit der Fachausschüsse im DFV gegeben. Sie werden hierbei festgestellt haben, daß manche Themen von mehreren Ausschüssen, da sie übergreifend sind, behandelt

wurden. Hier ist es die Aufgabe des Vorstandes, zu koordinieren.

### Zusammenarbeit

Der Deutsche Feuerwehrverband arbeitet mit anderen Verbänden, Institutionen, den Bundes und Landesdienststellen und -behörden eng zusammen. Diese Arbeit wird zum größten Teil durch Entsendung von Mitgliedern aus den entsprechenden Fachausschüssen geleistet. Deshalb noch einmal meinen Dank an alle, die durch ihre Bereitschaft die vielfältige Arbeit des DFV un-

terstützen. In diesen Dank möchte ich besonders die Vorsitzenden und Vorstände der Mitgliedsverbände und nicht zuletzt die Vizepräsidenten, die ihre Arbeit ebenso wie alle anderen ehrenamtlich verrichten, einschließen.

### Kontakte des Präsidenten

Die Haltung von Verbindungen und Kontakten auf Landes- und Bundesebene ist mit einer der Aufgaben des Präsidenten. Ich versuche, die Meinung vor Ort zu hören, in den einzelnen Sitzungen mir die Probleme anzuhören, um

sie dann in die Arbeit des Deutschen Feuerwehrverbandes einfließen zu lassen. Dazu gehören die Gespräche in den Kommunen, auf Länderebene, in den Ministerien, aber nicht zuletzt die Gespräche mit den verantwortlich gewählten Politikern.

### Museum

Als nächste große Veranstaltung steht am 11. Juni 88 die Eröffnung des Deutschen Feuerwehr-Museums in Fulda bevor. Mit unendlich viel Mühe, Arbeit und Fleiß der Feuerwehr, aber

auch durch die Hilfe des Landes Hessen, der Stadt Fulda, des Landkreises Fulda, des Bundes und der Bundesländer konnte dieses Museum verwirklicht werden. Ich hoffe, daß dies eine Stätte nicht nur der Technik werden wird, sondern auch eine Stätte der Begegnung.

### Zivilschutzgesetz

Lassen Sie mich zu zwei Problemkreisen, die bei den Fachausschüssen nur kurz gestreift wurden, noch einige Ausführungen machen.

## Wird Katastrophenschutz vor einer Behördenkatastrophe bewahrt?

Seit etwa 10 Jahren wird beim Bund an dem Zivilschutzgesetz gearbeitet. Wollte man zuerst ein gänzlich neues, so wird zur Zeit an eine Überarbeitung von Teilbereichen gedacht. Es ist sicher wichtig, daß auch ein solches Gesetz der veränderten Zeit angepaßt wird. Der DFV hat zu allen Zeiten seine Vorstellungen in fundierten Ausarbeitungen kundgetan, und war nicht nur zur Zusammenarbeit mit allen Stellen bereit, sondern hat in vielen Fällen zu tragbaren Kompromissen beigetragen.

Die Feuerwehren, und das sind Aussagen von Verantwortlichen auf Länder- und Bundesebene aller politischen Richtungen waren und sind das Rückgrat des Zivil- und Katastrophenschutzes und werden es bleiben.

**Schon deshalb kann nicht Platz greifen, daß man Teile aus unseren Stellungnahmen, die in Abstimmung mit den Landesfeuerwehrverbänden erarbeitet wurden, beim Bund unberücksichtigt läßt, ja so behandelt, als ob sie gar nicht gegeben wären.** Derjenige, der vor Ort zum Wohle der Allgemeinheit tagtäglich seinen Dienst versieht, hat ein Anrecht darauf, daß er nicht nur gehört wird, sondern daß seine berechtigten Forderungen Berücksichtigung finden. Ich habe mitunter den Eindruck, als ob man in bestimmten Kreisen der Meinung ist, Katastrophen werden nicht durch den sich engagierenden Menschen bekämpft, sondern daß es hierzu genügt, um-

fangreiche Gesetze, Erlasse und Richtlinien zu schaffen. Daß dem nicht so ist, haben die letzten Großschadensereignisse mit aller Deutlichkeit gezeigt.

### Methoden des Bundes

Der DFV hat sich veranlaßt gesehen, Ende Januar 1988 eine Resolution zur Aufgabenabgrenzung zwischen Feuerwehr und THW zu beschließen. Die Reaktionen hierauf zeigen uns, daß wir hier ein Problemgebiet berührt haben. **Um es noch einmal deutlich zu sagen, uns ging es nicht darum, den ehrenamtlichen Helfer des THW anzugreifen.** Wir alle stehen genug in der Praxis, wir alle wissen, wie es vor Ort aussieht. Uns ging es darum, aufzuzeigen, mit welchen Methoden, trotz anderer Verlautbarung, vom Bund Tatsachen geschaffen werden sollen, die im Verlaufe der nächsten Jahre zum Schaden der Feuerwehren führen.

### Nicht der Wahrheit

Wenn in einem Schreiben des Herrn Bundesinnenministers uns steht, wir wollten eine Aufgabengrenzung zu Lasten des THW, dann entspricht dieses schlichtweg nicht der Wahrheit! Von uns ist seit vielen Jahren, und dies schon unter meinem Amtsvorgänger, eine Aufgabengrenzung angestrebt worden. Wenn dann auch noch der Vorsitzende der „Vereinigung der Helfer und Förderer des THW“ in Baden-Württemberg, Herr Werner, Ulm (MdB), schreibt: „Wenn heute bei den Feuerwehren weniger als 20 % der Einsätze nur noch Brandeinsätze sind, ist es zwar verständlich, daß die Feuerwehren nach neuen Betätigungsfeldern suchen...“, frage ich mich, wo Herr Werner denn lebt.

Seit vielen Jahrzehnten ist die technische Hilfeleistung eine Pflichtaufgabe nach den dafür zuständigen Landesgesetzen der Feuerwehren. Hinter dem Wort „technische Hilfeleistung“ verbergen sich auch die Einsätze im Umweltschutz, Gewässerschutz, Wasserrettung und Sturmeinsätze, eben alle Gefahren, die von unseren Mitbürgern abgewendet werden müssen, um auch dieses noch wieder anzuführen, auch die Rettung der Katze oder des Kanarienvogels aus dem Baum. Dieses müßte Herrn Werner, der CDU-Abgeordneter des Deutschen Bundestages ist, zur Genüge bekannt sein. Dieses mag als Beispiel für mehrere unsachliche Gegenargumente stehen.

**Wir erwarten ...** Der DFV hat nicht nur seine Gesprächsbereitschaft bekundet, sondern zwischenzeitlich (April 1988) fand zwischen Führungskräften des THW und des DFV ein Gespräch statt, ein weiteres ist terminiert. Wir erwarten, zumal der Herr Bundesinnenminister diese Gespräche ausdrücklich befürwortet, daß Ergebnisse daraus auch ihren Niederschlag in der anstehenden Gesetzgebung des Bundes finden.

### Minister ohne Zeit

Unverständlich ist sicher nicht nur mir, daß im Laufe eines Jahres seitens des Herrn Bundesinnenministers Dr. Zimmermann kein Termin zu einem Gespräch mit dem Vorstand des DFV eingeräumt werden konnte. Die mehr als 1 Million aktiven Bürger, Bürger in den Reihen der Feuerwehren, können erwarten, daß trotz sicherlich erheblicher Terminschwierigkeiten des Herrn Innenministers für ein solches Gespräch sich ein Termin finden läßt, zumal manches Positive sich bei einem solchen Gespräch auf politischer Ebene ergeben könnte.

### Noch zu keinem Zeitpunkt

**Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Waffenschmidt, ganz herzlich bitten, dem Herrn Bundesinnenminister die Stimmung der Feuerwehren mitzuteilen. Ich will es noch deutlicher sagen: Noch zu keinem Zeitpunkt hat es das gegeben, daß Gespräche zwischen dem jeweiligen Bundesinnenminister und dem Deutschen Feuerwehrverband nicht zustande kommen. Im Gegenteil, die vorhergehenden Innenminister haben in jedem Jahr versucht, ein Gespräch mit uns zu bekommen, auch wenn wir nicht darum nachgesucht hatten.**

## Dank

Danken möchte ich denen, die uns behilflich waren, die das Gespräch der Sache wegen mit uns gesucht haben. Zum Schluß gilt mein Dank Ihnen, meine Kameraden und Kameradinnen, für Ihren unermüdlischen Einsatz im huma-

nitären Dienst, dem wir uns aus Überzeugung heraus verpflichtet fühlen. So tragen wir Mitverantwortung für unser Gemeinwohl.

Im Einsatzgeschehen vor Ort müssen oft in Minuten Entscheidungen von großer Tragweite getroffen werden. Zu diesen getroffenen Entscheidungen haben wir

zu stehen, und wir haben sie zu verantworten. Wir haben nicht immer die Möglichkeit, erst zu prüfen, ob wir nach allen Seiten durch entsprechende Vorgaben abgesichert sind. Unser Handeln hat sich danach zu richten, was der Augenblick des Einsatzes erfordert. Ich möchte heute meine

Ausführungen schließen mit einem Wort des nordfriesischen Dichters Theodor Storm:

„Der eine fragt: Was kommt danach?“

Der andere fragt nur: Ist es recht? Und also unterscheidet sich der Freie von dem Knecht.“

# „Niemand darf an Feuerwehraufgaben tasten“

**In seiner Ansprache führte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt beim DFV-Delegiertentag aus:**

Meine Damen und Herren, ich bin gerne heute zu Ihnen gekommen zu dieser Delegiertenversammlung in Hannover als langjähriger aktiver Kommunalpolitiker, als langjähriger Chef einer kommunalen Feuerwehr, auch als heutiger Staatssekretär im Bundesinnenministerium! Am wichtigsten von all dem ist und das können etliche unter Ihnen bezeugen: Ich bin ein Freund der Feuerwehr. Ich will in diesem Sinne mit Ihnen heute auch zusammen sein und zu Ihnen sprechen.

## DFV-Termin beim Minister

Ich habe mit ein bißchen Kummer gehört, daß Sie keinen Termin bei Bundesinnenminister Zimmermann bekommen hätten. Wissen Sie, ich komme aus der Kommunalpolitik, ich bin immer für das Praktische, ich mache Ihnen gleich einen Vorschlag: Ich werde das, was ich heute gehört habe, gleich am Montag noch einmal mit Minister Zimmermann besprechen und werde ihm sagen in der Art – nicht nur verehrter Herr Minister, sondern auch lieber Fritz – **es ist Zeit, daß ein Termin gemacht wird. Wir werden sehen, wie wir das hinkriegen!** Ich fände es gut, wenn wir mit dem Deutschen Feuerwehrverband etwas Ähnliches machen würden, was ich seit über 5 Jahren zusammen mit dem Minister und dem Bundeskanzler bereits mit den Kommunalen Spitzenverbänden praktiziere. Wir kommen mindestens einmal im Jahr zusammen und be-

sprechen alle aktuellen Aufgaben und Fragen, unabhängig davon, ob ein bestimmtes Gesetz ansteht. **Ich meine, das sollten wir auch mit dem Deutschen Feuerwehrverband machen.** Ich sage Ihnen in aller Öffentlichkeit zu, mich dafür einzusetzen. Sollte einmal der Minister selbst nicht Zeit haben, dann wird der Kollege Spranger oder ich das Gespräch mit allen zuständigen Leuten führen. **Sie haben auf jeden Fall ab heute jedes Jahr schon einmal eine feste Verhandlung im Innenministerium gebucht. Das sage ich Ihnen zu, und das steht Ihnen auch zu, meine Damen und Herren.**

## THW-Podest

*So, nun noch etwas Nettes. Sie haben von einem Podest gesprochen, Herr Struve, das fand ich großartig. Wissen Sie, ich wußte gar nicht, wer das schöne Podest gebaut hatte, auf dem wir standen, aber es war ganz prima, das Podest. Als langjähriger Chef der Feuerwehr sage ich Ihnen natürlich, unsere Feuerwehr hätte das auch bauen können. Das ist völlig klar. Sie hätte das genauso gut gekonnt. Ich will aber hinzufügen: Eigentlich konnten Sie mit der Arbeitsteilung heute morgen ganz zufrieden sein. Das THW hat das Podest gebaut und Sie haben für 9 Mio. DM Feuerwehrfahrzeuge (Anm.: Bundesfahrzeuge für erw. Kats) erhalten. Das war doch eigentlich eine ganz gute Arbeitsteilung! Also, meine Damen und Herren, in diesem Sinne weiter an die Arbeit!*

## Dankesworte

Als erstes möchte ich ganz von Herzen Ihnen ein Wort des Dan-

kes sagen: Sie vertreten über 1 Mio. Feuerwehrleute in der Bundesrepublik Deutschland. Wer hier spricht für die Bundesregierung oder überhaupt für die Öffentlichkeit, dessen Pflicht und Schuldigkeit, aber auch angenehme Pflicht sollte es als erstes sein, danke zu sagen für all den Einsatz, der durch Sie und Ihre Kameradinnen und Kameraden geschieht. Für die deutsche Feuerwehr ist es kennzeichnend, daß sie nicht nur eine Einrichtung zur Wahrnehmung der sehr wichtigen öffentlichen Aufgaben des Brand-, Katastrophen- und Zivilschutzes sowie des Rettungsdienstes ist. Bedeutsam ist auch, daß sie diese Funktion flächendeckend, und zwar überwiegend auf ehrenamtlicher und freiwilliger Basis ausübt. Sie ist zu einem Faktor geworden, der – Hannovers Bürgermeister hat es eben schon angesprochen – auch für die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung in unserem Land von unschätzbarem Wert ist. Inzwischen haben sich mehr als 1 Mio. Männer und Frauen und Jugendliche in Tausenden von Freiwilligen Feuerwehren in Dörfern und auch in den Stadtteilen unserer Großstädte in den Dienst des Gemeinwohls gestellt. Sie sind – das will ich hier heute sagen – der sichtbare Ausdruck des nach wie vor lebendigen Gemeinschaftsbewußtseins vieler Mitbürger, sich nicht nur zum Eigennutz, sondern auch für die Allgemeinheit aktiv zu engagieren. Sie haben damit Vorbildfunktion.

## An die Medien

Ich möchte heute morgen auch einen Appell an unsere Medien; an Presse, Funk und Fernsehen richten. Wir alle sollten uns wünschen, daß dem Einsatz unserer

Feuerwehrkameradinnen und -kameraden, insbesondere der vielen ehrenamtlichen, auch der vielen Jungfeuerwehrleute, viel mehr Sendezeit im Fernsehen eingeräumt wird.

Ich weiß, wovon ich spreche, einige unter Ihnen auch. Ich habe, als mir eines Tages einmal der Kragen geplatzt war, bei einer öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt wenigstens durchgesetzt, daß es von einem Landesfeuerwehrtag eine ordentliche Berichterstattung gab. Dies kam dann auch.

## Bürgerinitiative

Schon lange bevor dieser Begriff Mode wurde, meine lieben Freunde, meine Damen und Herren, waren die Feuerwehren die beste Bürgerinitiative, die es überhaupt in Deutschland gibt. Was sie auszeichnet ist, daß sie eine Bürgerinitiative für das Positive, für das Allgemeinwohl ist. In diesem Sinne muß sie auch behandelt werden bei allem, was Staat und Gesetzgebung und alle öffentlich Verantwortlichen tun. Für mich ist es immer wieder beeindruckend, daß die Feuerwehren diese Funktion, die sie haben, sowohl im kleinsten Dorf als auch im dicht besiedelten Bezirk einer Großstadt ausüben vermögen. Von der Bevölkerung wird sie nicht nur als eine Institution für die Bekämpfung von Feuersnöten, sondern ebenso selbstverständlich auch als Träger von gesellschaftlichen Veranstaltungen angesehen. Ich denke z.B. auch an vieles, was sie für die Senioren, was sie für sozial Schwache tun. Nichts wäre gefährlicher, dies einfach als selbstverständlich anzusehen wie die Tatsache, daß die Zahl von Bürgerinnen und Bürgern in den

deutschen Feuerwehren bisher ständig gewachsen ist. Dahinter steht vieles mehr.

## Vertrauensbildung

In der Vergangenheit, in Gegenwart und natürlich auch in der Zukunft wurde bzw. wird ein gewaltiges Maß an Arbeit und Vertrauensbildung geleistet für das Ihnen, lieber Herr Struve, dem Deutschen Feuerwehrverband und den anderen vielen Initiatoren Dank und Anerkennung gebührt. Nur so war es möglich, bisher rd. 1 Mio. Helferinnen und Helfer für den uneigennütigen Dienst am Gemeinwohl zu motivieren und zusammenzuführen. Die Freiwilligen Feuerwehren sind damit eine unverzichtbare Komponente des gesamten Brandschutzes geworden, in die auch die ca. 20 000 Berufsfeuerwehrleute in den großen Städten und die etwa 40 000 Werkfeuerwehrleute der Industrie, die diese Tätigkeit professionell ausüben, mit einzubeziehen sind. Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ein Satz aus sehr praktischer Erfahrung. Es gibt ja auch Diskussionen: Sind denn auch die vielen Löschgruppen noch nötig? Ich bin seit 1961 ja selbst aktiver Kommunalpolitiker. Da hat man manche Debatte erlebt. Ich bekenne mich ausdrücklich auch zu dieser dezentralisierten Organisation, nach der außer in den neuen Großgemeinden, die manchmal in der Gebietsreform viel zu groß geworden sind, dann aber doch noch Löschgruppen und Löschzüge auch in den einzelnen Dörfern und Gemeinde- und Stadtteilen existieren. Das ist eine ganz wichtige Präsenz für das allgemeine Wohl. Niemand soll das einfach wegzentralisieren. Ich sage das jetzt hier auch, weil ich als Kommunalstaatssekretär auf Bundesebene für viele Fragen die Diskussionen mit den Städten, Gemeinden und Kreisen führe, und jeder, der mich kennt, weiß, daß ich da die gleiche Sprache bezüglich dieser Aufgaben spreche. Die wirtschaftliche Bedeutung der Freiwilligen Feuerwehren wird dann besonders augenfällig, wenn man sich einmal anhand der Statistik vorstellt, daß von ihnen jährlich über 700 000 Löscheinsätze, technische Hilfeleistungen und Einsätze im

Rettungsdienst durchgeführt werden. Der Staat auf seinen drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen hat nicht gezögert, diese Einsatzbereitschaft der Feuerwehren auch materiell anzuerkennen. Es gibt jährlich bei Bund, Ländern und Kommunen netto einen Aufwand von 2,3 Mrd. DM für den Feuerschutz, davon tragen die Gemeinden über 1,7 Mrd. DM bei, was großen Dank und Anerkennung finden sollte. Die Länder tragen einen großen Teil, was ebenfalls mit großem Dank zu vermerken ist.

## Leistung des Bundes

Ich habe eben mit guten Gründen Staatssekretär Haabengier für das Land Niedersachsen danken können. Als Staatssekretär der Bundesregierung möchte ich natürlich insbesondere das Konsolidierungsprogramm zur Modernisierung und Komplettierung der Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen erwähnen, das mit einem Gesamtvolumen von inzwischen mehr als 1,2 Mrd. DM eine ganz erhebliche Steigerung der materiellen Leistungsstärke bewirkt hat. Nach der Ansicht der Bundesregierung darf sich die Zusammenarbeit des Bundes mit den Feuerwehren aber natürlich nicht allein aufs Geld oder ähnliche Fragen beschränken. Ich darf

Ihnen versichern, daß die Feuerwehren in der Bevölkerungsschutzkonzeption des Bundes nach wie vor einen wichtigen und hervorragenden Rang einnehmen sollen. Es wurden eben auch so allerhand Sachen zitiert.

## Ein klares Wort

Ich sage es hier ganz deutlich: Die Feuerwehren haben ihre gesetzlichen und auch ihre traditionellen Aufgaben. Diese nehmen sie in bewährter Weise und hervorragend gut wahr. Und ich sage ganz klar für die Bundesregierung: Niemand darf, niemand soll und niemand wird irgendwo die Aufgaben der Feuerwehren antasten, meine Damen und Herren. Das ist ein klares Wort. Daran müssen wir uns orientieren. Alles andere wäre von der Sache unsinnig. Dies muß ich auch einmal ganz deutlich sagen als einer, der das nun schon Jahrzehnte bearbeitet. Im übrigen will ich auch klar herausstellen: Wenn da einige Leute bisweilen sich einen Kleinkrieg meinen leisten zu können, irgendwo zwischen THW oder Feuerwehren oder herüber und hinüber – ich will überhaupt keine Schuldfrage

stellen – so halte ich dies für unsinnig und an der Sache vorbei. Vielerorts vor Ort arbeiten die Menschen sehr gut als Kameraden zusammen, sie haben ihre Aufgaben! Und ich sage nochmals hier ganz deutlich, das kann jeder hören und das habe ich auch schon bei vielen Anlässen so gesagt, auch wenn ich THW-Unterkünfte eingeweiht habe: Es hat das THW seine Aufgaben, und die Feuerwehr als die uralte Einrichtung zum Schutze und zum Wohl des Bürgers und der Menschen hat ihre Aufgaben traditionell und nach Gesetzen, die soll niemand antasten.

## Zivilschutzgesetz

Meine Damen und Herren, so sind denn in den letzten Jahren nicht nur die Kommunen, die Länder, sondern auch der Deutsche Feuerwehrverband immer wieder in die zahlreichen Diskussionen um Novellierung des Zivilschutzrechtes eingeschaltet worden. Aus den bekannten Gründen, ich will das nicht im einzelnen darstellen, kommt kein Gesamtgesetz, sondern wir haben jetzt einen Arbeitsentwurf zur Stellungnahme auch Ihnen zugeleitet, dessen Ziel es ist, unter Erhaltung der vorhandenen rechtlichen und bewährten Grundlagen.



Parlamentarischer Staatssekretär Dr. Waffenschmidt (Bundesinnenministerium) war Gast der Delegiertenversammlung, links DFV-Präsident Hinrich Struve. (Foto: Voßmeier)



bestimmte gesetzliche Lücken zu schließen, deren Ausfüllung sich aufgrund der letzten Jahre als notwendig erwiesen hat. Mit den betroffenen Bundesressorts, den Ländern, den Kommunalen Spitzenverbänden, den Hilfeleistungsorganisationen, der Bundesärztekammer, aber auch mit dem Deutschen Feuerwehrverband wird in einer gemeinsamen Besprechung zunächst der Arbeitsentwurf, noch nicht einmal der Referentenentwurf, erörtert werden.

## Unsinnig

Lieber Herr Struve, Sie haben von Fristen für die Stellungnahmen zum Arbeitsentwurf gesprochen. Vielleicht haben Sie es bemerkt, ich habe gleich Herrn Beyer dazugeholt, unseren zuständigen Abteilungsleiter (BMI), mit dem ich bereits heute morgen über diesen Fragenkomplex gesprochen hatte.

Ich will hier deutlich erklären für unser Haus, **auf die Möglichkeiten der einzelnen Verbände**, insbesondere auch Ihres Verbandes, der ja mit ehrenamtlichen Gremien im wesentlichen arbeitet, **muß Rücksicht genommen werden**. Mit Blick auf die fortschreitende Zeit will ich nicht über Einzelheiten und Termine reden – Herr Beyer hat das mit mir heute morgen noch einmal besprochen – es soll so eingerichtet werden, damit Sie auch in Ihrem Verband in Ruhe die Stellungnahme abgeben können und auch ausführlich mit uns bereden können. **Alles andere wäre auch unsinnig, denn wir wollen ja nicht Galoppverfahren, sondern wir wollen etwas Solides machen. Das muß sich dann auch bei der Gesetzgebung niederschlagen.**

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf einen anderen Auftrag des Ministeriums hinweisen: Stichwort Entbürokratisierung. Das ist ein Jahrhundertprogramm. Aber eines, meine Damen und Herren, will ich Ihnen sagen: Manches haben wir uns doch selbst eingebrockt, wenn wir Gesetze viel zu überstürzt gemacht haben. Kaum waren sie irgendwo veröffentlicht, da mußten sie schon wieder novelliert werden, weil wir ein paar Sachen

vergessen hatten. Das ist ja auch nicht der Sinn der Sache. Also, ich bin überzeugt, wir werden eine Lösung erreichen.

## Zusammenarbeit

Ich habe nicht den Ehrgeiz aufzuzählen, auf welchen Gebieten wir überall gut zusammenarbeiten. Nur eins: Beispielhaft möchte ich die Gremien erwähnen, die sich mit den Folgen aus den Ereignissen von Tschernobyl und den zu ziehenden Konsequenzen befassen. Um die Ernsthaftigkeit des Willens unseres Hauses zur Zusammenarbeit zu unterstreichen, haben wir in dem bereits erwähnten Arbeitsentwurf eines Katastrophenschutzergänzungsgesetzes ausdrücklich eine Bestimmung aufgenommen, daß in den Sie betreffenden Angelegenheiten des erweiterten Katastrophenschutzes der Deutsche Feuerwehrverband ausdrücklich immer zu beteiligen ist. Aber der Wille der Zusammenarbeit beschränkt sich – das sage ich ausdrücklich – nicht nur auf die nationale Ebene, sondern auch auf das viel schwierigere internationale Gebiet. Das wird mit dem Zusammenwachsen Europas noch viel wichtiger. So waren an den Fachgesprächen zwischen dem deutschen und dem österreichischen Innenministerium für den Anschluß eines Hilfeleistungsabkommens in Katastrophen- und schweren Unglücksfällen auf der deutschen Seite auch Sie, Herr Präsident Struve, und auf der österreichischen Seite Herr Präsident Kast beteiligt. Bei dem ersten dieser Tage in München stattgefundenen Treffen der Bundesrepublik Deutschland und der Länder, mit denen Abreden zur Hilfeleistung in Katastrophen und schweren Unglücksfällen bestehen, war neben den Hilfeleistungsorganisationen auch der Deutsche Feuerwehrverband ausdrücklich entsprechend unserem Willen beteiligt. Ich habe mich sehr gefreut, daß Sie, Herr Präsident Struve, die Zeit finden konnten, an den Verhandlungen in München teilzunehmen. Diese Beispiele zeigen das Bemühen des Bundes, den erweiterten Katastrophenschutz entsprechend dem gesetzlichen Auftrag aus dem Jahre 1968 zu einem integrierten Faktor eines modernen,

für die Zukunft offenen Bevölkerungsschutzes zu machen.

## BMI-Konzeption

Lassen Sie mich nun im letzten Teil meiner Ausführungen noch die Grundzüge einer Konzeption des Bundesinnenministers darlegen, wie wir künftig die anstehenden Aufgaben auch mit Ihrer Hilfe angehen wollen. Ich sage dazu 10 Stichworte:

① Wir wollen die Kooperation mit unseren Nachbarn. Spätestens seit den Ereignissen von Tschernobyl und dem Brand bei der Firma Sandoz wissen wir, daß die modernen Gefahren nicht an den Grenzen des eigenen Territoriums Halt machen, sondern noch tausende Kilometer weit entfernt verheerende Wirkungen auslösen können. Wir haben daher mit unseren Nachbarn im Norden, Westen, Süden und Südosten entsprechende Hilfeleistungsabreden getroffen und sind bemüht, die offene Flanke im Osten in Kontakten mit der CSSR und der DDR noch zu schließen.

② Wir setzen im nationalen Rahmen auf den vorbeugenden Katastrophenschutz. Der beste Katastrophenschutz ist unstreitig derjenige, der eine Katastrophe erst gar nicht entstehen läßt. Ich hoffe dabei auch auf Initiativen und Anregungen von seiten Ihres Verbandes. Ich habe mir berichten lassen, daß insoweit die Kontakte zwischen Ihnen und der vorläufigen Koordinierungsstelle meines Hauses z.B. bei der Novellierung der Störfall-Verordnung erste Früchte getragen hat. Ich wünsche mir, daß sich diese gute Entwicklung aus der Praxis für die Praxis und die Vorsorge weiter entwickelt.

③ Wir wollen ein umfassendes, nicht nur die Gefahren der Radioaktivität erfassendes Warnsystem. In Zusammenarbeit mit den Professoren der Schutzkommission zeichnet sich ab, daß es in absehbarer Zeit möglich sein könnte, das bestehende Meßnetz um automatisch arbeitende Sonden zur Erfassung gefährlicher Gase zu ergänzen.

④ Wir wollen die Ablösung des jetzigen über 50 Jahre alten Sirenenwarnsystems durch ein kombiniertes Alarmierungs- und Rundfunkwarnsystem. Es soll die Möglichkeit geben, in einer zeit-

gerechten Weise die Bevölkerung und die Einsatzkräfte zu alarmieren und parallel über Rundfunk und Fernsehen die situationsangepaßten Verhaltensvorschläge zu geben und so weit wie möglich und so schnell wie möglich bekannt zu machen.

⑤ Wir wollen die Ausbildung und Ausrüstung der Einsatzkräfte auf die modernen Gefahren der Radioaktivität und der gefährlichen Stoffe ausrichten. Manche Kreise und kreisfreien Städte verfügen derzeit noch nicht über einen einzigen Zug zur Bekämpfung von ABC-Gefahren. In Zusammenarbeit mit den Professoren der Schutzkommission und der Industrie sind inzwischen die Arbeiten zur Entwicklung eines mobilen Massenspektrometers weit gediehen, der der schnellen und für die Einsatzkräfte gefahrloseren Analyse gefährlicher Stoffe dienen soll.

⑥ Wir wollen die Umrüstung unserer Rettungshubschrauber auf ein größeres Modell. Es soll nicht nur gefahrloser für die Piloten durch den Einsatz eines Navigators geflogen werden können und ärztliche Sofortbehandlung an Bord möglich sein, sondern entsprechend der Zweckbestimmung für den Katastrophenschutz der schnelle Transport von Experten und wichtigem Gerät wie z.B. eines mobilen Massenspektrometers an den Katastrophen- und Unfallort. Dies alles haben wir im Blick. Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat diesem Projekt vor kurzem bereits zugestimmt. Meine Damen und Herren, an der Stelle, wo es hier um den Unfallrettungsdienst und auch um dieses moderne Gerät geht, möchte ich sagen, natürlich ist das modernste Gerät gerade gut genug, aber wichtig ist natürlich immer der Mensch. Und wichtig sind die Menschen, die zum Einsatz kommen.

Das ist den vielen zu danken, die Sie heute hier vertreten. Aber ich finde, es ist eine ganz prima Sache, daß heute auch eben der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes bei uns ist. Und ich möchte daran erinnern, daß wir vielerorts die gute Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren und dem Deutschen Roten Kreuz haben. Das Deutsche Rote Kreuz hatte neulich ein großes Jubiläum, und ich nehme an dieser

Stelle gerne Anlaß, auch noch einmal für die Bundesregierung, Ihnen Prinz Wittgenstein als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, dem ganzen Roten Kreuz zu gratulieren und Dank für Ihren Einsatz im Roten Kreuz auch gemeinsam mit der Feuerwehr zusammen.

7 Wir wollen zur Bekämpfung länderübergreifender großflächiger Katastrophen die Einrichtung einer interministeriellen Koordinierungsgruppe mit einer ständigen Koordinierungsstelle beim Bundesminister des Innern. Sie erinnern sich daran, wie wir nach Tschernobyl z. B. manches durcheinanderlaufen hatten. Das ging um Bezeichnungen, um Werte, um Schlußfolgerungen. Die zentrale Koordinierungsstelle ist am 29. April 1988 durch die Konferenz der Innenminister der Länder und des Bundes gebilligt worden. In Kürze wird dem Bundeskabinett eine entsprechende Vorlage zur Beschlußfassung vorgelegt.

8 Wir wollen die Prüfung und Untersuchung, inwieweit mit schon geringem Mittelaufwand die vorhandene Bausubstanz oder Teile davon zum Schutz vor Radio-

aktivität oder gefährlichen Stoffen ertüchtigt werden kann. Schon heute fordern die Feuerwehren bei einem Brand mit der möglichen Entwicklung gefährlicher Stoffe die Bevölkerung auf, die Häuser nicht zu verlassen und Fenster und Türen zu schließen, ohne daß der genaue Schutzwert dieser Empfehlungen immer bestimmbar ist. Ebenso weisen die Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken aus dem Jahre 1977 in abstrakter Weise auf den Schutzwert vorhandener Bauten hin. Hier gilt es, diese Werte für die Bevölkerung deutlich, transparent zum Schutz des eigenen Lebens in Handlungsvorschlägen operabel zu machen.

9 Wir wollen natürlich auch, daß Lücken im Regelungsbereich geschlossen werden. Diesem Ziel dient der bereits erwähnte Arbeitsentwurf eines Katastrophenschutzergänzungsgesetzes. An ihm muß sich eine Überprüfung der inzwischen 20 Jahre alten Verwaltungsvorschriften anschließen.

10 Schließlich macht es keinen Sinn, wenn in dem einheitlichen System des Bevölkerungsschutzes

nur ein Partner seine Einrichtungen und Einheiten zeitgerecht und zukunftsorientiert gestaltet. Gestützt auf den Beschluß der Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern vom 2. Oktober 1987 und des Bundesinnenausschusses vom 7. Oktober 1987 hat daher der Bundesinnenminister die Initiative zu einem gemeinsamen Bevölkerungsschutzprogramm des Bundes, der Länder und der Kommunen ergriffen. Ein erster Arbeitsentwurf wird in Kürze fertiggestellt sein.

### Ein Berg Aufgaben

Lieber Herr-Präsident Struve, meine Damen und Herren, vor uns liegt ein Berg von Aufgaben, die wir optimal nur gemeinsam mit allen Beteiligten bewältigen können. Dazu helfen dann künftig ganz besonders, lieber Präsident Struve, auch unsere jährlichen mindestens einmal stattfindenden Besprechungen. Die Bundesregierung sieht dabei in den Feuerwehren als der größten Einsatzorganisation mit einer Präsenz bis in die kleinste Gemeinde einen echten Partner und hofft

auf eine optimale verantwortungsbewußte Zusammenarbeit. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen bei Ihrer heutigen Tagung und auch bei den künftigen Aufgaben viel Erfolg. Meine Damen und Herren, wenn es auch vielleicht das eine oder andere Mal so ist, daß man sagen sollte, hätten wir es vielleicht noch besser gemacht. So kommt es auf den Grundsatz an, und der Grundsatz heißt, und das sage ich auch Minister Zimmermann: Wir wollen an der Seite des Feuerwehrverbandes und in engem Kontakt mit Ihnen die Dinge angehen. Wo das noch nicht optimal war, da machen wir es optimal. Auf jeden Fall möchte ich Ihnen heute sagen: Dank und Anerkennung für Ihre Arbeit und Glückauf für eine gute Zusammenarbeit im Sinne und für die Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ich finde, wir haben eine großartige Aufgabe, wir können sie bewältigen, wenn wir in gutem Geist zusammenstehen. In diesem Sinne wollte ich zu Ihnen sprechen und stehe ich auch persönlich Ihnen immer zur Verfügung. Vielen Dank.

## 26. DEUTSCHER FEUERWEHRTAG – vom 14. Juni bis 19. Juni 1990 –



in Friedrichshafen/Bodensee

Foto: Brugger, Stuttgart; freigegeben vom Reg.-Präsidium Stuttgart Nr. 2/22887

## Innenminister Claussen überreichte „Finanzspritze“ für Einsatzzug

Im Rahmen eines Besuchs der DLRG-Wachstation in der Eutiner Straße in Plön überreichte Innenminister Karl Eduard Claussen dem Präsidenten des DLRG-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Eberhard Fiebelkorn, eine „Finanzspritze“ aus Glücksspielmitteln in Höhe von 80 000,- DM.

Die Mittel sind für die Beschaffung eines Einsatzzuges bestimmt, der für die Regattasicherung, die Aufsicht der Freizeitsportler und für die Ausbildungsarbeit der DLRG dringend gebraucht wird. Zu dem Einsatzzug zählen ein Mannschaftswagen, ein Rettungsboot mit Trailer und die Funkausrüstung.

Der Minister wies noch einmal auf die eindrucksvollen Leistungen der DLRG im Lande Schleswig-Holstein hin. Claussen: „Die jährlichen Badeunfälle im Lande



Innenminister Claussen (2.v.l.) im Gespräch mit U. Kittmann, LV-Präsident E. Fiebelkorn und H. Schröder (v.l.n.r.) (Foto: Mauritz)

und die dabei nötige Hilfe sowie die vielen Einsätze der Helferinnen und Helfer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft zur

Rettung von Menschen vor dem nassen Tod verdeutlichen immer wieder die unverzichtbare Hilfe ihrer Organisation. Schon aus

diesem Grunde war ich erneut bereit, der DLRG zu helfen.“

LV-Präsident Fiebelkorn erinnerte daran, daß die DLRG grundsätzlich aus ehrenamtlichen und freiwilligen Helfern besteht, die aus der Arbeit für die DLRG keinen materiellen Vorteil erzielen.

Ohne die ständig eingesetzten 1 500 Rettungsschwimmer mit 160 Wachstationen der DLRG sei ein sicherer Badebetrieb an Schleswig-Holsteins Küsten gar nicht denkbar. Viele Urlauber unterschätzen immer noch die Gefahren beim Baden, Segeln oder Surfen. Dies unterstreiche, so LV-Präsident Eberhard Fiebelkorn, die jährlichen Einsatzzahlen der DLRG.

Minister Claussen dankte abschließend allen Helferinnen und Helfern der DLRG für ihre ehrenamtliche Arbeit. Lothar Mauritz

## 86 Einheiten beim Pokalwettbewerb „Schwimmen und Retten“



DLRG-Präsident H.-J. Bartholdt würdigte die herausragende Beteiligung der Einheiten, Verbände und Ämter der Bundeswehr.

Angetreten zur Siegerehrung“ hieß es im Haus des Deutschen Bundeswehr-Verbandes e.V. in Bonn. Im Rahmen einer Feierstunde wurden 18 Pokalsieger und Medaillengewinner verschiedener Einheiten, Ämter, Dienststellen, DLRG-Ortsgruppen und -Stützpunkte der Bundeswehr für ihre herausragenden Leistungen im Pokalwettbewerb „Schwimmen und Retten '87“ geehrt.

Die elfte Auflage des gemeinsam von DLRG und Deutschem Bundeswehr-Verband (DBwV) veranstalteten Wettbewerbs brachte mit 86 Meldungen einen deutlichen Aufwärtstrend.

Die Siegerehrung wurde vorgenommen vom Chef des Führungsstabes der Streitkräfte im Vertei-

digungsministerium, Generalmajor Dr. Schnell, DBwV-Vorsitzender Marine, Kapitänleutnant a. D. Günter Bierwirth, und dem Präsidenten der DLRG Hans-Joachim Bartholdt.

„Es gibt in Ausbildung und Einsatz viele Situationen, wo diese Fähigkeiten unmittelbar gefordert werden“, hob Generalmajor Dr. Schnell in seiner Ansprache die Bedeutung des Schwimmen- und Rettens hervor. Die Jahresbilanz von

- \* 15 723 absolvierten Schwimmzeugnissen,
- \* 8 736 Rettungsschwimmabzeichen und
- \* 259 Lehrscheininhabern

würdigte Dr. Schnell als stolzen Erfolg und sprach DLRG und Deutschem Bundeswehr-Verband für ihre Initiative auf diesem Gebiet besonderen Dank aus.

Der Präsident der DLRG, Hans-Joachim Bartholdt, stellte in seiner Festrede heraus, daß das Bemühen der DLRG um den Schwimmsport in der Bundeswehr kein Widerspruch zu dem Motto „Humanität und Sport“ sei, unter dem die Mitglieder der DLRG ihre gesellschaftliche Aufgabe verrichteten, und das auch

als Leitsatz über dem 75jährigen Jubiläum steht, das die DLRG in diesem Jahr feiert.

### 259 Lehrscheininhaber

Als großen Erfolg wertete der Präsident der DLRG die stattliche Zahl von 259 DLRG-Lehrscheininhabern in der Bundeswehr und dankte Verteidigungsministerium und Deutschem Bundeswehr-Verband für ihre Unterstützung.

Zu den Perspektiven der DLRG sagte Hans-Joachim Bartholdt, erklärtes Ziel sei es auch in Zeiten geburtschwacher Jahrgänge, das Niveau von derzeit 470 000 Mitgliedern zu erhöhen. Vor allem solle die Zahl der aktiven Rettungsschwimmer gesteigert werden.

In diesem Zusammenhang regte er an, daß auch Bundeswehrsoldaten am Rettungsdienst der DLRG teilnehmen sollten.

### Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Kapitänleutnant a. D. Günther Bierwirth, Vorsitzender der Marine im Deutschen Bundeswehr-Verband, hatte zuvor die zahlrei-

chen Gäste begrüßt, unter ihnen Flottillenadmiral Christmann (Marine), Oberst im Generalstab Rothenberg (Heer), Oberst im Generalstab Schednikat (Luftwaffe), Oberstarzt Dr. Kron (Sanitäts- und Gesundheitswesen), Oberstleutnant Fleischer sowie die DLRG-Landesverbandspräsidenten Richard Rosipal (Bayern) und Ulrich Hickstein (Bremen).

Er erinnerte daran, daß der DBwV der DLRG in „Anerkennung ihrer selbstlosen und wertvollen Ausbildungsarbeit“ schon im Jah-

re 1963 Pokale stiftete. Günther Bierwirth erklärte für seinen Verband die Bereitschaft, auch künftig die Aktion Schwimmen und Retten zu unterstützen und rief Einheiten, Ämter, Verbände und Dienststellen der Bundeswehr zu noch stärkerer Beteiligung auf.

Kapitänleutnant Bierwirth und Präsident Bartholdt dankten Oberstleutnant Hubert Weichert für die Organisation des Festaktes, der von einem Quartett des Stabsmusikcorps der Bundeswehr musikalisch untermalt wurde.



Generalmajor Dr. Schnell bei seiner Ansprache.



Präsident Bartholdt und Generalmajor Dr. Schnell überreichten Hauptbootsmann Hette Pokal und Urkunde.

## I. Einsatzeinheiten

### Wettbewerb 1: Einsatzeinheiten geringerer Stärke

1. Drohnenbatterie 300	Idar-Oberstein	26.35 (9)
2. 5./Panzergrenadierbataillon 302	Ellwangen	24.31 (6)
3. 3./Gebirgsflugabwehrregiment 8	Traunstein	23.98 (2)

### Wettbewerb 2: Einsatzeinheiten größerer Stärke

1. Nachschubkompanie 320	Schwanewede	21.76 (4)
2. 4./Panzer Grenadierbataillon 302	Ellwangen	18.71 (5)
3. 3./Panzer Grenadierbataillon 192	Ahlen	14.41 (5)

## II. Ausbildungseinheiten

1. I. Inspektion der Kampftruppenschule 1	Hammelburg	17.37 (9)
2. IX. Inspektion der Artillerieschule	Idar-Oberstein	7.79 (15)
3. II. Inspektion der Schule Technischer Truppen 2	Bremen-Grohn	6.93 (5)

## III. Ämter und vergleichbare Dienststellen

### Wettbewerb 1: Ämter und vergleichbare Dienststellen geringerer Stärke

1. Stammkompanie der Schule Technischer Truppen 2	Bremen-Grohn	17.50 (4)
2. Marinematerialdepot 4	Weener	17.47 (5)
3. Luftwaffen Sanitätsstaffel der Truppendienstlichen Fachschule der Luftwaffe	Iserlohn	5.42 (1)

### Wettbewerb 2: Ämter und vergleichbare Dienststellen größerer Stärke

1. Luftwaffenwerft 21	Wunstorf	15.45 (7)
2. Materialkontrollzentrum der Luftwaffe Süd	Erding	7.17 (5)
3. Materialkontrollzentrum der Luftwaffe Nord	Diepholz	4.41 (4)

## IV. DLRG-Ortsgruppen Bundeswehr

1. Ortsgruppe Bundeswehr	Idar-Oberstein	22.27 (5)
2. Stützpunkt Bundeswehr Lütow-Kaserne	Schwanewede	20.32 (1)
3. Stützpunkt Bundeswehr Bremen-Grohn	Bremen-Grohn	20.01 (5)

# Großes Aktionsprogramm in Hamburg

Erstmals in der Geschichte der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft haben die drei Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gemeinsam die Rettungswachaison eröffnet.

Im Premierenjahr hatte man sich den Landesverband Hamburg zum Organisatoren und Gastgeber ausgesucht. Der Anlaß für diese Großveranstaltung war die Vorstellung eines Pilotprojektes, der gemeinsame zentralisierte Rettungswachdienst an der Elbe von Lauenburg bis zur Oste-Mündung – rund 150 Kilometer.

## Reges Interesse durch Journalisten

Zu Beginn der Rahmenveranstaltung stand eine Pressekonferenz der drei Landesverbands-Präsidenten, Hans Orthmann, Niedersachsen, Eberhard Fiebelkorn, Schleswig-Holstein, Nor-

bert Brackmann, Hamburg, sowie deren Sprecher Gerhard Koch, Heiner Lahn und Achim Wiese im Vordergrund. In ihren Ausführungen sprachen die Präsidenten vor zahlreichen Journalisten neben

den allgemeinen Problemen der DLRG in der Hauptsache den Rettungswachdienst an der Elbe an.

Das Konzept für den Rettungswachdienst an der Elbe hat die Dreiländer-Elbe-Kommission, beste-

hend aus Vertretern der beteiligten Landesverbände, in zweijähriger Kleinarbeit erstellt.

Die Sicherheit auf der Elbe soll nun erhöht werden. Grundlegende Änderung ist die Bildung einer Leitzentrale, ähnlich wie die Bremer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, in Stader Sand auf niedersächsischem Land. Wichtig ist in diesem Zusammenhang für alle in Not Geratenen, daß mit Schaffung der Zentrale auch eine zentrale Notrufnummer gebildet wurde, 0 41 41/32 32.

Von der Leitstelle aus werden die Einsätze in Zukunft gesteuert und koordiniert beziehungsweise an eine der insgesamt 19 Stationen abgegeben.

## Finanzierung bereitet Probleme

Jedoch: Die nördlichen Landesverbände, Bezirke und Orts-



Heidi Kabel (2.v.l.) bei der Bootstaufe.



Imponierend: Der Fahrzeugpark.

gruppen sind zur notwendigen Finanzierung nicht allein in der Lage. Um das Projekt, zentralisierter Rettungswachdienst, auch in den kommenden Jahren zu gewährleisten, ist der Norden auf noch zu ermittelnde Kostenträger sowie Sponsoren angewiesen.

Die Hoffnungen, die Achim Wiese in seiner Begrüßung zum Ausdruck brachte, realisierten sich – die Journalisten stellten rege Fragen zum Rettungswachdienst, aber auch zu den Aufgaben der DLRG überhaupt.

Von Insidern war zu hören: „So etwas hat die DLRG hier oben noch nicht auf die Beine gestellt.“ In der Tat, die Erfolgsmeldungen in Presse und Rundfunk würdigten die Arbeit der DLRG an der Elbe.

An Höhepunkten fehlte es bei diesem Fest natürlich auch nicht. So waren zwei neue Rettungsboote zu taufen, Vorführungen des SAR-Rettungshubschraubers aus Kiel zu beobachten und die Tauchgruppe aus Schleswig-Holstein zeigte den Besuchern, wie man ein versunkenes Fahrzeug bergen kann.

#### Heidi Kabel taufte ein Boot

Die Schauspielerin Heidi Kabel übernahm die Patenschaft für eines der leistungsstarken Boote, die von der DLRG extra für den Rettungsdienst auf der Elbe entwickelt wurden. Sie taufte es auf den Namen „Greif 4“. „Wo steht dat Schipp?“, meinte Heidi Kabel, als sie aus dem DLRG-Einsatzwagen stieg.

Das zweite Boot wurde von Helgard Bretschneider, der Ehefrau des Kommodore des Marinefliegergeschwaders (MFG) 5 aus Kiel, auf den Namen „Greif 10“ getauft. Beide Taufpatinnen hofften für die Rettungsschwimmer eine ruhige Wachaison.

Nach den Taufen und der offiziellen Eröffnung der Saison ging es an der Elbpromenade etwas windiger zu. Der Hubschrauber des MFG 5 flog das „DLRG-Markenzeichen“, den Adler (fast zwei Meter groß), über der Elbe ein. Im Anschluß daran zeigte er den Besuchern im Zusammenhang mit einer Rettungsübung der DLRG seine Künste. Die Zuschauer klatschten zu den verschiedenen Wunsch-Manövern begeistert Applaus.



Die Rettungsboote formieren sich für den Bootskorso.

Nachdem der Helikopter seinen Rückflug nach Kiel antrat, mußten die Taucher aus Schleswig-Holstein ins kühle – aber auch verdreckte – Naß. Es galt ein versunkenes Auto zu suchen, zu markieren und mit Luftpolstern zu versehen, damit es geborgen werden konnte.

„Da kommt schon die Spitze des Autos aus dem Wasser“, war der begeisterte Zwischenruf eines kleinen Jungen.

#### 30 Boote und 200 Helfer im Einsatz

Insgesamt tummelten sich etwa 30 Rettungsboote auf der Elbe, und in der Gesamtheit konnten die Landesverbände Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit ihren fast 200 Helfern die Einsatzbereitschaft der DLRG demonstrieren.

Aber auch für die Besucher hatten sich die Planer etwas ein-

fallen lassen, ein buntes Rahmenprogramm. So war die Nachfrage bei den Kinderbootsfahrten dermaßen groß, daß man fast alle Boote für diese Aktion im Einsatz hatte. An Land war das Angebot nicht weniger interessant. Alle Hände voll zu tun hatten die Betreuer bei den Kinderspielen, wie zum Beispiel beim Negerkußwerfen beziehungsweise -auffangen.

#### Neuen Informationswagen vorgestellt

Nochmals zeigte sich das Marinefliegergeschwader aus Kiel als Unterstützer und Gönner. Die Geschwaderband, drei Sängerinnen und sechs Musiker, traten für rund zwei Stunden in der Elbmetropole auf. Der Landesverband Hamburg nutzte die Gelegenheit und stellte seinen Informationswagen, einen ehemaligen Verkaufsanhänger, der Öffentlichkeit vor.

Für die gesamte Bild- und Ton-technik sorgte das Hamburger Studio Anke. In dankenswerter Weise trug es dazu bei, daß alle Geschehnisse, auch die Pressekonferenz, über Monitorwände mitverfolgt werden konnten.

Läßt man diesen tatsächlich einmaligen Tag Revue passieren, kommt man zu dem Ergebnis, daß diese Aktion ein Riesen-Erfolg war.

Eines jedoch in aller Deutlichkeit: Ohne den unermüdlichen Einsatz der zahlreichen Helfer, auch in den Tagen zuvor, wäre es zu einem ganz normalen Infostand mit Tapeziertisch, Sonnenschirm und Aufkleberverkauf geworden. Dankeschön!

Achim Wiese



Rettungsübung mit dem Hubschrauber.

# Presseschau des Inlands

## **Ausbildungswesen im Katastrophenschutz wird verbessert**

Der Bundesinnenminister wird das Schulwesen des erweiterten Katastrophenschutzes verbessern. Dies sieht ein Schwerpunktprogramm vor, für das in den kommenden Jahren 50 Millionen DM benötigt werden. So wird z. B. Ende 1988 im Rahmen dieses Programms der Neubau der Katastrophenschutzschule des Landes Schleswig-Holstein in Rendsburg (Kosten: acht Millionen DM) bezogen werden können.

Hinter dieser Initiative für den erweiterten Katastrophenschutz steht die Überzeugung, daß eine wirkungsvolle Katastrophenabwehr nur sichergestellt werden kann, wenn Helfer und Führungskräfte umfassend ausgebildet werden. Dafür gibt der Bund jährlich über 50 Millionen DM aus. Diese Ausbildung vollzieht sich auf drei Ebenen:

Die etwa 144 000 freiwilligen Helfer werden in ihren Einheiten und Einrichtungen am Standort ausgebildet, in der Regel nach ihrer beruflichen Arbeit und an Wochenenden. Dies kostet den Bund 14 Millionen DM jährlich.

Die Führungskräfte und Helfer mit Sonderfunktionen in den Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes werden in internatsmäßigen Lehrgängen geschult, und zwar in den sieben Katastrophenschutzschulen der Länder, die im Auftrag des Bundes geführt werden, im Brandschutzdienst an den Landesfeuerwehrschulen oder im Instandsetzungsdienst an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Hoya an der Weser. Für diese Ausbildung stellt der Bund im Jahr über 28 Millionen DM bereit, mehr als sechs Millionen DM davon für die Erstattung von Lohn- und Verdienstaufschlägen der Lehrgangsteilnehmer.

Über neun Millionen DM wendet der Bund pro Jahr für Schulungen von jährlich rund 9000 Teilnehmern an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler auf, darunter z. B. Bedienstete der Katastrophenschutzstäbe bei den Kreisen und kreisfreien Städten, leitende

Zivilschutzkräfte der öffentlichen Verwaltung sowie Führungskräfte des Selbstschutzes.

(„Innenpolitik“, Bonn, Nr. III)

## **Bayern gründete Beirat für Katastrophenschutz**

**Für eine verbesserte Zusammenarbeit und Abstimmung aller im Katastrophenschutz tätigen Organisationen hat Bayern einen eigenen „Katastrophenschutz-Beirat“ gegründet, dessen Vorsitzender Innenstaatssekretär Peter Gauweiler ist. Der Beirat dient einer verbesserten internen Koordination von Verbänden und Verwaltung und hat den Auftrag, ein reibungsloses Zusammenwirken der Organisationen und ihrer Mitarbeiter im Ernstfall vorzubereiten, teilte das Innenministerium mit.**

Durch die Behandlung aktueller Fragen und Probleme des Katastrophenschutzes und durch die Überprüfung von Katastrophenereignissen in anderen Ländern auf hiesige Bewältigungsmöglichkeiten soll der Beirat vor allem bei der Weiterentwicklung grundsätzlicher organisatorischer Regelungen und Rechtsnormen mitwirken.

Neben dem Innenministerium und dem bayerischen Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz gehören zum Beirat die geschäftsführenden Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr, die Vertreter von Berufs-, Werk- und Betriebsfeuerwehren sowie die verantwortlichen Präsidenten der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen Rotes Kreuz, Samariter Bund, Johanniter-Unfallhilfe und Malteser Hilfsdienst.

(„Main Echo“, Aschaffenburg)

## **„Erste Hilfe am Unfallort ist oft unzureichend“**

Rund 75 Prozent der Deutschen, die mit dem Notarztwagen in Kliniken eingeliefert werden, haben ein Schä-

del-Hirn-Trauma. Fast die Hälfte dieser Patienten weisen Mehrfachschäden – vorrangig Hirnverletzungen gekoppelt mit Knochenbrüchen, Bauch- oder Brustkorbverletzungen auf. Jeder Zweite dieser Verletzten ist jünger als 40 Jahre. Auf diese in deutschen Großstädten geltenden Zahlen hat die „Arbeitsgemeinschaft Notarzt Berlin“ bei einem Symposium hingewiesen.

Noch immer gebe es trotz eines flächendeckenden, bestens aufeinander abgestimmten Notfall-Einsatzsystems mit Feuerwehr-Rettungswagen, Notarztwagen und Rettungshubschrauber eine oft unzureichende Erstversorgung am Unfallort, berichteten verschiedene Notarzt-Teams. Maßnahmen entsprechend der sogenannten ABC-Regel reichten keineswegs aus, um das Unfallopfer optimal zu versorgen. Als ABC-Regel bezeichnet man Handlungen zum Freihalten der Atemwege, Beatmung und Aufrechterhalten einer ausreichenden Herz-Kreislauf-Zirkulation. Seitenlagerung und Versorgung blutender Wunden sind zwar bei den meisten Unfallverletzten zunächst ausreichend, jedoch keineswegs in allen Fällen angemessen.

Beim Unfall motorisierter Zweiräder mit einem Pkw erleidet der Motorradfahrer in der Regel Mehrfachverletzungen. Grundsätzlich muß der Retter mit einer Wirbelsäulenverletzung beim Unfallopfer rechnen. In 55 Prozent der Fälle treffen die Rettungsteams den Zweiradfahrer auf dem Boden liegend mit angelegtem Schutzhelm an. Die Frage, ob der Helm von den Rettern entfernt werden soll oder nicht, bejahte Diplomingenieur Dieter Peters von der Berliner Feuerweherschule. Grundsätzlich sollte den bewußtlosen, aber auch den ansprechbaren und über Schmerzen klagenden Verletzten der Helm abgenommen werden. Anders sei eine Untersuchung des Unfallopfers und die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Körperfunktionen nicht möglich. Lediglich schmerzfreie Unfallopfer sollte man selbst entscheiden lassen, ob sie den Helm abnehmen wollen oder nicht.

(„Die Welt“, Bonn, Nr. 39)

# Presseschau des Auslands

## Permanente Sorge

Luxemburg hat das Kernkraftwerk von Cattenom nicht verhindern können, alle Interventionen und Proteste vermochten nicht zu erreichen, daß das Werk in unmittelbarer Nähe zu unserer Landesgrenze unterblieb. Cattenom ist Realität geworden und erzeugt elektrische Energie. Und es war unvermeidbar, daß das berühmte Risiko aus dem Bewußtsein der Massen entwand, ja vielleicht regelrecht verdrängt wurde.

Die öffentlichen Instanzen hingegen haben Cattenom als permanente Sorge im Auge zu behalten, insbesondere gilt es, Katastrophenschutz-Maßnahmen immer wieder neu zu überdenken und zu verfeinern. In diesem Sinne versucht unsere Regierung, die Abkommen mit den Nachbarländern über gegenseitige Katastrophenhilfe zu aktualisieren, also das Cattenom-Problem in den seit längerer Zeit geltenden Abkommen einzubegreifen.

Mit Frankreich wurden zu Beginn dieses Jahres Kontakte aufgenommen, um das Abkommen vom 10. Februar 1962 über grenzüberschreitende Zivilschutzhilfe abzuändern. Die Zusammenarbeit im Krisenfall ist definiert durch einen Briefaustausch auf Ministerialebene; bei den Verhandlungen auf Expertenebene ergab sich die Feststellung, daß der französische Nachbar durchaus bereit ist, Verständnis für unsere legitimen Sorgen zu zeigen.

Ähnliches läßt sich sagen von dem Abkommen mit dem bundesdeutschen Nachbarn, schließlich wird auch die Basiskonvention mit Belgien vom 23. Juli 1970 in dem Sinne geändert, daß die Grenzen offen gehalten und unsere Bürger im Ernstfall wie belgische Staatsangehörige behandelt würden. Eine erste Kontaktaufnahme mit belgischen Experten fand am vergangenen 11. Februar statt und es bestehen die allerbesten Aussichten, daß auch unser Zivilschutzabkommen mit Belgien in absehbarer Zeit in Cattenom-Perpektive verbessert wird.

Rein national gesehen ist festzustellen, daß die beiden verantwortlichen Minister (Innenminister und Gesundheitsminister) mit ihren Dienststellen versuchen, den bestehenden Kata-

strophenplan laufend zu verbessern. Erwähnen wir hier, daß die Leiter von Tagesstätten für Kleinkinder ein Rundschreiben mit Verhaltensregeln im Ernstfall erhielten, und verweisen wir auch auf die Zusammenarbeit mit ARBED-Verantwortlichen, um zu gewährleisten, daß die Industrieanlagen gegebenenfalls gesichert werden könnten. Im Monat Juli 1987 wurde eine besondere interministerielle Arbeitsgruppe geschaffen mit dem Auftrag, spezifische Verhaltensregeln für Ärzte und Krankenhauspersonal und insbesondere auch eventuelle Evakuierungs-Maßnahmen für ein oder mehrere Krankenhäuser auszuarbeiten.

Cattenom ist, wie bereits betont, eine kontinuierliche Sorge der interessierten Instanzen, es geht darum, die Bevölkerung bestmöglich zu schützen, eine hoffentlich nie stattfindende Evakuierung unter Berücksichtigung denkbarer Umstände zu planen. („Protection civile“, Lux.)

## San'Arene

Seit 1984 besteht in der Schweiz unter der Bezeichnung San'Arene eine Stiftung, welche die Ausbildung von Herrn und Frau Jedermann in Erster Hilfe und im Rettungswesen bezweckt. Als Zielgruppe gelten insbesondere die Mitglieder von schweizerischen Organisationen und Institutionen, die im Sanitäts- und Gesundheitswesen tätig sind. Die Ausbildung erfolgt gegen Entrichtung eines Selbstkostenbeitrages, auch Einzelpersonen können teilnehmen.

San'Arene wurde 1984 von den leitenden Gremien der Zürcher Kantonalbank gegründet. Die Bezeichnung „San“ steht für Gesundheit, das Wort „Arene“ bedeutet Platz des Geschehens.

Das Kursprogramm von San'Arene ist wie folgt aufgebaut: Repetitionskurs; Erste Hilfe für das Kind; Herzmassagekurs; Betriebssanitärkurs; Nothilfetraining; notfallmedizinisches Führungstraining; Transporthelferkurs; Führungsschulung für Rettungssanitärer, Patiententransporthelfer, Betriebssanitärer und Flughelfer; Nothilfekurs.

Alle aufgeführten Kurse haben eines gemeinsam: sie führen durch

einen strukturiert aufgebauten Parcours mit den acht Stationen: Küchenbrand mit starker Rauchentwicklung; Sturzverletzungen im Haushalt; Verkehrsunfall; Kreislaufprobleme; Unfall im Hobbyraum; Verschüttungsunfall; Elektrounfall und Sportverletzungen. Bei jeder dieser Stationen treffen die Kursteilnehmer auf eine wirklichkeitsnahe Unfallsituation – der oder die Verunfallte ist ein Phantom, an dem die äußeren Zeichen der lebenswichtigen Funktionen simuliert werden können. Der Kursleiter beaufsichtigt bei der Ausbildung aufmerksam die Lernenden, welche das in kurzer Theoriezeit angeeignete Wissen unter Zeitdruck (pro Station 20 Minuten) anzuwenden haben. Die kurze Theoriezeit ist eines der Hauptanliegen der Verantwortlichen von San'Arene, es wird viel Gewicht auf das praktische Üben gelegt.

Nach Auffassung der San'Arene-Leiter ist grundsätzlich jedermann Nothelfer, insbesondere aber Leute, die von Berufes wegen vermehrt mit Unfallsituationen konfrontiert werden, wie etwa Polizei-, Sanitäts- und Feuerwehrbeamte, Zivilschutzmitglieder, angehende und praktizierende Ärzte, medizinisches Fachpersonal usw. Für diese Gruppen werden in der Regel maßgeschneiderte Kursprogramme zusammengestellt. Dasselbe gilt auch für Gruppen mit außerhalb der Norm liegenden Problemen, so wird beispielsweise ein besonderer Kurs angeboten für den Umgang mit Krebskranken.

Die San'Arene-Ausbildungsstätte auf Nummer 12 der Zentralstraße in 8003 Zürich hat sich also die vornehme Aufgabe gesetzt, interessierte Gruppen oder auch Einzelpersonen in Nothilfe aus- oder weiterzubilden. Die Leiter gehen von der Tatsache aus, daß nicht informierte Bürger einen wesentlich geringeren brauchbaren Wissensstand in Sachen Erster Hilfe haben als Ausgebildete. Betont wird in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die meisten Leute, deren Nothelferkurs ungefähr ein Jahr zurückliegt, noch etwas über 60 % des gelernten Ersthilfewissens präsent haben – daher die Sorge, das praktische Können durch San'Arene-Kurse aufzufrischen und zu vertiefen.

(„Protection civile“, Lux.)



## Wie der Blitz: neue Kennleuchte

Als Ergänzung zu den bewährten Rundum-Kennleuchten wurde eine neue elektronische Blitzkennleuchte entwickelt. Diese ist ohne mechanische Verschleißteile aufgebaut und verfügt über eine sehr hohe Lebensdauer. Die Einsatzbereiche entsprechen denen klassischer Kennleuchten. Darüber hinaus sind die Lichtblitze der neuen Leuchte auch aus der Luft einwandfrei erkennbar, weil sie kugelförmig und nicht horizontal kreisförmig abgegeben werden. Dadurch sind Einsatzfahrzeuge der Polizei und Feuerwehr aus der Luft hervorragend zu orten, zum Beispiel vom Rettungshubschrauber aus.

Das elektronische Blitzgerät verfügt über eine Xenonröhre, die nach dem Prinzip der Gasentladungslampe arbeitet. Die Blitzröhre sitzt fest auf einem Sockel und erhält ihre Energie (15 Ws) aus einem wartungs- und verschleißfreien elektronischen Ladungs-



speicher. Der periodische Ablauf von 120 Blitzen in der Minute wird ebenfalls von der im Gehäusefuß installierten Elektronik gesteuert.

Der Gehäusesockel mit umlaufenden Kühlrippen ist aus Aluminium-Druckguß, um eine gute Wärmeableitung von der Blitzelektronik zu erzielen. Für die richtige Licht-

verteilung sorgt eine spezielle, als Zylinderlinse ausgebildete Haube mit Fresnel-Optik. Darüber wiederum wird eine blaue oder eine gelbe Lichthaube gestülpt, die gegenüber dem Gehäuse mit einem Bajonett-Verschluß fixiert und durch eine Sicherheitsschraube gegen unbefugtes Öffnen gesichert ist.

(Foto: Hella)

## Schnelle Rettung durch den Schlauch

Die Feuerwehr steht bei Bränden in Hochhäusern immer wieder vor dem Problem, Menschen aus Höhen zu retten, für die die Längen der Leitern nicht mehr ausreichen. Im Brandfall können den Helfern auch in Schulen, Altersheimen oder Hotels durch die Vielzahl der in Sicherheit zu bringenden Personen Schwierigkeiten entstehen.

In diesen Fällen bietet sich der Rettungsschlauch als Problemlösung an. In wenigen Minuten ist die an einem Fenster, Balkon oder einer anderen Öffnung befestigte Einstiegsplattform abgeklappt und der Schlauch bis zum Erdboden herabgelassen. Pro Minute können bis zu 25 Personen durch den Schlauch herabgleiten und so in Sicherheit gelangen.

Der Rettungsschlauch besteht aus drei Gewebeschichten. Die Innenbeschichtung ist aus Aramidgewebe hergestellt, darüber kommt eine elastische Schicht, durch die die im Schlauch herabgleitende Person abgebremst wird. Die äußere Hülle besteht aus Glasfaser als Wärmeschutz.

(Foto: Ingström)

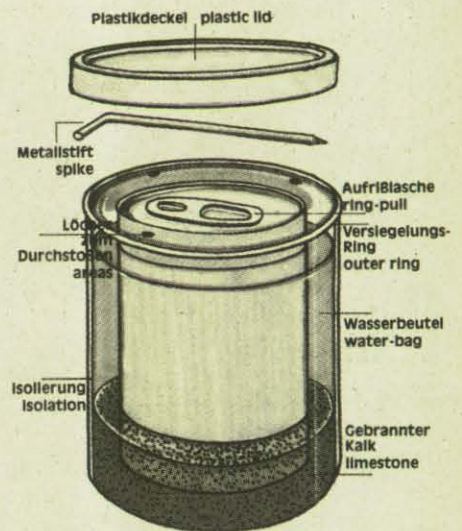
## Suppe inklusive Erhitzung

Eine Neuentwicklung ermöglicht es, praktisch überall und sofort eine warme Mahlzeit griffbereit zu haben. Eine besonders konstruierte Konservendose erhitzt die in ihr enthaltenen Speisen ohne Wasser und ohne Spirituskocher oder andere Hilfsmittel.

Das Prinzip ist denkbar einfach: Der Doseninhalt ist von einem doppelwandigen Mantel umgeben, dessen Zwischenraum mit gebranntem Kalk und einem Wasserbeutel ausgefüllt ist. Zum Erhitzen des In-

halts wird der Wasserbeutel mit einem beiliegenden Metallstift von oben durch vorbereitete Löcher perforiert, so daß das Wasser mit dem Kalk in Berührung kommt. Durch die Reaktion der beiden Stoffe wird soviel Wärme freigesetzt, daß sich der Inhalt innerhalb weniger Minuten auf 55° C erhitzt.

Durch eine entsprechende Isolierung bleibt das Gericht etwa 45 Minuten lang warm. In dem neuen System sind insgesamt sechs verschiedene Eintopfgerichte lieferbar, die Haltbarkeitsdauer der Konserve beträgt fünf Jahre. (Grafik: Hotmeal)



## Handbuch der Feuerwehr-Fahrzeugtechnik

Von Manfred Giehl  
2. Auflage  
Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart

Mit dem vorliegenden Handbuch wird das Ziel verfolgt, sowohl sämtliche genormten Feuerwehrfahrzeuge und deren Einrichtungen in Wort und Bild vorzustellen, als auch die zahlreichen Fahrzeugtypen außerhalb der Normung systematisch zu erfassen. Außer den landgebundenen Feuerwehrfahrzeugen werden hier auch die Wasserfahrzeuge der Feuerwehr, wie Löschboote u. a., behandelt.

Seit Erscheinen der 1. Auflage des Handbuches 1982 sind bei den genormten Feuerwehrfahrzeugen zahlreiche technische Veränderungen eingetreten. Sie betreffen vor allem die Beladungen und teilweise auch die Abmessungen und Gewichte. Da alle Fahrzeug-Hersteller inzwischen neue Fahrzeugmodellmodelle zum Aufbau für Feuerwehrfahrzeuge herausgebracht haben, war es erforderlich, sämtliche Tabellen der technischen Daten neu zu bearbeiten. Auch die Bilder der Feuerwehrfahrzeuge mußten aus diesem Grunde fast sämtlich ausgewechselt werden. Das Handbuch wurde außerdem um das Kapitel „Rettungsfahrzeuge“ erweitert.

## Florian 14: Achter Alarm

Von Hans Georg Prager  
Verlag E. S. Mittler & Sohn  
4900 Herford

Um den Alltag der Feuerwehr beschreiben zu können, war der Autor viele Monate bei der Hamburger Berufsfeuerwehr tätig. Die Einsätze, die er dort erlebte, hat er in Bild-Text-Szenen mit Realistik und Spannung geschildert.

Prager stellt aber auch neue, beeindruckende Techniken vor: Feuerwehrhubschrauber, Löschraketen und EDV-gesteuerte Einsatzzentralen. Seine Reisen, ausgedehnte Korrespondenzen, Besuche bei fremden Feuerwehren – auch in Übersee – und Quellenmaterial aus der ganzen Welt geben Einblick in die Feuerwehren anderer Länder.

## Lehrbuch für den Sanitätsdienst



5. Auflage  
Verlag Hofmann-Druck  
KG  
8900 Augsburg

Mit völlig neuem Inhalt und in neuer Aufmachung präsentiert sich die 5. Auflage des Lehrbuchs für den Sanitätsdienst. Das seit 15 Jahren existierende Lehrbuch wurde inzwischen zu einem Standardwerk für die Sanitätsausbildung.

Gestiegene Anforderungen an Sanitätshelfer und veränderte Ausbildungsinhalte machten eine Neukonzeption notwendig. Neueste medizinische Erkenntnisse sowie neue technische Geräte wurden deswegen bei der Abfassung ebenso berücksichtigt wie neue rechtliche Bestimmungen. So beinhaltet das Lehrbuch bereits die neuen Richtlinien zur Herz-Lungen-Wiederbelebung und die MedGV. Im Aufbau und in der Gliederung entspricht das Werk den neuesten Ausbildungsforderungen und bildet didaktisch eine solide Grundlage für die einheitliche Sanitätsausbildung.

### Arbeitsbuch zum „Lehrbuch für den Sanitätsdienst“

Als ausbildungsbegleitende Hilfe bietet der Verlag zum erstenmal ein „Arbeitsbuch“ an. Das Arbeitsbuch soll die sehr umfangreiche Materie gliedern helfen und Schwerpunkte setzen. Durch den kapitelweisen Aufbau von Stoffzusammenfassung – Fragensammlung – Lösungen – Lernhilfen (Querverweise auf Themen im Lehrbuch) ermöglicht es dem Kursteilnehmer eine Kontrolle seiner Lernerfolge und bietet eine gute Hilfestellung. In der Gliederung und im Aufbau ist das Arbeitsbuch genau auf das Lehrbuch zugeschnitten.

## Ergänzungs-lieferungen zu Sammelwerken

Zivilschutz und Zivilverteidigung  
Handbücherei für die Praxis  
27.–31. Ergänzungslieferung  
Herausgeber: Ministerialdirektor a. D.  
Kirchner, Ministerialdirigent Merk und  
Regierungsdirektor a. D. Beßlich  
Verlag W. Jüngling, Karlsfeld bei  
München

Mit der 27. Ergänzungslieferung wird der Bereich der Sicherstellung der Versorgung völlig überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht, dies gilt vor allem für die Teile L „Materielle Bedarfsdeckung“ und M „Personelles Leistungsrecht“. Im übrigen erleichtert ein neues Sach- und Stichwortverzeichnis für die gesamte Sammlung die Handhabung des Werkes.

Die 28. und 29. Ergänzungslieferung befassen sich ausschließlich mit den Regelungen für die Sicherstellung der Versorgung. So wurden die Teile Q (Wirtschaftssicherstellung) und R (Ernährungssicherstellung) sowie Teil S (Verkehrssicherstellung) völlig überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Hierbei wird deutlich erkennbar, daß es den Herausgebern vor allem darum geht, dem Benutzer ein durchgehend überarbeitetes Werk zur Verfügung zu stellen, das allen Anforderungen der mit Zivilschutz und Zivilverteidigung befaßten Stellen gerecht werden kann. Die übersichtliche Gliederung erleichtert die Handhabung der umfangreichen Sammlung.

Nach dem Abschluß der Überarbeitung des Bereichs der „Sicherstellung der Versorgung“ befaßt sich die 30. Ausgabe ausschließlich mit dem „Baulichen Zivilschutz“ (Teil C), vor allem mit der Neufassung der Verfahrensregeln für die Förderung der Errichtung von öffentlichen Schutzräumen in Verbindung mit unterirdischen baulichen Anlagen (Mehrzweckbauten) vom 21. September 1987.

Mit der 31. Ergänzungslieferung wird erneut der Bereich der Bedarfsdeckung im Verteidigungsfalle behandelt, und zwar mit einer umfassenden Darstellung der „Sicherstellung der Wasserversorgung“ (Teil T im Band 6). Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Teile Z/S 1 (Organisation in Über-sichten) und Z/S 4 (ABC) überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht.

**Allgemeines**

Der Handscheinwerfer gehört als Standardgerät zur Fachdienstausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes. Die STAN-Begriffe für das o. g. Gerät lauten wie folgt:

**Planungsbegriff:**

Leuchte, Handweitleuchte, 100 mm D, Btrr NiCd, explosions-sicher, mit eingebautem Ladegerät

**Planungsnummer:**

6230 - 000 40

**Versorgungsnummer:**

6230-12-198-5738

Der Handscheinwerfer dient zum Leuchten auf ex-gefährdeten Eindringwegen, zum Absuchen von Einsatzstellen sowie zum Geben von farblichen Lichtzeichen.

**Technische Daten:**

**Reichweite**

ca. 100 m (Beleuchtungsstärke in der optischen Achse beträgt hier mindestens 1 Lux)

**Brenndauer**

Hauptlampe Dauerlicht:

ca. 5 h

Nebenlampe Dauerlicht:

ca. 12 h

**Hauptlampe**

4,8 V/3,5 W, Sockel BA 15 d, mit Edelgasfüllung

**Sparlampe**

4,8 V/1,5 W, Sockel BA 9 s

**Sammler**

4,8 V/4 Ah, bestehend aus 4 gasdichten NiCd-Zellen

Temperaturbereich -10° bis +40°

**Ladegerät**

Nenneingangsspannung:

220 V ± 10 %

Nennfrequenz: 50-60 Hz

Ladestrom: 0,4 A

Ladezeit: ca. 14 h

**Abmessungen:**

Breite: 139 mm

Höhe: 303 mm

Tiefe: 118 mm

**Gewicht**

Leuchte mit Batterie, Ladegerät und Zubehör:

ca. 2,2 kg

**Der Handscheinwerfer besteht aus:**

**Leuchtenkopf**

aus bruchsicherem Polyamid mit um 20° nach vorn und 90° nach hinten kippbarem Leuchtenkopfgehäuse, Tragegriff, Drehschalter, Dreikantverschluss, Scheibenring mit Klarsicht-scheibe und Reflektor sowie einem Halterahmen für Vorsteckscheiben, Sockelfassungen für Haupt- und Sparlampe und Kontakten

**Sammlergehäuse**

aus bruchfestem Polyamid mit Ladegerät, Netzkabel und Netzstecker, Sammler, Deckel mit Dreikantverschluss und Kippgelenk sowie Halterung für Vorsteckscheiben rot, grün und farblos

**Zubehör**

1 Stück Dreikant-Spezialschlüssel

3 Stück Vorsteckscheiben weiß, grün und rot

**Inbetriebnahme:**

Der erforderliche Lichteffekt - Haupt- bzw. Sparlicht - wird durch Drehen des Drehschalters am Leuchtenkopf erzielt. Die Richtung des Lichtaustrittes kann durch Verstellen des Leuchtenkopfes bestimmt werden. Aufgrund des gasdichten Sammlers ist der Handscheinwerfer in jeder Lage einsetzbar.

**Folgende Punkte sind bei der Benutzung des Handscheinwerfers zu beachten:**

**Aufladen des Sammlers:**

Das Aufladen des Sammlers darf nur in explosions-sicheren Räumen vorgenommen werden.

**Durchführung:**

- Dreikantverschluss am Deckel des Sammlergehäuses mit Dreikant-Spezialschlüssel durch kurze Links-drehung öffnen.
- Deckel mit Leuchtenkopf nach hinten klappen.
- Netzkabel mit Netzstecker dem Gehäuse entnehmen.
- Gehäusedeckel geöffnet lassen.
- Netzstecker an einer Netzsteckdose anschließen. Sammlerladung beginnt, wenn rote Kontrolllampe aufleuchtet.
- Beim Aufladen des Sammlers muß der Drehschalter stets auf der Stellung „AUS“ stehen.
- Bei Netzausfall oder nach dem Herausziehen des Netzsteckers aus der Steckdose erlischt die rote Kontrolllampe.
- Der Handscheinwerfer kann über längere Zeit an das Netz angeschlossen bleiben. Der Sammler wird dadurch nicht überladen.

- Der Gehäusedeckel darf während des Aufladens nicht geschlossen werden.
- Handscheinwerfer nicht länger als 6 Monate aufgeladen lagern.

**Auswechseln der Hauptlampe und der Sparlampe**

**Durchführung:**

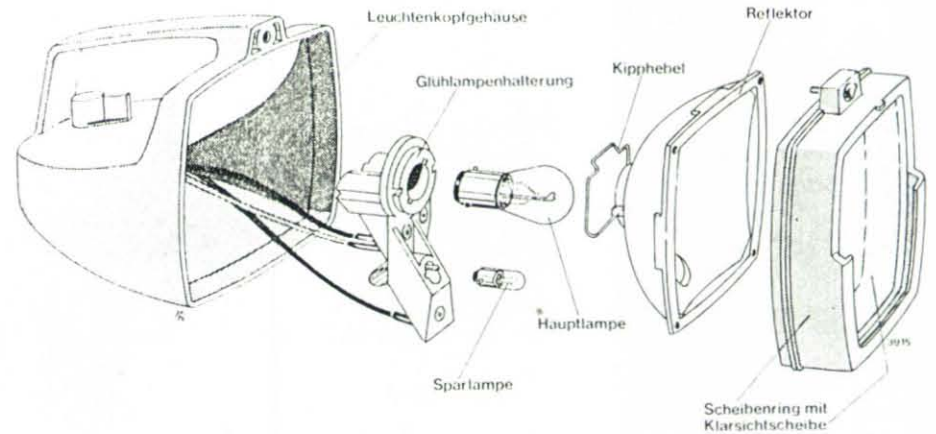
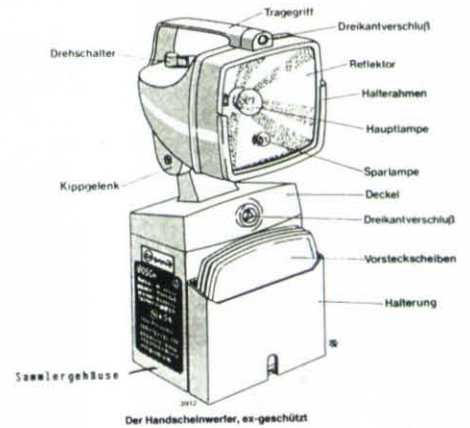
- Leuchtenkopf öffnen.
- Kipphebel der Glühlampenhalterung hochdrücken.
- Glühlampenhalterung aus dem Reflektor herausziehen.
- Hauptlampe unter leichtem Druck und gleichzeitiger Links-drehung (Bajonettfassung) der Glühlampenhalterung entnehmen.
- Die Sparlampe ist unter leichtem Druck und gleichzeitiger Rechtsdrehung der Glühlampenhalterung zu entnehmen.
- Handscheinwerfer nicht in explosionsgefährlicher Umgebung öffnen.
- Zum Öffnen des Sammlergehäuses oder des Leuchtenkopfes stets den Dreikant-Spezialschlüssel verwenden.
- Neue Glühlampen beim Einsetzen nur mit einem Tuch anfassen oder nach dem Einsetzen mit dem Tuch abreiben.
- Reflektor nicht mit den Händen berühren. Beim Aus- oder Einbau weiches Tuch benutzen.
- Reparaturen am Drehschalter, an der Verkabelung und am Ladegerät dürfen nur vom Fachpersonal durchgeführt werden.

**Wartung und Pflege**

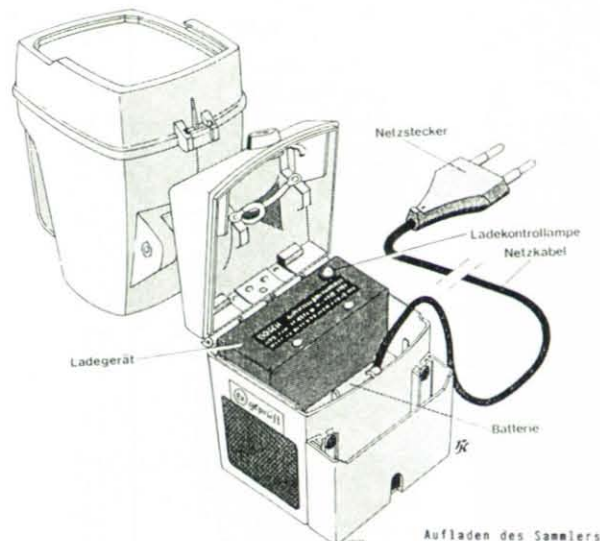
Handscheinwerfer nach Gebrauch reinigen. Kontakte säubern und mit Polfett (Vaseline) einfetten. Entladene Sammler rechtzeitig wieder aufladen.

Das Auswechseln eines defekten oder verbrauchten Sammlers darf ausschließlich nur vom Fachpersonal vorgenommen werden.

Der Handscheinwerfer ist mindestens einmal jährlich von einer Elektro-Fachkraft auf sicheren Zustand zu überprüfen.



Bauteile des Leuchtenkopfes



Aufladen des Sammlers

# „**INTERSCHUTZ '88**“: **Treffpunkt der Fachwelt**



Vom 28. Mai bis 2. Juni 1988 fand auf dem Messegelände in Hannover die „**INTERSCHUTZ '88 – Der Rote Hahn**“ statt. Sechs Tage lang war die Messe internationales Informations-Zentrum für die Fachleute des Brand- und Katastrophenschutzes. 659 Aussteller aus 22 Ländern zeigten den neuesten Stand der Entwicklungen bei Fahrzeugen und Geräten sowie Ausrüstungen im Rettungs- und Hilfsdienst und im Brand- und Katastrophenschutz.

54 nationale und internationale Aussteller bestritten den ideellen Teil der „**INTERSCHUTZ '88**“. Von der Brandbekämpfung über Kommunikationstechniken bis hin zu den Aufgaben des Rettungsdienstes reichte das Informationsangebot. Die Organisationen des Katastrophenschutzes und die Feuerwehren selbst nutzten die Messe zur Selbstdarstellung in der breiten Öffentlichkeit.

Unser Titelbild zeigt die bunte Vielfalt der ausgestellten Fahrzeuge. Die Fotos auf dieser Seite zeigen die Feuerwehr bei einer Einsatzübung im Freigelände (links oben), einen eindrucksvollen Ausschnitt aus der vielfältigen Präsentation des THW (rechts oben) sowie den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Dr. Horst Waffenschmidt, bei der Übergabe von 57 Brandschutz-Fahrzeugen an das Land Niedersachsen (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).

